

Streifzüge

Preis: 4,- Euro

3/2003

Von der Tradition zur Realität?

BRIEF AN DEN VORSTAND UND DIE MITGLIEDER DER UNABHÄNGIGEN BILDUNGSGEWERKSCHAFT (UBG)

von Helmut Kraus

Wieder einmal geht ein Gespenst um in Europa. Diesmal ist es das Gespenst der Ignoranz. Jedenfalls ist es gespenstisch, wie eisern ignoriert wird, dass Aufmärsche von Millionen in Deutschland, Spanien, Frankreich und Großdemonstrationen in Österreich gegen korrupte Regierungen, gegen Krieg, gegen massiven Sozialabbau (Pensionsreform und Bildungsabbau) und fast schon Formen des Generalstreiks (eine Million in Österreich) zu ergebnislosen Folkloreveranstaltungen verkommen. Die Politik ist am Ende, und es regiert nur mehr der Sachzwang. In Deutschland hat die IG-Metall einen Kampf versucht und ist damit kläglich gescheitert. In Österreich dürfte man „realistischer“ sein und hat nicht einmal im Ansatz an irgendeinen Erfolg geglaubt – Folklore pur und nostalgische Erinnerungen an die längst vergangene Sozialpartnerschaft. Wenn man dieses Theater zu einem Erfolg hochstilisiert, dann kann man sogar zufrieden sein. So Robert Hofstetter in der sozialdemokratischen ahs-aktuell vom Juni 2003: „Der schlafende Riese ÖGB ist end-

lich erwacht. Die Streiks im Mai und Juni legen dafür Zeugnis ab. Dass die AHS-LehrerInnen in diesem Kampf an vorderster Front stehen, verdient es, auf einem Ruhmesblatt in den Annalen unseres Berufsstands eingetragen zu werden.“ Tatsächlich aber endete vorläufig alles in einer Niederlage, und keine Forderung wurde auch nur ansatzweise durchgesetzt. Niederlagen sind eben Niederlagen. Es ist offensichtlich kaum mehr was zu holen.

Vorweggenommen: Ich bin für den Aufbau der Streikfähigkeit, für den Zusammenschluss der Menschen im Bildungsbereich, aber auch dafür, dass die Streiks nicht mystifiziert und als letztes und einziges Widerstandsmittel gesehen werden. Welche Möglichkeiten gibt es aber sonst noch? – Es ist keine Nebensache mehr, was während eines Streiks passiert, was hier geistig und praktisch angeregt wird und über den Augenblick hinausweist. Es müssen geistige Freiräume geschaffen werden, in denen wir Alternativen entwickeln. Wir müssen erst anfangen zu denken und zu diskutieren. Noch tun wir

es nicht, und das ist die wirkliche Katastrophe!

Mein Schluss: Genauso wie die Globalisierung nicht nur ein Mehr des ewig Gleichen, sondern eine völlig neue Qualität von dynamischer Krisenentwicklung ist, genauso darf eine Gewerkschaftsbewegung auch nicht ein Mehr des ewig Gleichen sein, sondern muss notwendigerweise neu auf die Entwicklungen reagieren (unabhängig von der Größe der Organisation). Wir müssen uns den Realitäten stellen, nicht den Sachzwängen unterwerfen, auf Augenhöhe mit der transnationalen Gesamtentwicklung kommen und mit entsprechenden Kräften den geistigen Austausch und praktischen Zusammenschluss angehen. Also raus aus dem nationalen Mief!

Gleich ein praktischer Vorschlag: Die UBG sollte eine transnationale Konferenz mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus Frankreich, Deutschland, Italien, der Schweiz und anderen Ländern organisieren, bei der unter anderem folgende Fragen diskutiert werden:

★ FEST oder LOCKER? ★

Kritischer Kreis und Streifzüge veranstalten ein Herumstehfest als und zur Heranlockung der besonderen Art, und zwar:

Am 19. Dezember 2003

Im Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Ab 19 Uhr.

Diverse Mitbringungen von FreundInnen, Essen, Trinken und Money sind erwünscht, aber keineswegs Bedingung.

Bedingung ist lediglich ein außerordentliches Maß an Zuneigung.

- Gibt es eine Gewerkschaftsstrategie in der Globalisierung?
 - Kann es erfolgreiche Ausstiegs- und Aneignungsstrategien geben?
 - Wie können sich Gewerkschaften über die Grenzen hinweg zusammenschließen?
- Kurz: Wir sollten uns von einer reinen, traditionellen Gewerkschaftsbewegung (bei uns: konsequente und unabhängige Interessensvertretung durch konsequenten Kampf) und Widerstandsbewegung gegen Sozialabbau, Gehaltskürzungen, Arbeitszeiterhöhungen und andere Gemeinheiten zu einer – und das ist neu! – Ausstiegs- und Aneignungsbewegung hinentwickeln. In Koppelung mit und nicht unter Aufgabe einer konsequenten Widerstandsbewegung gegen soziale Deklassierung und Verelendung wird uns der Schwerpunkt in Richtung Ausstiegs- und Aneignungsbewegung förmlich aufgezwungen. – Durch die zu erwartende Krisendynamisierung geht es nicht mehr um „alternative“ oder „Öko“-Projekte, sondern tendenziell um Überlebensfragen auf solidarischer Basis.

Im Ansatz und unter anderen Vorzeichen gab es solche Bemühungen auch in früheren Gewerkschaftsbewegungen und Parteiinitiativen (sozialer Wohnbau, Konsum- und Mietervereinigungen, Lebenshilfen usw.). Heute müssten solche Initiativen einen anderen, entschiedeneren Charakter bekommen im Angesicht der apokalyptischen Aussichten. Traditionelle Gewerkschaftspolitik versteht sich hauptsächlich als Standespolitik und Interessenspolitik bestimmter gesellschaftlicher Teilbereiche. Sie versteht den Menschen als besondere Schnittstelle gesellschaftlicher Beziehungen, zum Beispiel als beamtete(n) Lehrer(in), Lohnabhängige(n), Staatsdiener(in) usw. Andere Schnittstellen werden bewusst ausgeblendet und es wird so getan, als könnte es in dieser Fixierung zu keinen unüberwindbaren Gegensätzen mit andern „Schnittstellen“ kommen. Tatsächlich funktioniert diese Isolierung auf wenige Schnittstellen nicht mehr, weil das soziale Netz nur auf der Basis einer prosperierenden Wirtschaft funktioniert und dehnbar ist. Als Lehrerinnen und Lehrer sind wir aber noch viel mehr: Eltern, Elternvertreter, Konsumenten, Arbeitnehmer, Behinderte, Steuerzahler, Autofahrer, Benützer öffentlicher Verkehrsmittel, Fußgänger, Alleinerziehende usw.

Da dieses immer schon fragwürdige Netz mehr und mehr Löcher und Risse bekommt, werden alle Schnittpunkte zunehmend zu Krisenphänomenen und prekären Existenzen. Was uns aber fatal eint, ist die umfassende Krise. Entweder beißen wir uns

um den „Rest“ gegenseitig nieder, oder wir gehen den solidarischen Weg. Barbarei oder Solidarität!

Eine unabhängige Gewerkschaft bietet grundsätzlich die Chance für solidarisches Handeln. Diese kann aber nur genutzt werden, wenn sie sich vom Lobbyismus verabschiedet. Macht eine Gewerkschaftspolitik das nicht, dann wird sie notwendigerweise bei der „Reformpolitik“ à la Zwickel oder Traditionspolitik à la Peters landen (oder sich langsam ganz verabschieden). Auch hier eine Wahl zwischen Pest und Cholera, Anpassung oder gebrochene Unterwürfigkeit, beides Wege in die realpolitische Hölle.

Die Gewerkschaften Europas, insbesondere Deutschlands und Österreichs wirken lächerlich, hilflos und teilweise sogar erbärmlich. Es werden Scheinkämpfe und aussichtslose Aktionen fürs „Publikum“ inszeniert, wenn sie auch noch so ernst und persönlich gemeint sind (zum Beispiel der „Hungerstreik für Arbeit“ bei den Bahnarbeitern in Deutschland). Oberflächlich betrachtet haben die Gewerkschaften im reinen Interessenskampf aus zwei Hauptgründen keine Chance auf Erfolg:

Die Arbeitslosigkeit hat astronomische Höhen erreicht, und die offiziellen Zahlen geben nur ein schwaches Bild der Realität ab. Überall wird geschönt und die Realität vertuscht. Der Arbeitsmarkt ist regelrecht zusammengebrochen. Die Menschen werden einfach nicht mehr gebraucht, und da hilft auch kein Billiglohn.

Die Arbeitswelt hat sich durch die Digitalisierung der Produktionsabläufe grundlegend geändert. Ein Drittel (BRD) und mehr aller Arbeitsverhältnisse sind bereits „atypisch“. Die Arbeit selbst ist in der Krise, und die Zukunftsszenarien sind abgestufte Verelendungsbilder (siehe Matthias Horx). Der flexible Mensch wird zum Horror und nicht zum angepriesenen kreativen und befreiten Individuum.

Diese neuen Qualitäten der Entgesell-schaftung gehen natürlich nicht an den öffentlichen Diensten vorbei, sondern kommen dort zeitverzögert ebenso zur Geltung. Deregulierung und Privatisierung ist dort angesagt. Nicht staatlich verordnete Gerechtigkeit, sondern Marktgerechtigkeit soll herrschen. Dieser Schritt gehorcht selbst der Not und ist keineswegs bloß ein „Projekt der Herrschenden“. Die Entstaatlichung ist selbst ein Krisenphänomen:

Der Staat wird selbst immer mehr zum hilflosen Anhängsel dieser Zusammenbruchsentwicklungen und hängt am immer dünner werdenden Tropf einer krisenhaf-ten und rückläufigen Wirtschaftsentwick-lung. Es gibt eine wirkliche Finanzkrise des

Staates, die sich dann zu Krisen der Gemeinden und Länder auswächst. Ein Flächenbrand von sozialen Zumutungen ist zur Gewohnheit geworden, die eine kritische Öffentlichkeit verschwinden lässt. Der Staat muss sich als Standortinszenator den transnationalen Gegebenheiten anpassen. Der staatliche Spielraum ist enorm eingeschränkt, und die staatlichen Vertreter und Parteiensprecher gleichen immer mehr ferngesteuerten Puppen, die sich den „Realitäten“ und „Sachzwängen“ andienen und in Reformen Sozialleistungen, Kindergärten, Altenbetreuungen, Erhaltungsarbeiten usw. entsorgen müssen. Reform heißt immer nur Konterreform!

Der Staat kann dieser Entwicklung nur durch Auslagerung und Entledigung begegnen. Hier werden ständig Tabus gebrochen, der „Vater Staat“ setzt seine Kinder aus (Bildungsministerin Gehrler: „Ich muss ein Budget sanieren und damit basta!“). Auch mit diesen Kindesweglegungen wird der Staat seine Haut nicht retten können. Die Vorstellung vom „schlanken Staat“ war immer schon unrealistisch, denn gerade in Krisen war er genötigt als Initiator oder Nothelfer einzuspringen.

Was bedeutet diese Entwicklung für den Bildungsbereich?

Der Staat versucht sich seiner Verbindlichkeiten im Bildungswesen zu entledigen und die Institution den Marktgegebenheiten auszusetzen. Die Marktgerechtigkeit wird eine extreme soziale Staffelung mit Elends- und Eliteschulen hervorbringen.

Die Legitimation ihres Unterrichts und der gebotenen Ausbildung wird für die Lehrenden schwieriger, weil die Qualifikationen immer mehr ins Leere gehen (ILO-Bericht). Gute Ausbildung ist kein Garant für eine gelungene Einbindung in den Wirtschaftsprozess. Man simuliert einen funktionierenden Arbeitsmarkt und simuliert dadurch auch Qualifikation. Schule wird immer mehr gespenstisch und innerlich ausgehöhlt.

Die Lehrerinnen und Lehrer spüren, dass man auf sie verzichten kann, dass Inhalte und Lehrpläne gegenstandslos werden und der Staat sich an einer Verwilderung gar nicht mehr stößt, diese vielleicht sogar als Motor für radikale Reformabsichten nutzbar machen kann. Die „innere Emigration“ und Demoralisierung weiter Teile der Kollegenschaft sind ja schon Arten von Bildungsdemontage. Durch den Zusammenbruch des Arbeitsmarktes und die massenhaften prekären Lebenssituationen wird den beamteten Lehrerinnen und Lehrern

der „sichere“ Arbeitsplatz als Argument für massive Gehaltskürzungen und Arbeitszeiterhöhungen entgegengehalten. (Verwaltungsbeamten und Lehrkräften – ebenso den Polizeibeamtinnen und -beamten – wurde am 15. Juli 2003 im deutschen Fernsehen die Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes angedroht, und im viertreichsten Land der Welt – Kalifornien – werden Schulen teilweise geschlossen, um Reinigungskosten zu sparen.) In den 70er Jahren setzte man auf Bildung als Zukunftsinvestition, heute schlägt der Charakter der Globalisierung als weltweiter Rationalisierungswettbewerb voll auf den Bildungsbereich durch. Schluss mit Lustig! Es geht ans „Eingemachte“!

Im Zentrum all dieser Überlegungen und Schlussfolgerungen steht ein bestimmtes Verständnis von Krise. Aus diesem Verständnis heraus ist es erst nachvollziehbar, dass Ausstiegs- und Aneignungsszenarien zwingend werden. In den letzten Jahrzehnten sind wir es gewohnt geworden, dass vom Sparen und Finanznotstand des Staates die Rede war. In den früheren Krisen machte man eben Schulden, als man noch Hoffnung in eine zukünftig florierende Wirtschaft hatte. Heute haben sich diese Hoffnungen alle zerschlagen. Die Krise ist fundamental und weltweit. (Warum dem so ist, sollte vielleicht noch extra untersucht werden.) Besonders gespenstisch ist, dass die Weltentwicklung auf einer riesigen Spekulationsblase sitzt und selbst der kleine bankrotte Gemeindebürgermeister auf einen Wirtschaftsaufschwung in den USA hofft. Die Weltwirtschaft ist simulativ, und wenn die USA krachen, was abzusehen ist, dann krachen alle mit, was ebenfalls abzusehen ist. Um noch bei den Ursachen zu bleiben: Die Spekulationsblase ist nicht die Ursache der weltweiten Krise, sondern die Krise bringt notwendigerweise die Blase hervor! (*Attac* dreht mit der Tobinsteuer diesen Zusammenhang um und kommt natürlich zu ganz anderen Strategien des Widerstands.)

Auf der Grundlage all dieser Fakten sollte unsere gewerkschaftliche Blickrichtung eine den Gegebenheiten entsprechende sein. Reine Interessensvertretung läuft ins Leere. Was nützt der gute Wille eines Finanzreferenten (siehe Berlin), wenn kein Geld mehr in der Kasse ist und pfeifende Beamte vor seinem Rathaus demonstrieren? Oft hört man die Antwort: „Geld ist doch genug da!“, aber diese Antwort zeugt nur vom fundamentalen Missverständnis der Geldwirtschaft. Wir müssen den Zirkel durchbrechen und andere Antworten geben.

Was könnten Ausstiegs- und Aneignungsüberlegungen sein?

Hier muss nachgedacht und entwickelt werden; gemeinsam, von vielen Menschen und insbesondere in einer unabhängigen Gewerkschaft. Unsre Streiks – auch wenn sie fast verordnet waren – haben teilweise gezeigt, was es bedeuten könnte über den Hausbestand, die Einrichtungen und die Infrastruktur der Schulen zu verfügen. Kurze Zeit konnten wir uns vorstellen, was diese Verfügungsmöglichkeit beinhalten könnte: Neugestaltung des Zeitplans, neue Raumnutzung, Einbeziehung anderer Menschen in die Infrastruktur der Bildungsinstitution usw. Potentiell können Eltern –, Interessensgruppen, im weiten Sinn sozial aktive Menschen ihre Tätigkeiten aus der näheren Umgebung in die Schule verlegen und dort entwickeln. Bezirksaktivitäten, Stadtteilinitiativen, Erfahrungsaustausch, Lebensbezüge – die Infrastruktur der Schule als Ort für gemeinsames Handeln und Denken, und vor allem: unabhängig von Bevormundung (brain pool, think tank)!

Es geht um das Hinausgreifen in die Gesellschaft und die Einbeziehung unabhängiger Kräfte, im weitesten Sinne um einen Ort der neugierigen Fortbildung und geistigen Entwicklung (kein Kursangebot im Sinne einer Volkshochschule). Es geht um die Verfügung über einen nicht unbedeutenden Teil des vorhandenen gesellschaftlichen materiellen Reichtums, der neu genutzt und umdefiniert wird, bevor der Staat alle Immobilien zur Budgetsanierung verschachert. All das wären Keimformen von praktischer Aneignung. Es geht mir hier um eine Denkrichtung und nicht um schon ausgefeilte und konkrete Vorschläge.

Was könnten Ausstiegsszenarien sein?

Wesentliche Bereiche des Lebens könnte die Schule integrieren, organisieren und konkrete Forderungen an den Staat richten. Zum Beispiel: kostenlose Verpflegung an den Schulstandorten (für Lehrerinnen und Lehrer natürlich auch) als integraler Teil des Schulgeschehens und direkte Entlastung für die Betroffenen und auch als Bestandteil einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit sinnvoller Ernährung; direkte Zusammenarbeit mit Produktionsbetrieben, Bauernhöfen usw.

Ökologische und gesunde Ernährung als praktisches Ausstiegsszenario gegenüber den Agrokonzernen und Vergiftungsunternehmen: Es geht um die Wiedergewinnung realer Lebensgrundlagen in Richtung eines

veränderten und „guten Lebens“. Das ist der Inhalt einer neuen Schule, als Schule des Lebens und nicht als Schule der einsamen Ich-AGs, denen das Gegenüber egal sein muss.

Schule als Ort der Lebenshilfe, des solidarischen und verantwortungsvollen Handelns im Bezug zu den konkreten Lebensbereichen: Wohnung, Kleidung, Bildung, Unterhaltung, Gesundheit, Verkehr, Umwelt und Finanzen.

Ausstiegsszenarien beinhalten schon im Ansatz neue und andere Denkinhalte und im Wesen neues „Unterrichten“. Überhaupt wird die Frage interessant, was eine Gewerkschaftsorganisation mit ihren eigenen Möglichkeiten und vorhandenen Ressourcen in diese Richtung anregen und praktizieren kann. Ein spannendes Feld.

Wir sollten auf die rapide sich verändernde Lebenswirklichkeit reagieren und die Tätigkeit als Lehrerinnen und Lehrer praktisch und inhaltlich neu begreifen. Langsam aber doch. Es gibt nur eine Welt, und die lässt sich nicht mehr in Spezialwelten aufteilen. Es geht um einen Neubeginn.

Scharfe Schafe

Geschorenes zum antideutschen Bellizismus

Herausgegeben von Krisis

Preis € 5,-

**Mit Beiträgen von
Norbert Trenkle,
Micha Böhme,
Martin Dornis,
Kenneth Plasa,
Robert Kurz,
Franz Schandl,
Ernst Lohoff u. a.
sowie einem völkischen Intermezzo**

Bestellungen in Deutschland

Horst Ribbeck, Luhnsfelder Höhe 7
D-42369 Wuppertal
horibbeck@t-online.de
Konto: Förderverein Krisis
Postbank Nürnberg 300 114 859
BLZ 760 100 85

Bestellungen in Österreich

Kritischer Kreis, Margaretenstr. 71-73/23
A-1050 Wien
streifzuege@chello.at
Konto: Kritischer Kreis
PSK 93 038 948, BLZ 60 000

Bestellung nur mit gleichzeitiger Vorkasse entweder in bar oder durch Überweisung. Preis: € 5,-
Für Wiederverkäufer und Buchhändler gibt es
30 % Rabatt,
ab 10 Stück 50 % Rabatt.

Websites: www.krisis.org, www.streifzuege.org

Von Schraubchen und von Mythen

ZU CHRISTIAN FELBER UND DER PENSIONSDEBATTE

von Andreas Exner

Alle wollen sie reformieren. Die Pensionen. Ob Schwarz, ob Blau, von Rot bis Grün. Reform jedoch ist heutzutage eine Drohung. Im Fall der Alterssicherung läuft sie auf eine Demontage des solidarischen Umlageverfahrens hinaus. Als Erklärung für diesen Anschlag auf unseren Lebensstandard sollen wir uns mit „Sachzwängen“ abspeisen lassen. Da sind sich im Grunde alle Parteien einig. Attac hingegen will das Umlageverfahren erhalten. Doch in den demokratischen Polit-Büros nimmt das niemand wirklich ernst. Die Frage stellt sich also: Wollen sie nichts anderes oder können sie nicht anders?

Ende Juni erschien in der Wochenendbeilage des *Standard* „Eine kleine Pensionenmythologie“, ein Artikel über die Zukunft unserer Pensionen.¹ Im Unterschied zur üblichen Propaganda für private „Vorsorgeprodukte“ wird darin für die Beibehaltung des staatlich organisierten Umlageverfahrens argumentiert. Der Autor ist Christian Felber, Gründungsmitglied und Pressesprecher von Attac. Zwar nennt er alle Pferdefüße der Privatpension beim Namen, scheint aber – interessant genug – mit dem Volksmund übereinzustimmen, der da sagt: Das Umlageverfahren ist nicht finanzierbar. So wird denn eine ganze Reihe „Schraubchen“ aufgelistet, an denen die Politik zu „drehen“ hätte, „um das Umlageverfahren finanzierbar zu halten“. Woraus folgt, dass es ohne Schraubstock nicht zu halten ist. Überraschenderweise gelangt Felber jedoch geradewegs zum Gegenteil, allen Anstrengungen der Feinmechanik zum Trotz: Das Werkel nämlich laufe eigentlich ganz reibungslos, das Umlageverfahren strotze vor Finanzkraft; auch könnte das in Zukunft sicherlich so bleiben, wäre nur der politische Unwille nicht davor.

Uns zukünftigen PensionärInnen ist das zweifellos eine Beruhigung. Was uns im Licht der harten Globalisierungsrealität aber beunruhigt, das sind die Voraussetzun-

gen, die der Autor macht. Still sind sie, so still, dass sie gar keiner Diskussion zu bedürfen scheinen. Diese wollen wir hiermit nachholen.

Wo bleibt die Arbeit?

„Das Umlageverfahren ist dann gesund, wenn die Arbeitslosigkeit möglichst niedrig und die Beschäftigung möglichst hoch ist; und wenn Löhne und Gehälter möglichst rasch steigen“, so lesen wir. Da haben wir also unsere zwei kleinen Probleme, pardon, Schraubchen: Arbeit und Geld. Bekanntlich haben wir von beidem zu wenig. Und werden wir auch immer weniger haben. Wenn wir nämlich die Entwicklung der letzten 30 Jahre fortschreiben, die Felber gerade für die Behauptung des Gegenteils, jene würden uns weiter über den Kopf wachsen und so das Umlageverfahren über Wasser halten, ins Treffen führt.

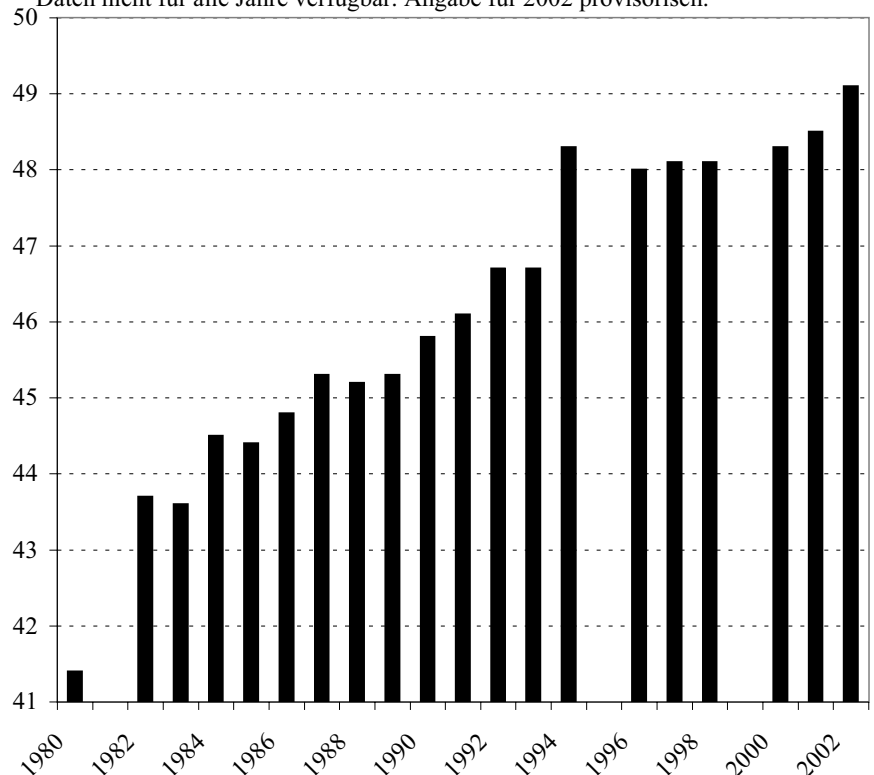
Was sagt uns die Statistik? Wie in allen anderen Ländern steigt in Österreich die

Arbeitslosigkeit seit Anfang der siebziger Jahre. 1975 beträgt die Arbeitslosenzahl 55.500 (Arbeitslosenrate 2 Prozent), 1985 sind es 139.400 (4,8 Prozent), 1995 schon 215.700 (6,6 Prozent) und 2001 203.900 (6,1 Prozent).² In anderen Industriestaaten ist der Trend genau derselbe. Für die G7 betragen die Arbeitslosenquoten im Zeitraum von 1950 bis 1973 3,1 Prozent, im Zeitraum 1973–1993 hingegen bereits das Doppelte, nämlich 6,2 Prozent.³ Die Zuwachsrate der Erwerbsquote hat sich in Österreich im Vergleich zu den achtziger Jahren deutlich verlangsamt, sie scheint seit dem Jahr 1994 ein Plateau erreicht zu haben (Grafik 1). Der langfristige Trend wird anhand von Daten der österreichischen Volkszählung sichtbar: Demnach betrug die Erwerbsquote 1971 41,8 Prozent und stieg bis 1981 um 3,4 Prozent auf 45,2 Prozent. Zwischen 1981 und 1991 wuchs sie hingegen nur mehr um 2,1 Prozent auf 47,3 Prozent.⁴

Grafik 1: Entwicklung der Erwerbsquote (%) in Österreich

Datenquelle: ILO Labour Statistics / Labour Force Survey. Grafik: Exner.

Daten nicht für alle Jahre verfügbar. Angabe für 2002 provisorisch.



Bedenken wir, dass Felber „zwei Drittel des demografischen Problems“ für gelöst hält, wäre erst die Kleinigkeit einer Anhebung der Erwerbsquote erledigt, droht unser Vertrauen in das Umlageverfahren gewaltig zu schwinden. Ist die bestehende Arbeitslosigkeit ja schon kein Lercherl, so wird auch der Produktivitätsfortschritt nicht so rasch in den Lehnstuhl sinken, die Zunahme der Arbeitslosigkeit also fort dauern. Gerade auch in ihren versteckten Formen, die bekanntlich von Statistik-Tricks über Billig-Jobs bis hin zur Teilzeitarbeit reichen.

Wo bleibt die Jugend?

Nach einer Studie des WIFO sollen aufgrund einer Alterung der Bevölkerung die Arbeitskräfte bis 2030 knapp werden. Das Problem der Arbeitslosigkeit würde sich zur Freude unserer Pensionen sozusagen ganz von selbst erledigen. Was hier wie ein Segen aussieht, entpuppt sich an anderer Stelle jedoch als Qual: Zwar ginge die Arbeitslosigkeit aufgrund einer Alterung der Bevölkerung zurück, gleichzeitig stiegen aber die Pro-Kopf-Aufwendungen für die Pensionen. Allerdings könnte der negative Effekt einer alternden Bevölkerung durch ein entsprechendes Reallohnwachstum der Jüngeren kompensiert werden.

Wo bleibt der Lohn?

Was den einen die Waffe der Kritik, das sind den anderen die Waffen der Statistik. So beruft sich Felber darauf, dass die Realeinkommen in den letzten dreißig Jahren um das Doppelte gestiegen wären. Keine Logik, vor allem nicht die des Standortwettbewerbs, erlaubt den Schluss, doch Felber meint, die Realeinkommen würden auch in den nächsten dreißig Jahren genau das Gleiche tun wie in den letzten dreißig, nämlich wachsen. Und zwar rasch.

Scheint auch die Sonne mit jedem Aufgang am nächsten Tag ein Stückchen sicherer aufzugehen, in der Ökonomie fehlt uns ganz dezidiert der Glaube ans Gesetz der Serie. Zudem entnehmen wir der Statistik etwas anderes als Felber, ziehen wir nicht einen Durchschnitt über gerade jenen Zeitraum, der eine angenehme Zukunftsprognose erlaubt. Verglichen mit dem „goldenen Zeitalter“ von 1950-1973 bringt die Periode des „langen Abschwungs“ von 1973-1993 den Beschäftigten der USA, Deutschlands und Japans nämlich ein stagnierendes Reallohnwachstum. Bezogen auf die EU-11 beträgt das Reallohnwachstum 1960-1973 noch 5,6 Prozent, 1973-1979 sowie 1979-1990 nur mehr 2,8 Prozent, um in der

Periode 1990-2000 auf ganze 0,6 Prozent zu fallen. Für den Zeitraum 1995-2000 beträgt es überhaupt nur 0,3 Prozent.⁵ Nicht allein die Zwänge der Globalisierung, in denen Arbeitslöhne nicht mehr als potentielle Nachfrage wirken, sondern bloßer Kostenfaktor sind, lassen jeden Optimismus punkto Reallohnzuwachs übertrieben erscheinen. Auch die zunehmenden Probleme der Weltwirtschaft legen Pessimismus nahe. Immerhin ist es in den letzten dreißig Jahren trotz tiefgreifender und für das Kapital außerordentlich günstiger Gesellschaftsveränderungen nicht gelungen, die Profite wieder auf das Niveau der sechziger Jahre zu bringen. Das aber würde erst die Voraussetzung für stärkere Reallohnzuwächse schaffen.⁶

Wo sind die alten Zeiten?

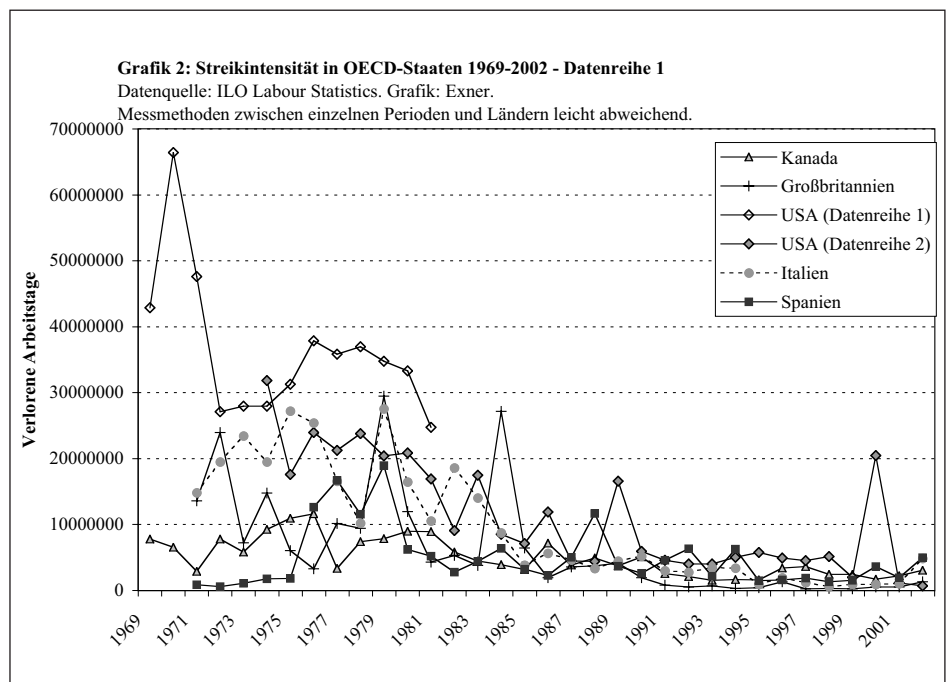
Noch vor den Schraubchen „Harmonisierung der Pensionssysteme“ und „Anwendung des Verursacherprinzips“ finden wir zwei weitere im Mythenkasten. Erstens eine „Umstellung der Arbeitgeberbeiträge auf Wertschöpfungsbasis“ und zweitens: „Die Globalisierungsgewinne – Kapitaleinkommen, Gewinne, Vermögen – müssen wieder im selben Ausmaß zur Staatsfinanzierung beitragen wie noch vor 30 Jahren – oder wie im EU-Schnitt. In beiden Fällen hätte Österreich einen soliden Budgetüberschuss.“

Zweifellos, das wäre schön. Der internationale Standortwettbewerb ist aber leider keine Lügengeschichte neoliberaler Propaganda-Abteilungen, sondern ökonomisches Faktum des beginnenden 21. Jahrhunderts. Dass dieses Faktum politisch hergestellt wurde, heisst nicht, es deshalb auch

gleich ignorieren zu können. Nur starker gewerkschaftlicher Druck könnte Regierungen dazu bewegen, eine stärkere Besteuerung von Wertschöpfung und Globalisierungsgewinnen in Angriff zu nehmen. Davon ist aber nichts zu sehen. Denn solange die Gewerkschaften vornehmlich das beschränkte Interesse am puren Arbeitskraftverkauf vertreten, stehen sie bei struktureller Massenarbeitslosigkeit, Individualisierung der Arbeitsverhältnisse, schlechter wirtschaftlicher Lage und freier Beweglichkeit des Geldkapitals auf denkbar schwachen Beinen. Es ist daher nicht Ergebnis politischen Unwillens oder einer neoliberalen Verschwörung, dass die Streikintensität in ausnahmslos allen OECD-Staaten im Verlauf der achtziger Jahre drastisch zurückgeht, um sich in den Neunzigern auf sehr niedrigem Niveau zu konsolidieren (Grafik 2, 3).⁷ Eine rückläufige Entwicklung zeigt übrigens auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Beschäftigten, ganz gleich ob in den USA, in Frankreich, in Italien oder Deutschland.⁸ Selbst wenn eine stärkere Besteuerung von Globalisierungsgewinnen durchsetzbar wäre, so würde sie wohl die gegenwärtigen rezessiven Prozesse beschleunigen und die Finanznot des Staates damit erst recht verstärken.

Kampf der Finanzierbarkeit!

Der kapitalisierte Mensch hält es für das Natürlichste der Welt, seine Bedürfnisse zurückzuschrauben, wenn die Finanzierbarkeit das Handtuch wirft. Wer sich am Kassastand orientiert, der hat dem Diktat der leeren Kassa bereits die Legitimation ver-

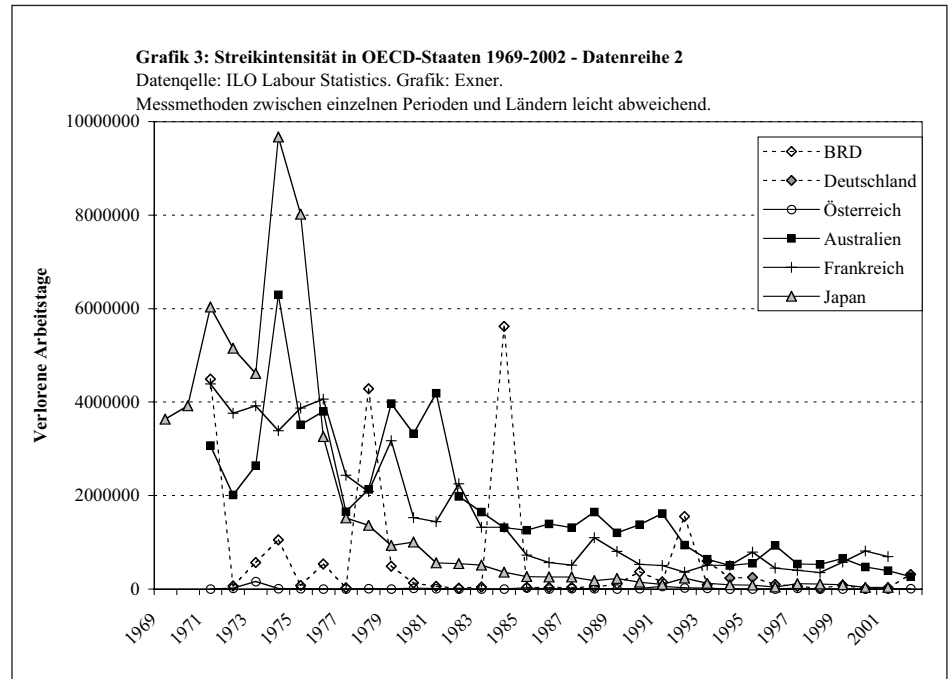


schaft. An den Schraubchen von Geldtöpfen zu drehen, ist so nur der erste Schritt dazu, den Geldhahn vollends zuzudrehen. Nichtverständnis für die Finanzierungsnot des Staates ist also zu fordern, sondern ein Verstehen der Zusammenhänge gilt es zu fördern: Machbarkeit und Finanzierbarkeit sind zwei Paar Schuhe; und das erste ist uns davon bei weitem lieber.

Nicht an Schraubchen wollen wir drehen. Vielmehr plädieren wir dafür, den kapitalen Werkzeugkasten über Bord zu werfen, bevor wir selber über die Reling gehen. Machen wir, was machbar ist! Unsere Gesellschaft ist reich genug. Eine Alterssicherung für alle ist problemlos möglich. Die Rückkehr zur Vollbeschäftigung, ewiges Wirtschaftswachstum und endlose Einkommenssteigerungen in einer Gesellschaft, die bereits sichtbar aus den Angeln von Geld und Arbeit bricht, hingegen nicht.

Anmerkungen

1 Christian Felber (2003): Eine kleine Pensionermythologie, in: Der Standard, 28. Juni; Zitate aus dem Artikel im Folgenden kursiv.



2 ILO Labour Statistics, Quelle: Employment Office Records, <http://laborsta.ilo.org/>

3 Robert, Brenner (2003): Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft. Tab. 1.1., S. 43.

4 ILO Labour Statistics, Quelle: Population census, <http://laborsta.ilo.org/>

5 Robert, Brenner: a.a.O.

6 Vgl. Robert, Brenner (2003): Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft.

7 Vgl. Marco, Revelli (1999): Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit.

8 Marco, Revelli a.a.O.; Robert, Brenner a.a.O.

Streifzüge 2001-2002

3/2001

Franz Schandl, The road to nowhere
 Robert Kurz, Der Todestrieb der kapitalistischen Vernunft
 Lorenz Glatz, Paranoia gegen Paranoia
 Ernst Lohoff, Allmacht und Ohnmacht
 Anselm Jappe, Der Kampf der Barbaren
 Karl Reitter, „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“
 Karl-Heinz Wedel, Freiheit und Zerstörung
 Gerold Wallner, Dieu reconnaîtra les siens
 Robert Kurz, Mudschahidin des Wert
 Roswitha Scholz, Identitätslogik und Kapitalismuskritik
 Amir Assadi, Wertkritik contra Wirtschaftsbarbarei
 Robert Kurz, Fanta auf Lebenszeit
 Ernst Lohoff, Alles auf Kursk
 Anselm Jappe, Es gibt noch gute Deutsche
 Holger Schatz, Angriff der Glücksritter
 Erklärungen des Kritischen Kreises und des Café Critique zum Bruch
 Franz Schandl, Manisch germanisch
 Extra: Das kleine Adorare

1/2002

Lorenz Glatz, Afghanistan: „Kein Krieg um Öl“
 Gerold Wallner, Schmähohne! Zum Antisemitismus
 Robert Kurz, Geld und Antisemitismus
 Thomas Schmidinger, Islamischer Antisemitismus?
 Bernhard Schmid, Schlagt den Moslem, wo ihr ihn trifft?
 Ernst Lohoff, Von Auschwitz nach Bagdad (1991)
 Ilse Bindseil, Auschwitz und Wahnwitz
 Ilse Bindseil, Anmerkungen zu Scheit „Kosovo und Auschwitz“
 Franz Schandl, Auf dem Minenfeld
 Heinz Blaha, „Leben im Sterben“
 Anselm Jappe, Wegbereiter der Wertkritik: Roman Rosdolsky
 Christoph Hesse, Neue Medien, alte Scheiße
 Sabine Nuss/Michael Heinrich, Freie Software und Kapitalismus

2/2002

Lothar Galow-Bergemann, Selbst-Bewegung statt Auto-Mobilismus
 Franz Schandl, Wie wir auf das Auto gekommen sind
 Franz Schandl, Kind und Straße
 Franz Schandl, Fahrrad und Marktwirtschaft
 Robert Kurz, Amok und Moralität
 Gerold Wallner, Aber sag's nicht weiter
 Paolo Lago, Die Bedeutung von „labor“
 Lorenz Glatz, „Jüdischer Staat“ und „Befreiung Palästinas“
 Robert Kurz, Die Jubelperser der Weltpolizei. Zu Bahamas/ISF
 Gerold Wallner, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht
 Franz Schandl, Der Melderreiter: Über Günther Anders

3/2002

Martin Dornis, Anti-Politik ist eine Möglichkeit
 Franz Schandl, Kommunismus und Klassenkampf
 Franz Schandl, Desinteresse und Deklassierung
 Gerold Wallner, Schlaf gut
 Robert Kurz, Politische Ökonomie der Menschenrechte
 Franz Schandl, Der unterschätzte Schwiegersohn. Zu Paul Lafargue
 Roger Behrens, Eine kleine Bemerkung zur Liebe
 Franz Schandl, To catch with the eyes. Zum Netz
 Franz Schandl, Appetitio in prospectu. Kant und Hegel vor dem Sexshop
 Ernst Lohoff, Die Ware im Zeitalter ihrer arbeitslosen Reproduzierbarkeit
 Andreas Wally, Frische Blumen am Grab
 Robert Kurz, Gegenrealismus
 Franz Schandl, Versprochenes wie Gebrochenes. Zum Wahlversprechen

Nachbestellungen alter Exemplare (inklusive Porto): 3 Euro pro Einzelstück, ab 3/01 4 Euro, 8-10 Euro pro alter Jahrgang bzw. 4 Stück, 12 Euro für 5 Stück, 20 Euro für 10 Stück, gesammelte lieferbare Werke ab 35 Euro. Überweisungen bitten an: Kritischer Kreis, PSK, Kontonummer 93 038 948 (Bankleitzahl 60 000). Für Deutschland: Franz Schandl, Postbank Nürnberg, Kontonummer 405 952 854 (Bankleitzahl 760 100 85)

Nachhaltiger Kapitalismus?

1. TEIL: ÜBER DEN ZUSAMMENHANG VON WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND ÖKOLOGISCHER NACHHALTIGKEIT

von Ernst Schriegl & Andreas Exner

Nachhaltigkeit – ein schillernder und modischer Begriff; viele flechten ihn in ihre Rhetorik ein. Aber gibt es jenseits des leicht dahin Gesagten eine ernsthafte Debatte über Nachhaltigkeit? Gibt es sie in der so genannten „Linken“? Kann den Herausforderungen der Nachhaltigkeit mit den gängigen Konzepten begegnet werden, oder braucht es radikalere Ansätze? Wir begeben uns in diesem dreiteilig konzipierten Text auf Spurensuche.

Nachhaltige Verwirrung

Das Wörtchen „nachhaltig“ ist nicht erst seit dem Rio+10-Gipfel 2002 in Johannesburg, dessen Ergebnisse ja bekanntlich eher mager ausgefallen sind und der beinahe schon wieder in Vergessenheit geraten ist, in vielerlei Munde. Doch dieses Wörtchen hat es aufgrund seiner Mehrdeutigkeit in sich und sorgt für Verwirrung: Wenn beispielsweise das Budget oder irgendeine Firma nachhaltig saniert werden soll, die Forstwirtschaft ja gemäß Eigendarstellung schon (fast) immer nachhaltig war, Österreich oder die EU sich eine Nachhaltigkeitsstrategie verpassen, dann sieht man schon, dass die Bedeutung von „nachhaltig“ oder „Nachhaltigkeit“ durchaus kontextabhängig ist.

Was also verbirgt sich hinter diesem Zauberwort?

Wenn man der für uns hier relevanten Bedeutung des Wortes „nachhaltig“ nachspürt, kommt man zunächst am Bericht der Brundtland-Kommission (1987) nicht vorbei. In diesem Bericht wurde der Begriff des „sustainable development“ eingeführt und einer breiteren Öffentlichkeit vermittelt. Eine Entwicklung, „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“, sei gemäß der Brundtland-Kommission „sustainable“ und in der deutschen Übersetzung eben „nachhaltig“.¹ Diese

Übersetzungsvariante war und ist durchaus nicht unumstritten. Andere Übersetzungsmöglichkeiten wären „dauerhaft“, „dauerhaft aufrecht erhaltbar“ oder „zukunftsfähig“.

Aber jenseits sprachlicher Feinheiten nochmal zurück zur Brundtland-Definition. Dieser oft zitierte Satz, der sich auf die Bedürfnisse jetziger und zukünftiger Generationen bezieht, klingt ja ganz nett, ist aber derart allgemein und daher auch nichts sagend, dass er sich problemlos in jede politische Sonntagsrede einbauen lässt. Daher eine Stufe genauer: Der Kern von „nachhaltiger Entwicklung“ liegt in der Dauerhaftigkeit, das heißt, es geht um eine Entwicklung in ökologischer, sozialer, ökonomischer, politischer etc. Hinsicht, die dauerhaft aufrechterhalten werden kann. Dauerhaft zumindest nach menschlichem Ermessen, das heißt über sehr, sehr viele Legislaturperioden, über sehr viele Generationen, über viele Jahrhunderte hinweg. Es muss sich daher um eine Entwicklung handeln, die mit den Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit und der Rohstoffverfügbarkeit vereinbar ist, die dafür sorgt, dass das Erwirtschaftete einigermaßen bedürfnisgerecht verteilt wird, und die in eine Gesellschaftsstruktur eingebettet ist, die sich mit diesen ökologischen und sozialen Leitlinien vereinbaren lässt.

Und hier gibt es bereits einen ersten, unserer Ansicht nach sehr wesentlichen Knackpunkt: Wie müsste denn – zumindest in den Grundzügen – eine gesellschaftliche Lebensweise beschaffen sein, die nachhaltig, also dauerhaft aufrecht erhaltbar ist, bzw. wie stark müsste das gegenwärtige Gesellschaftssystem reformiert, adaptiert, umgebaut oder abgebaut werden, um mit der Leitidee nachhaltiger Entwicklung vereinbar zu sein? Im Mainstream des Nachhaltigkeitsdiskurses geht man davon aus, dass Marktwirtschaft bzw. Kapitalismus schon irgendwie mit ökologischer Nachhaltigkeit vereinbar seien, man müsse in das System nur passende Maßnahmen einführen, um eine entsprechende Richtungsänderung zu bewirken. Welche Maßnahmen das nun sein könnten, seien es eher ordnungsrechtliche

Maßnahmen, sprich Ge- und Verbote oder Standards oder so genannte marktkonforme Maßnahmen, also Abgaben, Steuern oder Handel mit Zertifikaten, darüber lässt sich vortrefflich streiten. Hardcore-Liberale plädieren überhaupt für freiwillige Vereinbarungen mit der Industrie, weil diese ja sowieso selbst am besten wisse, wie auf den Pfad der ökologischen Nachhaltigkeit einzuschwenken sei und sich zudem bevormundet fühlen könnte, wenn man ihr mit neuen Vorschriften kommt. Die der Marktwirtschaft zugestandene prinzipielle Flexibilität, der Herausforderung von nachhaltiger Entwicklung gerecht zu werden, mündet schließlich in die Idee einer „öko-sozialen Marktwirtschaft“.

Die grundsätzliche bzw. radikale (radix = Wurzel) Frage, ob sich das bestehende Wirtschaftssystem überhaupt in Richtung Nachhaltigkeit adaptieren lässt oder ob es nicht angesichts der Herausforderung nachhaltiger Entwicklung obsolet geworden ist, wird zumeist gar nicht gestellt, geschweige denn umfassend behandelt.

Wirtschaftswachstum als Problem

Ein wesentliches Merkmal des herrschenden Wirtschaftssystems, egal ob man es nun als Marktwirtschaft, soziale Marktwirtschaft, kapitalistische Marktwirtschaft, Kapitalismus oder wie auch immer bezeichnet, ist der Zwang zum Wachstum. Und zwar nicht etwa Wachstum der Qualität oder des Wohlstands, wie das ab und zu in euphemistischer Weise behauptet werden mag, sondern ganz banal Wachstum der in Geldeinheiten gemessenen Wirtschaftsleistung, egal ob sich diese an der Produktion von Abfangjägern, noch mehr Straßen, noch bulligeren Autos, Junk-Food, Flugreisen nach Djibouti oder zur Abwechslung an der Herstellung nützlicher Sachen wie gesunder Lebensmittel oder behaglicher Behausungen bemisst. Im Fachjargon wird diese Maßgröße für wirtschaftliche Aktivität Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder Bruttosozialprodukt (BSP) genannt.

Dass dieses zwanghafte Wirtschaftswachstum mit den Anforderungen einer

nachhaltigen Entwicklung in Einklang zu bringen ist, wird von uns massiv bezweifelt.

Mit Fug und Recht kann das globale Wirtschaftswachstum als das ökologische Problem ersten Ranges bezeichnet werden. Nachdem jeder wirtschaftliche Prozess Material und Energie verbraucht, ist wachsende Wirtschaft in der Regel mit wachsendem Energie- und Rohstoffverbrauch verbunden. Zumindest gilt dieser Zusammenhang für die Vergangenheit, auch wenn so genannte Teilkoppelungen stattgefunden haben, also beispielsweise der Energieverbrauch phasenweise geringer anstieg als das Bruttoinlandsprodukt. Gänzliche Entkoppelungen (schrumpfender oder stagnierender Energie- und Rohstoffverbrauch trotz wachsender Wirtschaft) sind grundsätzlich denkbar und für begrenzte Zeiträume auch nicht auszuschließen, unserer Ansicht nach aber über längere Zeiträume unrealistisch, wie wir im Folgenden noch argumentieren werden.

Wirtschaftswachstum ist unter den jetzt gegebenen Bedingungen direkt verantwortlich für den wachsenden Ausstoß von Abfall und diversen Schadstoffen und damit die Ursache für Treibhauseffekt, verschmutzte Meere und überquellende Deponien. Unbestritten unter NachhaltigkeitsforscherInnen ist deshalb die Forderung eines drastisch verringerten Verbrauchs – zumindest an nicht erneuerbaren Ressourcen, insbesondere in den „reichen“ Ländern, also jenen Ländern mit einem hohen BIP pro Kopf. So beziffert etwa das Wuppertal-Institut in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ die erforderliche Reduktion bis zum Jahr 2050 auf 80 bis 90 Prozent für nicht erneuerbare Energieträger und nicht erneuerbare Rohstoffe.² Wie aber sollen derart drastische Reduktionen mit einer stetig wachsenden Wirtschaftsleistung vereinbar sein?

ProponentInnen der These, dass stetiges Wirtschaftswachstum mit einem dramatisch verringerten Ressourcenverbrauch vereinbar ist, stützen sich in ihrer Argumentation im Wesentlichen auf zwei Prinzipien: Steigerung der Energie- und Rohstoffeffizienz einerseits und Substitution (Ersetzung) von nicht erneuerbaren durch erneuerbare Ressourcen andererseits. Steigerung der Energie- und Rohstoffeffizienz bedeutet, dass der gleiche Output an Gütern und Dienstleistungen mit (immer) weniger Input an Energie und Rohstoffen erfolgt. Beide Prinzipien haben zweifellos eine zentrale Bedeutung für den Übergang zu einer nachhaltigen Lebensweise. Sind sie aber ausreichend, um ein sehr niedriges Verbrauchsniveau an nicht erneuerbaren

Ressourcen bei gleichzeitig fortschreitendem Wirtschaftswachstum zu garantieren?

Dazu ein kleines Gedankenexperiment: Nehmen wir eine jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 2 Prozent an; das ist eine durchaus moderate Wachstumsrate, bei der WirtschaftsforscherInnen gerade noch nicht von Rezessionsgefahr sprechen. Nach 50 Jahren wäre unter dieser Annahme das BIP auf das etwa 2,7-fache, nach 100 Jahren auf das 7-fache, nach 200 Jahren auf das 52-fache, nach 300 Jahren auf das 380-fache des Ausgangsniveaus gestiegen. Das ist die Dynamik exponentiellen Wachstums.

Soll der Verbrauch an nicht erneuerbaren Ressourcen durch Effizienzsteigerungen auf z.B. 10 Prozent des Ausgangsniveaus sinken und konstant gehalten werden, dann müsste die Ressourceneffizienz jeweils um das Zehnfache der oben genannten Werte des BIP-Wachstums steigen – also nach 50 Jahren um das 27-fache, nach 100 Jahren um das 70-fache, nach 200 Jahren um das 520-fache, nach 300 Jahren um das 3800-fache. Schwindelerregende Werte. Es ist sehr schwer vorstellbar, dass solche Effizienzsteigerungen, bezogen auf den gesamten wirtschaftlichen Output, möglich sind. Bei sehr großem Optimismus könnte gerade noch ein Faktor 100 realistisch erscheinen.

Wobei bereits zweifelhaft ist, ob eine Effizienzsteigerung um einen Faktor 10 (der in weiten Teilen der Nachhaltigkeitsszene kursiert) erreichbar ist, insbesondere wenn es sich um rein technologische Effizienzsteigerungen handelt und die gesamte Wirtschaft betrachtet wird. Die Hoffnung auf die „Effizienzrevolution“ wird bislang von erfolgreichen Beispielen einzelner Produkte oder Dienstleistungen genährt, wo – bezogen auf den jeweiligen Betrachtungsausschnitt – tatsächlich beachtliche Effizienzverbesserungen erzielt werden konnten, wie etwa die Bücher „Faktor 4“³ oder „Öko-Kapitalismus“⁴ dokumentieren. Dass diese partiellen Effizienzgewinne sich auf die makroökonomische Ebene verallgemeinern lassen, darf bezweifelt werden.⁵

Ein Effekt, der Effizienzverbesserungen bei makroökonomischer Betrachtung negativ beeinflusst, ist der so genannte „Rebound-Effekt“. Er bleibt oft unberücksichtigt und lässt sich folgendermaßen charakterisieren: Wenn sich Unternehmen durch Einsparungen beim Ressourcenverbrauch auch Geld ersparen, was sich die ProponentInnen des „Öko-Kapitalismus“ ja gerade wünschen, dann werden auch mehr Investitionsmittel frei, die nach profitabler Anlage suchen. Wird dieses Geld in Pro-

duktionsbereiche mit niedriger Ressourceneffizienz investiert, so kann der positive Effekt der Verbrauchsreduktion in einem bestimmten Produktionssektor insgesamt gesehen sogar negativ werden. „Fließt“ das „freiwerdende“ Geld in die Erweiterung der Produktion derselben, nun ressourcensparender hergestellten Warensorte, so wird der positive Umwelteffekt ebenfalls deutlich gemindert.

Effizienzverbesserungen im weiteren Sinn sind auch durch soziale Innovationen erzielbar, beispielsweise durch gemeinsame Nutzung von Gütern. Dadurch wäre der Bedarf an diesen Gütern drastisch zu verringern. Diese Option würde aber potentiell das Wirtschaftswachstum senken bzw. zu einer Schrumpfung der Wirtschaft führen, was im Kapitalismus krisenhafte Erscheinungen mit sich bringt.

Selbst wenn man annimmt, dass der konstant niedrig gehaltene Verbrauch an nicht erneuerbaren Ressourcen in erster Linie durch Substitution (zu 90 Prozent) und nur zu 10 Prozent durch Effizienzsteigerungen erreicht werden soll, müsste die Effizienz in gleichem Maße steigen wie das BIP, also nach 300 Jahren etwa um den Faktor 380.

Möglichkeiten zur Substitution nicht erneuerbarer durch erneuerbare Ressourcen sind letztendlich durch die verfügbare Fläche begrenzt. Man denke etwa an Nutzung von Photovoltaik zur Gewinnung elektrischen Stroms oder an die verschiedenen Arten von Biomasse zur Gewinnung erneuerbarer Rohstoffe und Energieträger. Aber lange bevor noch die absolute Grenze bebaubarer Fläche erreicht ist, kommen vielfältige Nutzungskonflikte zum Tragen. Ein steigender Flächenbedarf für erneuerbare Energieträger und Rohstoffe bedeutet z.B. Konkurrenz für die Nahrungsmittelproduktion. Dabei wäre auch noch zu bedenken, dass die Landwirtschaft gerade im Zuge einer Ökologisierung eigentlich mehr Fläche in Anspruch nehmen müsste als derzeit.

Unsere Meinung daher: Es gibt Grenzen der Effizienzverbesserung und der Substituierbarkeit, auch wenn heute noch nicht bekannt ist, wo diese Grenzen liegen. Ein stetiges wirtschaftliches Wachstum ist mit einem konstant gehaltenen niedrigen Verbrauch an nicht erneuerbaren Ressourcen und daher mit einer wesentlichen Prämisse ökologischer Nachhaltigkeit nicht vereinbar.

Wie sieht es eigentlich mit qualitativen Aspekten des Wirtschaftswachstums aus? Könnte man es zumindest insofern rechtfertigen, als es eine schier unermessliche Fülle an Wohlstand (zumindest für die

meisten BewohnerInnen der OECD-Länder) gebracht hat? Der im ersten Moment vielleicht plausible Zusammenhang zwischen Wachstum und Wohlstand hält – in dieser simplen Sicht – einer kritischen Prüfung nicht stand. Denn erstens sind im BIP auch Ausgaben für Rüstung, innere Sicherheit, Reparatur von Umweltschäden etc. enthalten. Zweitens kann man mit Hilfe von Wohlstands-Indikatoren wie dem ISEW (Index of Sustainable Economic Welfare) zeigen, dass die Lebensqualität für viele Länder seit den 80er-Jahren trotz stetigen Wachstums des BIP (oder gerade deshalb) sinkt oder stagniert.⁶ Ab einem gewissen Punkt – so könnte man sagen – wird zusätzliches Wachstum benötigt, um die durch dieses Wachstum verursachten Probleme nach Möglichkeit (d.h. innerhalb der Grenzen von Finanzierbarkeit und Profitabilität) zu kompensieren.

Eine weitere „qualitative Dimension“ des Wirtschaftswachstums sei hier nur erwähnt: Wenn bestehende Märkte nicht mehr wachsen können, müssen neue entstehen. Das bedeutet, dass erstens immer neue Bedürfnisse für neue Waren „erfunden“ werden müssen und dass zweitens immer mehr Bereiche, die bis jetzt vom Markt verschont geblieben sind, in seinen Strudel gezogen werden. Aktuelle Beispiele sind die Vermarktwirtschaftlichung des globalen Saatguthandels (der Großteil des global eingesetzten Saatguts wird noch am Profit „vorbei geschwindelt“) oder die Nutzung von Gentechnik. Auch der (Würge-)Griff der multinationalen Konzerne nach öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen des WTO-Abkommens GATS (General Agreement on Trade in Services) fällt hier hinein. Das GATS kann als eine – im Rahmen des kapitalistischen Systems „rationale“ – Notwehrmaßnahme angesehen werden, mit dem Ziel, die Wachstums- maschinerie noch eine Zeit lang am Weiterlaufen zu halten. Auch in dieser Hinsicht ist fortgesetztes Wirtschaftswachstum seiner Qualität nach also negativ.

Warum wir das Wachstum nicht einfach stoppen können⁷

Wenn fortwährendes Wirtschaftswachstum einmal als gravierendes Problem anerkannt ist, so liegt die Schlussfolgerung nahe: Wir sollten es stoppen. Aber so einfach ist das nicht. Einerseits produziert Marktwirtschaft, solange sie noch nicht gesättigte Märkte vorfindet, aus sich selbst heraus Wachstum.

Das liegt daran, dass in einer Marktwirtschaft sowohl Einzelunternehmen als

auch die Arbeitsproduktivität (also die Menge an Waren, die eine Arbeitskraft herstellen kann) wachsen (müssen). Wie man weiß, sind Unternehmen in einer Marktwirtschaft gewinnorientiert, und sie sind das nicht (nur) deshalb, weil es netter ist, Gewinne als keine Gewinne zu machen, sondern weil entsprechend hohe Gewinne die besten Voraussetzungen für das Überleben in der Konkurrenz am Markt sind. Wer Gewinne macht, kann diese in die Anschaffung besserer Produktionsanlagen reinvestieren und damit Waren produzieren, die der Konkurrenz eine Nasenlänge voraus sind, oder kann im nächsten Jahr einen großangelegten Werbefeldzug starten etc. Weiters dienen Gewinne der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen, d.h. Geld, „Arbeitskraft“, Kreativität, Maschinen und Rohstoffe fließen in diejenigen Bereiche, die am gewinnbringendsten sind. Gewinne sind *der* Maßstab für Unternehmenserfolg, d.h. sie belohnen markteffiziente Verhaltensweisen. Modellhaft betrachtet, agiert ein Unternehmen im Grunde wie ein Flugzeugpilot im Blindflug: Alles, was es an Informationen über seine „soziale Umwelt“, also die menschlichen Bedürfnisse und seinen Erfolg in ihrer Befriedigung bekommt, sind die Geldsignale in seiner Buchhaltung. Je mehr Gewinn hereinkommt, desto besser hat das Unternehmen die Vorgabe des marktwirtschaftlichen Autopiloten erfüllt. Darin besteht die unveränderbare Logik des marktwirtschaftlichen Steuerungssystems. Natürlich versuchen Unternehmen beispielsweise durch Marktforschung ihre Informationen über die soziale Unternehmensumwelt zu verbessern. Jene oben skizzierte, grundlegende Logik bleibt aber davon unberührt.

Nur in Nischenbereichen ohne nennenswerte Konkurrenz, ohne die Möglichkeit zu fortschreitenden Produktivitätssteigerungen sowie bei unternehmerischer Selbstaussbeutung können sich (Klein-) Unternehmen auch ohne Gewinne eine Zeit lang am Markt halten. Verluste dürfen sie auf längere Sicht jedenfalls keine machen, wollen sie nicht ihren ökonomischen Untergang herbeiführen. Dieser Fall kann aber sehr rasch eintreten, wenn ihre Produkte plötzlich von der Konkurrenz billiger hergestellt werden oder sich die Nachfrage ändert.

Wie können Gewinne nun gesteigert werden? Erstens indem die bestehenden Anlagen besser ausgelastet oder erweitert werden, also mehr produziert und abgesetzt wird, oder zweitens durch neue Anlagen die Arbeitsproduktivität steigt und mit weniger Arbeit – also weniger Kosten – der gleiche Output erreicht werden kann. Eine dritte Möglichkeit besteht darin, die Löhne zu senken. Diese Strategie ist aber prinzipiell nur begrenzt anwendbar und stößt schon vor Absenkung des Lohns auf ein für den Fortbestand der lohnabhängigen Bevölkerung absolut notwendiges Niveau auf sozialen Widerstand. Das ist für die Unternehmen nicht zuletzt selbst wiederum mit Kosten verbunden und trägt auch zur Erosion ihrer Absatzmärkte bei; was – nebenbei bemerkt – gerade den selbstzerstörerischen Charakter des neoliberalen Standortwettbewerbs ausmacht. Im „volkswirtschaftlichen Idealfall“ aber und in Summe ergeben Wachstum von Unternehmen und Arbeitsproduktivität das Wachstum der Gewinne und damit der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit eines Staatsgebiets. Das ist die eine Seite der Medaille.



Die andere, politisch unmittelbar relevante Seite besteht darin, dass im kapitalistischen System die Wirtschaftsleistung ständig wachsen muss, um keine größeren Krisen entstehen zu lassen. Die Alternative im Kapitalismus ist eben nicht Wachstum oder Stabilität, sondern Wachstum oder Niedergang. Auf den ersten Blick klingt es ja eigentlich absurd, warum das so schlimm sein soll, wenn der in Geldeinheiten gemessene wirtschaftliche Output 2002 „nur“ gleich hoch ist wie 2001 oder gar so niedrig wie 1998. Zumal man doch schwer behaupten kann, dass in den OECD-Ländern ein Mangel an wirtschaftlichem Output herrscht. Es ist ja eher so, dass unsere Gesellschaft unter den Folgen des Überflusses leidet (Stichworte Wegwerfgesellschaft, Konsumterror etc); einmal abgesehen von der prekären Lage benachteiligter Randgruppen, die selbst in unseren Überflussgesellschaften zu kurz kommen, was an marktwirtschaftlichen Verteilungsmechanismen liegt.

Woher kommt es also, dass unsere PolitikerInnen eine stagnierende oder

schrumpfende Wirtschaftsleistung fürchten wie der Teufel das Weihwasser?

Stagnierende Wirtschaftsleistung oder selbst die bloße Erwartung einer Stagnationsphase führt zum Rückgang von Neuinvestitionen – weil nur bei Erwartung entsprechender Gewinne investiert wird oder weil sich die letzte Investition noch nicht rentiert hat (diese amortisiert sich schneller bei höheren Gewinnen, sinkende oder stagnierende Gesamtwirtschaftsleistung drückt die Gewinne im Schnitt). Branchen, die direkt von der Investitionstätigkeit anderer leben, sind zuerst betroffen, z.B. die Baubranche oder die Hersteller von Produktionsanlagen. Diese bauen aufgrund gesunkener Auftragslage Arbeitsplätze ab, die Arbeitslosenzahlen steigen, mehr Arbeitslose führen dazu, dass es weniger Konsumausgaben gibt, was wieder andere Branchen betrifft. So kann sich eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Die Angst vor dieser Abwärtsspirale ist es also, die PolitikerInnen schlaflose Nächte bereiten kann. Noch bevor es dazu kommt, wird die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums zumeist mit der Notwendigkeit der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit begründet. Die durch das Wachstum der Arbeitsproduktivität verursachten Arbeitsplatzverluste können nur durch eine entsprechend wachsende Wirtschaft kompensiert werden. Weiters kann Wachstum Verteilungskonflikte mildern – ein weiterer Grund, weshalb es bei PolitikerInnen so beliebt ist. Wenn der Wirtschaftskuchen wächst, können theoretisch alle mehr davon bekommen, ohne dass jemand zurückstecken müsste.

Aber muss denn nicht der Staat eingreifen, wenn das Wirtschaftswerkel einmal ins Stocken gerät und die Abwärtsspirale droht? Nun: Er tut dies in der Regel, allerdings ist er in seinen Möglichkeiten beschränkt. Über die Steuereinnahmen ist der Staat auf Gedeih und Verderb an den reibungslosen Lauf der Wirtschaftsmaschine gebunden. Kürzt er die Ausgaben, verschärft er über weiteren Nachfrageentgang die wirtschaftliche Krise. Deshalb stampft der Staat in diesem Fall nach Möglichkeit Investitionsprogramme (für Autobahnen, militärische Güter oder ähnliches) aus dem Boden oder stellt etwa anderen Staaten Kredite zur Verfügung, damit die Produkte seiner Wirtschaft dort Absatz finden können. Allerdings hat die Staatsverschuldung, wie nicht erst seit dem Zirkus um das Nulldefizit bekannt ist, auch ihre Grenzen.

Begibt man sich noch eine Stufe tiefer auf der Suche nach Ursachen für den Wachstumswang, wird man fündig und stößt auf – Geld.

VertreterInnen der so genannten Freiwirtschaftslehre könnten an dieser Stelle in Versuchung geraten, erleichtert aufzutreten, da Geld endlich die ihm entsprechende Würdigung erfährt. Anders als in der Freiwirtschaftslehre hakt sich unsere Kritik allerdings nicht am Zins fest, sondern geht noch weiter. In der Freiwirtschaftslehre gilt der Zins quasi als die Wurzel allen Übels, ergo auch als Wurzel für den Zwang zum Wirtschaftswachstum – was auf den ersten Blick einer gewissen intuitiven Logik nicht entbehrt, da ein Unternehmen mindestens so erfolgreich wirtschaften (so viel Gewinn einfahren) muss, dass es neben der Kapitalrückzahlung auch die Zinszahlungen für Fremdkapital bedienen kann. Die Schlussfolgerung jedoch, höhere Zinsen bedingen höheres Wirtschaftswachstum bzw. niedrigere Zinsen niedrigeres Wachstum und zinsfreies Geld („Freigeld“) führe quasi automatisch zu einer nicht wachsenden Wirtschaft, ist falsch. Dies lässt sich schon dadurch zeigen, dass in der wirtschaftspolitischen Alltagspraxis die Zinsen gesenkt werden, gerade um das Wachstum anzukurbeln. Bei niedrigeren Zinsen werden mehr Investitionen rentabel. Dadurch erhofft man sich eine Erhöhung der Investitionstätigkeit und in Folge eine Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Zinsfreies Geld allein würde die Kreditvergabe unattraktiv und eine komplexe, vernetzte und flexible Marktwirtschaft unmöglich machen. Aus diesem Grund wird in der Freiwirtschaftslehre ein so genanntes „Schrumpfgeld“ propagiert. Wenn Schrumpfgeld nicht ausgegeben oder nicht verliehen (investiert) wird, verliert es kontinuierlich an Wert. Das aber ist ein Mechanismus, der erst recht wieder zur Ankurbelung des Konsums und der Investitionstätigkeit führt. Zudem würden durch ein Schrumpfgeld kapitalintensive und ökologisch tendenziell negative Großtechnologien (Atomtechnologie, Gentechnik u.ä.) möglicherweise attraktiver. Wie all das mit einer nicht wachsenden, ökologisch nachhaltigen Wirtschaft vereinbar sein soll, bleibt schleierhaft. Freigeld war in der Praxis daher genau dort erfolgreich, wo die Wirtschaft angekurbelt werden sollte (siehe z.B. das oft zitierte Freigeld-Experiment in Wörgl⁸).

Uns geht es im Gegensatz zur Freiwirtschaftslehre um etwas anderes, nämlich um die Eigenschaft des Geldes, abstrakten Reichtum, also „Reichtum schlechthin“ zu repräsentieren. Es geht uns um die Ursache und um die Folgen dieser Eigenschaft. Im Geld drückt sich der abstrakte ökonomische Wert der Waren aus. Dieser Warenwert

Unser Freund und Abonnent

Fritz Herrmann

ist am 12. November 2003 im 81. Lebensjahr verstorben.

Bekannt geworden war Herrmann, der damalige kulturpolitische Berater von Unterrichtsminister Fred Sinowatz, vor allem, als er im Neuen Forum sein Spottgedicht „Trara, Trara, die Hochkultur“ publizierte. Das löste im Frühjahr 1977 einen veritablen Staatskandal aus und kostete Herrmann den Job. Fritz Herrmann hat auch einige Theaterstücke veröffentlicht, über Radetky und Bakunin, zuletzt eines über Ulrike Meinhof. (Ulrike, Edition Wilde Mischung, Verlag Monte Verita, Wien 2002).

„Ich erwarte schon mit Ungeduld die nächste *Streifzüge*-Nummer. In der Kuppel des Überbaus bewundere ich ja immer wieder Eure schöne ernste Akrobatik. Da bewegt sich was und erfreut mein altes Herz“, schrieb er am 7. November 2002 in einem Brief an uns. Wir wiederum haben ihm in der Ausgabe 2/2002 den Essay zu Günther Anders 100. Geburtstag („Der Meldereiter“) gewidmet.

Wenn wir ihm etwas bedeutet haben, bedeutet uns das viel. Für Unterstützung und Zuspruch danken wir ihm.

ist etwas in höchstem Grade Mysteriöses; bringt er doch die unendliche konkrete Vielfalt des „Warenuniversums“, vom Eierlikör bis zum TV-Gerät, auf einen einzigen Nenner. Als Wertgegenstände sind die Waren qualitativ völlig gleich gemacht. Damit sind sie auch quantitativ vergleichbar. Das ist zwar völlig verrückt, nichtsdestoweniger ein gesellschaftliches Faktum, dem sich die Einzelnen nicht entziehen können: Bezahlt muss werden.

Erst der Wert stellt einen sozialen Zusammenhang zwischen den scheinbar unabhängigen Warenproduzierenden her. Denn die Menschen sprechen sich nicht direkt über die Produktion ihrer Gesellschaft ab, sondern produzieren für die konkreten gesellschaftlichen Bedürfnisse voneinander isoliert. Ihre soziale Beziehung erscheint ihnen so nur indirekt, nämlich als eine Eigenschaft und eine Beziehung ihrer Produkte; als die Werteigenschaft ihrer Waren und die Wertverhältnisse ihrer Waren am Markt. Die mysteriöse Werteigenschaft kommt den Waren selbstverständlich nicht von Natur aus zu. Trotzdem müssen die Warenproduzierenden der Werteigenschaft und den darauf beruhenden „ökonomischen Gesetzen“, also den Zwängen von Angebot und Nachfrage, von Rentabilität und Finanzierbarkeit usw. gerade so gehorchen, als handelte es sich um echte Naturgesetze. Das nannte Marx den „Fetischcharakter der Ware“. Weil die Warenproduzierenden keine direkte soziale Beziehung haben, ist auch der Zweck ihrer Produktion kein direkter. Es kann ihnen nicht darum gehen, konkrete Bedürfnisse zu befriedigen, sondern es muss ihnen darum gehen, abstrakten Reichtum in der Form von Geld zu „erwirtschaften“.

Eben darin ist nun der Zwang zum Wachstum angelegt. Wie der Wert ist auch das Geld etwas Abstraktes ohne jeden konkreten Inhalt. Es „stinkt nicht“, wie es so schön heisst, und man kann es auch nicht essen, was nicht erst Häuptling Seattle auffiel. Was man nicht essen kann, kann uns aber auch nicht satt machen. Im Unterschied zum „Bedürfnis“ nach abstraktem Geldgewinn kann jedes konkret-sinnliche Bedürfnis auch konkret-sinnlich befriedigt werden. Eine Mahlzeit sättigt, ein Glas Wasser löscht den Durst und eine Liebesnacht stillt das Begehren. Geld aber stillt kein konkret-sinnliches Bedürfnis, sondern entfesselt erst das unstillbare Verlangen nach nichts anderem als sich selbst. Aus 10 Euro können 100 werden, aus 100 Euro kann man 1000 machen und so fort. Die Vermehrung von Geld findet an sich selbst

keine Grenze, weil sie als solche keinen Nutzen hat und daher nur um ihrer selbst willen betrieben werden kann. Wenn wirtschaftlicher Erfolg nicht von der Befriedigung konkreter Bedürfnisse abhängt, sondern sich an abstraktem Geldgewinn bemisst, der immer nur in die Produktion von mehr Geld investiert wird, so ist auch gar nichts anderes denkbar: je höher der Gewinn, desto erfolgreicher. Das ist das Grundgesetz des Marktes, dem niemand „bei Strafe des Untergangs“ (Marx) zuwider handeln kann, weder Staat noch Unternehmen noch Angestellte.

Attac: Hellgrüner Wachstumsmotor?

Was hat eigentlich die Globalisierungskritik in Gestalt von *Attac* zur ökologischen Problematik des Wirtschaftswachstums zu sagen? Auf den ersten Blick steht *Attac* im Vergleich zur dominanten Strömung innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte ja gar nicht so schlecht da.

Die Forderungen von *Attac* (Entschleunigung der Finanzmärkte, Stopp der Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, Einführung international verbindlicher sozialer und ökologischer Mindeststandards, ökologische Steuerreform) laufen darauf hinaus, zumindest einige der schlimmsten Entwicklungen in Richtung Nicht-Nachhaltigkeit zu bremsen. Sie gehen teilweise weiter als so manche offizielle „Nachhaltigkeitsstrategie“. Beispielsweise wird im Grünbuch für eine österreichische Strategie zur nachhaltigen Entwicklung („Österreichs Zukunft nachhaltig gestalten“) das Thema Finanzmärkte sinngemäß mit dem lapidaren Hinweis abgehandelt, man möge doch gefälligst ethisch und ökologisch korrekt investieren.⁹

Aber sind die medienwirksamen Forderungen von *Attac* und die Zielsetzungen seines Mainstreams auch nur ansatzweise hinreichend, um den Herausforderungen der Nachhaltigkeit gerecht zu werden?

Zumindest bis jetzt scheinen Wachstumskritik und damit fundamentalere Kritik am herrschenden Wirtschaftssystem kein Thema für den medienwirksamen Mainstream bei *Attac* zu sein. Im Gegenteil, Wachstum wird befürwortet, es müsse nur der Schwenk vom virtuellen Wachstum auf den Finanzmärkten hin zum bodenständig gediegenen Wachstum in der so genannten „Realwirtschaft“ vollzogen werden. Das illustriert etwa ein Zitat von Stephan Schulmeister aus dem Artikel „Aktien – Das virtuelle Kapital“¹⁰, der auf der Homepage von *Attac*-Österreich zu finden ist. Darin kommentiert er die Wachstumsdynamik der

„goldenen“ 60er-Jahre folgendermaßen: „Diese Entwicklung entsprach dem Grundzug des ‚Realkapitalismus‘, das unternehmerische Gewinnstreben entfaltete sich auf den Gütermärkten, verbunden mit einem stetigen Wachstum von Realkapital, Produktion und Beschäftigung, gleichzeitig blieben die Finanzmärkte stabil. Ihre Rolle war es, der Realwirtschaft zu dienen und nicht umgekehrt.“

Wachstum wird auch gebraucht, um die Pensionen zu sichern. Die scheinbar ökologisch motivierte, im Grunde aber wachstumsbejahende Perspektive des *Attac*-Positionspapiers „Pensionen“ ist etwa folgende: „Ein weiteres Wachstum der Wertschöpfung ist nur möglich, wenn die Volkswirtschaft durch massive ökologische Weichenstellungen in eine ‚nachhaltige‘ Richtung gelenkt wird. Die Wertschöpfung muss sich in Bereiche verlagern, die keine oder nur einen Bruchteil der Umweltschäden von heute anrichten.“¹¹ Auch Jörg Huffschmid, Verfasser der inoffiziellen „*Attac*-Bibel“ mit Titel „Die politische Ökonomie der Finanzmärkte“ setzt auf „Wachstum“, das selbstredend ein „ökologisches“ sein müsse.¹²

Zweifellos ist es sinnvoll, wenn verglichen mit dem heutigen Niveau die Produktion von Solarzellen, Wärmedämmstoffen, biologischen Lebensmitteln oder öffentlichen Verkehrsmitteln wächst. Aber dieses „Wachstum“ ist gerade kein gesamtwirtschaftliches Wachstum, denn im selben Maße müssen konventionelle Energie- und Lebensmittelerzeugung, die Produktion von Autos und die Schöpfung neuen „Bedarfs“ abnehmen. Es ist also richtig gesprochen ein Strukturwandel ohne Wachstum, möglicherweise sogar mit sinkender gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfung. Und dieses Wachstum bestimmter Bereiche ist auch nur für eine Übergangsphase sinnvoll, bis die im wahrsten Sinne des Wortes fossilen Infrastrukturen ausgetauscht sind und aufgrund sozialer und technischer Innovationen das Bedarfsniveau für die verschiedensten Güter und Infrastrukturen gesunken ist.

Wenn es tatsächlich gelänge, einen beträchtlichen Teil des spekulativen Finanzkapitals wieder in die reale Warenproduktion umzulenken, worauf ja die zentralen *Attac*-Forderungen hinauslaufen, so wäre mit einem beträchtlichem Wachstumsimpuls zu rechnen. Es zirkulieren bekanntlich enorme Mengen an Finanzkapital. Ist *Attac* also ein Wachstumsmotor?

Dass dieses potentielle Wachstum dann so lupenrein ein ökologisches sein würde, ist zu bezweifeln. Erstens sind auch dem

„Wachstum“ von relativ umweltfreundlichen Gütern und Infrastrukturen Grenzen gesetzt und zweitens ist es nicht ganz trivial, die InvestorInnen unter kapitalistischen Bedingungen zu überzeugen, ökologisch sinnvoll zu investieren. Dann müssten nämlich die ökologischen Investitionen im Schnitt auch die rentabelsten sein.

Einmal ganz abgesehen davon, dass eine „Dienstbarmachung“ der Finanzmärkte für die reale Warenproduktion in großem Stil nicht besonders realistisch ist. Die von den Nationalstaaten gebildeten Strukturen der Weltökonomie sind harte Nüsse, und allein mit „Lobbying und Medienarbeit“ ist da sicher wenig zu machen. Vor allem aber ist zu bedenken, dass das Abheben der Finanzmärkte gerade eine Reaktion auf die Sättigung der Warenmärkte und die Erschöpfung des damals möglichen Produktivitätswachstums am Ende des „Wirtschaftswunderkapitalismus“ der 60er Jahre und die darauf folgende tiefgreifende Veränderung von Produktionsmethoden, Unternehmensstruktur, gesellschaftlichen Verhältnissen und Staatensystem darstellt. Eine einfache „Umkehrung“ dieses Epochentrends erscheint daher in hohem Maße fragwürdig.

Am Wachstum also führt kein Weg vorbei, so scheint's. Auch für *Attac*. Man wird den Verdacht nicht los, dass *Attac* als Alternative zum Neo-Liberalismus gegenwärtig mehr oder weniger explizit einen Neo-Keynesianismus strapaziert. Wahrlich keine „andere Welt“, so ist man versucht zu schließen.

Im 2. Teil unseres Texts wollen wir die Palette an gängigen Vorschlägen, die sich mit dem Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft

auseinandersetzen, einer kritischen Analyse unterziehen.

Im 3. Teil schließlich geht es um die Perspektiven radikalerer, ihrem Anspruch nach systemtransformierender Entwicklungswege.

Anmerkungen

- 1 *World Commission on Environment and Development (1987): Our common future, Oxford Paperbacks; auf Deutsch: Völker Hauff (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven; Fred Luks (2002): Nachhaltigkeit, Europäische Verlagsanstalt.*
- 2 *BUND / Misereor (Hrsg.) (1997): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, 4. überarbeitete Auflage, Basel u. a.*
- 3 *Ernst-Ulrich v. Weizsäcker, Amory B. Lovins & L. Hunter Lovins (1996): Faktor 4. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch, Drömer Knauer, München.*
- 4 *Paul Hawken, Amory B. Lovins, L. Hunter Lovins (2000): Öko-Kapitalismus, Riemann, München (Original: Paul Hawken, Amory Lovins, L. Hunter Lovins (1999): Natural Capitalism, Little Brown and Company).*
- 5 *Zur Vertiefung dieses Aspekts sei die Lektüre von „Die nachhaltige Gesellschaft“ von Saral Sarkar empfohlen, der sowohl technologische als auch ökonomische Gegenargumente anführt; Saral Sarkar (2001): Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen, Rotpunkt Verlag, Zürich.*
- 6 *Wouter van Dieren (Hrsg.) (1995): Mit der Natur rechnen – Der neue Club-of-Rome-Bericht, Birkhäuser Verlag.*
- 7 *Vertiefend dazu: Elmar Altwater (1991): Die Zukunft des Marktes – Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“, Westfälisches Dampfboot; Elmar Altwater, Rolf Hecker, Michael Heinrich & Petra Rinkel-Scharping (1999): Das Kapital.doc. Das Kapital (Bd. 1) von Marx in Schaubildern mit Kommentaren, Westfälisches Dampfboot; Grüne im Europa-Parlament (Hrsg.) (1993): Ökologie und Marktwirtschaft, verfasst von Jens Dörschel; Richard Douthwaite (1999): The Growth Illusion. How economic growth has enriched the few, empowered the many and endangered the planet, 2. Aufl., New Society Publishers.*
- 8 *Fritz Schwarz (1951/1992): Das Experiment von Wörgl, Genossenschaftl. Verlag freiwirtschaftlicher Schriften, Bern.*
- 9 *Anonym (2001): Österreichs Zukunft nachhaltig gestalten. Grünbuch für eine österreichische Strategie zur nachhaltigen Entwicklung, Wien, http://www.nachhaltigkeit.at/strategie/pdf/endtextbka_gruenbuch.pdf*
- 10 *Stephan Schulmeister (2001): Aktien – das virtuelle Kapital, Kommentar in: Der Standard, 22. 1., http://www.attac-austria.org/infos/virtuelles_kapital.php*
- 11 *ATTAC Österreich: Zukunft der Pensionen, Positionspapier Nr. 1, http://www.attac-austria.org/download/pensionen_lang.rtf*
- 12 *Jörg Huffschmid (1999): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, VSA-Verlag.*

Streifzüge 2003

1/2003

Lorenz Glatz, Warum läuft Herr B. Amok?
 Gerold Wallner, Nachgereichtes und Vorausgesetztes –
 Zu Kurz
 Robert Kurz, Die Illusion vom neuen Marshall-Plan
 Lorenz Glatz, Denn für diese Welt ist der Mensch
 nicht schlau genug
 Franz Schandl, Transnational statt internationalistisch!
 Andreas Exner, Schiefe Ebenen – Gedanken zur Globalisierungskritik
 Ernst Lohoff, Der Triumph des Irrealis –
 Arbeitswahn und linke Identität
 Maria Wölflingseder, Einfach umwerfend! Über Arbeitslosigkeit
 Gerold Wallner, L'État c'est quoi...
 Franz Schandl, Jenseits der Gerechtigkeit –
 Attacke gegen den Wertekanon
 Stefan Meretz, Zur Theorie des Informationskapitalismus, 1. Teil
 Norbert Trenkle, Informalisiertes Elend – Informeller Sektor und
 Warenproduktion

2/2003

Lorenz Glatz: Ratlos unzufrieden – Warum es eine gute Zukunft nur
 jenseits
 von Markt und Staat geben kann
 Robert Kurz: Jenseits des Klassenkampfes
 Franz Schandl: Sozialkritik in Zeiten der Konterreform
 Martin Dornis: Männer, zum Lichte, zur Arbeit! Der Arbeitswahn der
 kapitalistischen Moderne und sein Ende
 Erich Ribolits: Wieso sollte eigentlich gerade Bildung
 nicht zur Ware werden?
 Paolo Lago: Verweigerung des Alltags und der Arbeit – Ein Wiedersehen
 mit „Stroszek“
 Maria Wölflingseder: Wie moderne Prediger
 Gerold Wallner: Kein Blut für Demokratie
 Ernst Lohoff: „Die Furie des Zerstörens“ – Gewalt und Krieg in der
 neuen Weltordnung
 Erich Ribolits: Mythos Intelligenz
 Stefan Meretz: Zur Theorie des Informationskapitalismus, 2. Teil
 Extra: Das große Adorare: Erklärung der Bahamas Redaktion

Sustainability?

VERWÜRFE ZUM ÖKOLOGISCHEN DAUERLUTSCHER DER NACHHALTIGKEIT

von Franz Schandl

Wörter steigen auf und Wörter steigen ab. Manche werden erfunden, andere sterben ab. Wie jede Zeit ihre Moden kennt, so auch eine ihr typische Sprache. Schaut man genauer hin, verraten manche Vokabel aber oft mehr von sich als ihre Kommunikatoren erkennen wollen. Insbesondere gilt das auch für die Kategorie der Nachhaltigkeit. Aus der Forstwirtschaft übernommen, wurde der Begriff 1987 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht, und zwar als eine gezielte Inauguration durch die Brundtland-Kommission (offiziell: „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“).

Ein „Juhu“-Wort ward geboren. Es ist auch seine Verwaschenheit, die seine Karriere so offensichtlich förderte. Da jubelt auch die von uns als Steilvorlage gebrauchte Studie: „Nachhaltigkeit ist zu einem neuen Politik-Paradigma geworden – zu einer ‚Leitidee für eine zukunftsfähige Gesellschaft‘, die eine bisher nicht gekannte Konsensbreite erreicht hat.“ (Hans Böckler Stiftung (Hg.), Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf 2000, S. 7)

Zweifellos, Nachhaltigkeit ist heute ein Begriff, der von fast allen als positive Kategorie anerkannt wird. Nachhaltigkeit, dafür lohnt es sich zu kämpfen. Nur wessen Kampf wird da geführt und wohin führt er? Manchmal wird vorgebracht, dass „Nachhaltigkeit“ eine schlechte oder unzureichende Übersetzung von „sustainability“ darstellt. Doch verrät „sustainability“ sich nicht noch eindeutiger als die Übersetzung? „Der englische Originalterminus sustainability meint im Kern: ‚die Funktionsfähigkeit eines Systems aufrechterhalten‘.“ (S. 6) Nur, was soll da aufrechterhalten werden? Um welches System handelt es sich? Da mögen sich die einen dieses und die anderen jenes einbilden, das gesellschaftliche Betriebssystem von Kapital und Demokratie bleibt auf jeden Fall aus der Debatte ausgeklammert. Auf was es ankommt, kommt nicht vor.

Nachhaltigkeit stellt keinen einzigen ökonomischen Imperativ in Frage: Markt, Geld, Verwertung, Wettbewerbsfähigkeit, alles bleibt letztlich unbeschadet, sieht man

von obligaten Kritteleien ab. „Wachstum, Vollbeschäftigung und Nachhaltigkeit sind vereinbar.“ (S. 57) Das Konzept der *sustainable development* setzt Kapitalakkumulation als natürliche Bestimmung, als Kreislauf des Lebens, voraus. Es geht sogar darum, diese Strukturen und Mechanismen langfristig und andauernd zu sichern, eben ihre Nachhaltigkeit zu prolongieren. Das Nachhaltigkeitsgerede inszeniert sich ja auch geradezu als Revival der uralten Werte: da ist die nervtötende Rede von Demokratie, Gerechtigkeit, Chancengleichheit, und immer wieder: *Arbeit*.

Primär fragen sich die Vertreter der Nachhaltigkeit wie das Abgelaufene weiterlaufen kann ohne aus dem Ruder zu laufen. Zum Ablauf selbst hält man sich bedeckt, man wendet sich dafür umso entschiedener gegen gewisse Auswüchse, Fehlentwicklungen etc. – Nachhaltigkeit meint, dass halten soll, was bisher gehalten hat. Nachhaltigkeit will, dass geht, was bisher gegangen ist. Nachhaltigkeit möchte Missstände ausschalten, aber Zustände erhalten. Sie tut gerade so, als hätte das eine mit dem anderen nichts oder wenig zu tun. Nachhaltigkeit ist also kein kritischer Begriff, sondern ein affirmativer, der jedoch versteht, sich als emanzipatorische Kategorie zu verkaufen. Nicht die Welt zu erhalten, ist das Ziel, sondern die Welt, *wie sie ist*, zu erhalten. Das ist freilich ein Unterschied ums Ganze. „Nur wenn, was ist, sich ändern lässt, ist das, was ist, nicht alles.“ (Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, FfM 1966, S. 391)

Selbstverständlich findet die von uns zitierte Studie zu ihrem gewünschten wie erwarteten Resultat: „Die Ergebnisse der Querschnittanalysen und die Szenarien zeigen: Eine Politik der Nachhaltigkeit bei der ökologische, ökonomische und soziale Ziele gleichzeitig berücksichtigt werden, ist machbar.“ (S. 30) Nur, warum gehorchen die Regierungen und Arbeitsmärkte nicht dieser Konzeptheberei? Warum machen sie nicht Gebrauch von solch einleuchtenden Plänen? Was verhindert?

Vielleicht sollte man doch gelegentlich über den Stellenwert solcher Studien und vor auch über den ihrer Terminologie nachdenken. Möglicherweise liegt deren

Aufgabe gerade nicht darin, Vorschläge zu liefern, sondern Publikum zu beruhigen. Ihre Funktion wäre demnach eine ideologische und keine praktische. Man wird den Verdacht nicht los, dass bestimmte reizende Vokabel, prototypisch etwa der Evergreen der *Demokratie*, aber auch die neuen Hits wie *Zivilgesellschaft* und *Nachhaltigkeit* in erster Linie zur weltanschaulichen Therapie der gesellschaftlichen Mitglieder dienen, vor allem, und das ist die Pointe, für die nicht ganz unkritischen. Eben dazu sind diese Kosewörter des allgemein oder speziell respektierten Unsinn da. Es jargonisieren sich Gleichgerichtete.

In den gegenwärtigen Pseudodebatten tummeln sich reihenweise Füllwörter des geistigen Nonsens zur Vernebelung der Köpfe. Es drängeln sich Nullaussagen, d.h. Sätze, von denen das Gegenteil nicht behauptbar ist, auch wenn die Entwicklung permanent das Gegenteil zeitigt. Eine Nullaussage wäre etwa: „Wir sind für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für den Abbau von Stress und Mobbing am Arbeitsplatz und für eine Ökologisierung desselben.“ Da kann man doch nicht dagegen sein? Da sind wirklich alle dafür, gleichzeitig wird aber permanent etwas anderes reproduziert. Die Frage ist nun (neben dem verdrängten *Warum?*): Wer ist da eigentlich schizophran? Die, die solche Allzwecksätze aufstellen oder die, die solche Verhältnisse herstellen? Doch sind „die“ und „die“ überhaupt unterscheidbar, sind „die“ und „die“ nicht dieselben? Und was folgt daraus?

Das Geschwafel kennt wahrlich kein Ende: Arbeiter werden gar von Arbeitnehmern zu „Arbeitsunternehmern“ (S. 30) aufgepöppelt. Das erhabene Kapital der Zukunft verhält sich dementsprechend nicht mehr tollwütig, sondern ganz toll: „Die Unternehmen verbessern ihre Wettbewerbsfähigkeit primär durch Produkt- und Prozessinnovationen, statt auf Kostensenkung durch Lohnzurückhaltung und einen schlankeren Staat zu setzen. An der Zielvorgabe ‚Gewinnmaximierung‘ ändert sich nichts, aber diese wird mit einer langfristigen Perspektive verfolgt.“ (S. 21) Dass die Unternehmen möglicherweise die lang-

fristigen Gewinne gar nicht mehr erleben, weil sie keine kurzfristigen zum Investieren haben, was schert das die Nachhaltigkeit. Aber seien wir sicher, das Kapital wird, will es am Markt existieren, sich leider schon darum kümmern.

Doch vergessen wir nicht, Nachhaltigkeitskonzeptiker treten für eine „verlässlich soziale Absicherung oberhalb der Armuts-

schwelle“ (S. 41) ein. „Nachhaltige Arbeit“ meint dann auch „eine Arbeitsgestaltung, die die langfristige Erhaltung der Gesundheit gewährleistet und ein aktives Gesundheitsverhalten ermöglicht (Arbeits- und Gesundheitsschutz, Begrenzungen von Arbeitsextraktivität, Arbeitsintensität und von Zeit- und Koordinationsstress)“. (S. 33) Man fragt und ärgert sich: Wovon reden die?

Oder ist das überhaupt ein ignorantensinnspiel für viertelkritische Nörgler, nach dem Motto: Wie hätten wir's denn gerne? Es ist, wie wenn der Weihnachtsmann und das Milchmädchen frisch und unbedarft aufeinander losplaudern, Wünsche aufstellen und Rechnungen aufmachen, ohne auch nur eine Sekunde an Marktwirt und Marktwert zu denken.

Lob der Politikverdrossenheit

von Franz Schandl

Das aktuelle politische Geschehen gleicht zusehends einer Hochschaubahn. Zumindest wenn wir uns ihre oberflächlichen Gestaltungen, das Parteiengezänk, die Wahlen und die mediale Verarbeitung so anschauen. In Wahrheit aber liegt die Politik völlig flach.

Was ist bloß mit den Wählern los? Immer weniger wählen, und die, die wählen wissen nicht mehr so recht, wen sie wählen sollen, daher wählen sie mal die einen und mal die anderen. Wobei es puncto letztgenannter Variante selbstredend schon die ersten Sozialwissenschaftler gibt, die diese Flexibilisierung der Wählerschaft als deren Emanzipation auslegen. Indes ist dieses Mündig-Werden ein *Nicht-mehr-fündig-Werden* eines Wollens, das sich noch immer als freier Wille missversteht.

Nicht nur die Nichtwähler laufen in Scharen davon, auch die Wähler haben sich losgebunden und spazieren zunehmend unentschlossen und unlustig durch die politische Szenerie. In Germany etwa sind jetzt wieder viele Richtung Stoiber und Merkel unterwegs, während Schröder und seine SPD voll in den Keller fahren. In Austria hingegen verhält es sich andersrum. Hier gewinnt die oppositionelle SPÖ Wahl für Wahl, manchmal sogar mehr als 10 Prozent, so bei der letzten Landtagswahl in Oberösterreich. Die Partei Alfred Gusenbauers kann zur Zeit vieles falsch machen. Es schadet nicht, ja vielleicht nützt es sogar.

Obligate Klagen

Nehmen wir irgendein Zitat. Andreas Unterberger schreibt in „Die Presse“ vom

12. Oktober 1996 unter dem Titel „Tag der Ratlosigkeit“ folgendes: „Noch nie traf man auf so viele verzweifelt-ratlose Mitbürger wie in den letzten Tagen vor diesen Wahlen. In zwei, ja drei parallel laufenden Wahlkämpfen ist es den Werbern nicht wirklich gelungen, auch nur eine einzige Frage wirklich in die Herzen der Bürger zu tragen. Zugleich greift die allgemeine Verdrossenheit immer stärker um sich. Die überragenden Persönlichkeiten fehlen ohnedies schon lange.“

Aber diese Verdrossenheit ist nicht in erster Linie Folge unfähiger Politiker Menschen in Bann und Begeisterung zu ziehen. Die Ursache ist nicht dort zu suchen. *Politikverdrossenheit* ist vielmehr Ausdruck davon, dass die Macht der politischen Sphäre weitgehend Illusion gewesen ist und jetzt überhaupt verschwindet, dass politische Losungen geschweige dann Lösungen, immer weniger überzeugend wirken, die hohle Rhetorik offensichtlich ist, gerade auch weil die Wortwahl sich zuspitzt. Die Politikverdrossenen spüren das und deshalb flüchten sie der Politik.

Nicht die Parteien stürzen die Politik in die Verdrossenheit, sondern das Formprinzip Politik verfault an seinen Instrumenten. Die zentrale Frage ist die: Handelt es sich bei der Politikverdrossenheit um eine Verdrossenheit *an den Politikern* und deren *Politiken*, wie allgemein angenommen, oder handelt es sich tatsächlich um eine Verdrossenheit *an der Politik*? Was ist also marode: Die Funktionäre oder die Funktion? Der ersten Sichtweise kommt die Kritik der gesamten spezifischen Handlungsebene gar nicht in den Sinn, die bleibt draußen: Politik als Form wird nicht hinterfragt, sondern deren Exponenten, die Politiker (Funktionäre, Apparatschiks, Bürokraten) werden skandalisiert.

Gemeinhin kapriziert sich eins auf das Ergebnis, vergisst dessen Geschichte und Entwicklung. Vor allem das missliebige Resultat ordnet man dann eindeutig den Politikern zu, bestimmbar Personen, nicht (von den Subjekten her betrachtet) unbestimmten Verhältnissen. Man weiß nicht, was los ist, man weiß aber umso entschiedener, wer schuldig ist. Schuldige werden stets gefunden. Steigt z.B. die Arbeitslosigkeit, dann kann man sicher sein, dass die Opposition die Regierung bezichtigt. Und wechselt die Regierung, dann tauschen Bezichtigter und Bezichtigte lediglich den Platz.

Unterbergers „Tag der Ratlosigkeit“ spiegelt deutlich eine „Zeit der Ratlosigkeit“, doch das will niemand so recht zugeben. Die Politik behauptet weiterhin ihre Rezepte, auch wenn sie völlig nackt ist. Die Formel der Ratlosigkeit ist richtig, sie ist allerdings zu verallgemeinern. Der Rekurs auf die „überragenden Politikerpersönlichkeiten“, bei Unterberger wohl Raab und Figl, ist jedenfalls daneben. Raab und Figl in heutigen Zeiten würden lächerlich wirken, was jetzt nichts über deren historische Rolle sagt, sich aber dagegen ausspricht, dass das Manko der jetzigen Politiker in den entsprechenden Individuen zu suchen ist. Das ist wahrlich zu kurz gedacht. Würden heute die Politiker der fünfziger, ja der siebziger Jahre bei uns auftreten, sie würden „Aliens“ gleichen, Menschen von einem anderen Stern, indes sie doch nur Politiker in einer anderen Zeit gewesen sind.

Zum Charakter der Verdrossenheit

Traditionell wird der Politik Macht zugeschrieben: „Unser Schicksal ist die Politik“ (Max Weber), so könnte man den gängigen Konsens umschreiben. Politiker erscheinen nicht als arme Narren der Politik, sondern

als potenziell Mächtige. Ein allgemeines Volksvorurteil lautet: Politik bestimmt die Welt. Dieses Bewusstsein, das wir als ein bürgerliches *Pflichtbewusstsein* bezeichnen würden, ist in den letzten Jahren brüchig geworden. So recht will niemand mehr daran glauben, auch wenn die Verlautbarungen noch in die gleiche Richtung gehen, ja sogar an Penetranz zulegen.

Politikverdrossenheit ist nun ein Empfinden, das sich zwar nicht auszudrücken versteht, aber sich auch kaum mehr beeindruckt lässt. Sie sollte nicht vorschnell abgetan werden. Sie ist auch ziemlich unabhängig davon, wo die Menschen politisch stehen oder besser: gestanden sind. Ebenso autonom ist sie von der sozialen Stellung. Sie kann alle ergreifen.

Im Gegensatz zur Politikunverdrossenheit, die weiterhin gebetsmühlenhaft ihre Appelle und Postulate loslässt, ist die Politikverdrossenheit nicht willens sich aktiv zu artikulieren. Sie entzieht sich, verweigert sich, will einfach nicht. Sie findet nicht nur keine gemeinsame Sprache mit der Welt der Politik, sie hat überhaupt keine. Dieser Welt ist sie entflohen ohne anderswo an Land gegangen zu sein. Sie ist also ein flüchtiges Dazwischen, ein Nicht-Mehr, aber auch ein Noch-Nicht.

Die Aufgabe der Politikgläubigen besteht nunmehr darin, die Politikantisten, die zu Politikatheisten zu werden drohen, in die Politik zurückzuholen, zumindest zum Kirchgang, d.h. zur Wahl zu drängen. Der Parlamentarismus verfällt nämlich, wenn die Wähler ihm die Gefolgschaft verweigern. Er ist auf Zustimmung aus und auch darauf angewiesen. Nichtwählen bedeutet nicht bloß Desinteresse, sondern beherbergt auch einen transvolutionären Keim der Ablehnung. Es gilt aber unbedingt den Schein der Souveränität der Wähler aufrechtzuerhalten.

Die Verdrossenheit ist zwar keine politische Reaktion mehr, aber auch keine *antipolitische*, sondern eine *unpolitische*. D.h. sie verspricht sich von dieser Form der gesellschaftlichen Verallgemeinerung, eben der Politik, nichts mehr, hat aber keine Vorstellung von einer anderen, weil sie gleich den Politikgläubigen diese (von ihr nicht mehr bediente Form) trotzdem für die einzig mögliche und natürliche hält. Was aber auch bedeuten kann, dass die spezifische und notwendige Desillusionierung an der Politik ins Subjekt regrediert. Potenzielle Emanzipation verwandelt sich in individuelle Depression. Dieser Weg ist aber nicht determiniert.

Die banalste aller (ungestellten) Fragen dabei lautet: *Warum sollen die Politikverdros-*

senen nicht politikverdrossen sein? Umgekehrt als üblich, ist daher festzuhalten: Nichtverdrossenheit ist den Wählern zu verübeln, eher ist zu fragen, warum so wenige noch verdrossen sind. *Verdrossenheit* ist die erste, wenngleich noch primitive Reaktion auf das Gebotene, auf jeden Fall viel besser als der berüchtigte *Denkzettel*, wo das Wählen ja nicht in Frage gestellt wird, sondern „gerade zu Fleiß“ stattfindet.

Indifferenz als Differenz

Wählen unterstellt, eine Auswahl zu haben, die sich von einem Sortiment im Supermarkt dahingehend unterscheidet, dass es an Prinzipien und Programmatiken hängen soll. Doch ist dem so? Ist die Wahl zwischen Gusenbauer und Schüssel, zwischen Stoiber und Schröder grundsätzlich eine andere als zwischen Rama und Vita, Pepsi und Coke, Obi und Baumax? Eigentlich ist solche Benennung abgeschmackt, denn das weiß inzwischen jedes Kind. Warum bleiben aber partout entschiedene Konsequenzen aus?

Wenn der Wiener Politologe Emmerich Taloš sagt: „Die Sozialdemokratie ist von den Konservativen und Liberalen nicht mehr unterscheidbar“ (*Volksstimme* 35/1999), warum sollen dann die zur Entscheidung Getriebenen zwischen ihnen auswählen? Welchen Kriterien sollen sie da folgen? Warum sollen sie sich nicht gegen den substanzuell-einheitlichen Block formieren, statt in dieser Ununterscheidbarkeit Unterscheidungen zu treffen? Wo Indifferenz ist, sollte Differenz sich nicht halluzinieren. „Alle Parteien wollen dasselbe – geben es nur nicht zu“, schreibt etwa Bernd Ulrich im Vorspann eines Leitartikels der *Zeit* vom 6. November 2003. Dem ist so.

Wähler werden in diesem Spiel zusehends zur Verschubmasse der Reklame, sie sind nicht der Souverän, wie das Staatsbürgerkundebuch es den Staatsbürgern irreführend unterstellt, sondern eine leicht beeindruckbare und aufschreckbare Horde, aber auch eine genügsame Herde. Je nach dem. Politikverdrossene verzichten darauf, der Verschubmasse anzugehören. Was soll daran schlecht sein, wenn sie lieber einen Ausflug in den Wienerwald machen?

Was stattfindet, ist Wählerverarschung. Diese ist freilich nur möglich, wenn die Wähler sich auch bereitwillig verarschen lassen. Das ist der Fall. Zumutungen werden kaum als solche aufgefasst, höchstens als Belästigungen. Der Wahlkampf ist eine ungünstige Anmache, die als solche zwar auffällt, aber doch hingenommen wird. Das Aufgenommene muss ja nicht unbedingt als

Rezipiertes wahrgenommen werden. *Es wird reflektiert, ohne dass das, was reflektiert wird, reflektiert wird.* Es vermag sich in das Intuitive einzuschleichen. Man spürt von dem man nichts weiß. Politik gestaltet sich als Wettbewerb um sinnliche Gewissheit, als nuancierter, aber doch prononcierter Ausdruck eines gesunden Menschenverstands. Das objektive Diktat tritt in aller Ignoranz als freier Wille auf die Bühne und lässt sich als Demokratie abfeiern. Letzteres zurecht.

Das oftmalige Entsetzen darüber, dass die Wähler für blöd verkauft werden, ist nicht nachvollziehbar. Die Bevölkerung kann bloß für so dumm verkauft werden, wie sie auch ist. Politiker sind keineswegs mieser als ihr Klientel, das ist wahrlich ein Volksvorurteil der dümmsten Sorte. Wobei das nun keine Entschuldigung ist, sondern nur eine Berichtigung.

Immer wieder ein letztes Mal ein kleineres Übel zu unterstützen, ist ein großes Übel. Womit natürlich nicht gesagt wird, dass nie und nimmer mehr gewählt werden darf. Eine dementsprechende Entscheidung ein Kreuzchen zu machen, kann durchaus kurzfristigen Überlegungen folgen, die nicht einmal eingehender Debatten bedürfen.

Es mag z.B. ab und zu noch einsichtig sein, völlig emotionslos PDS zu wählen, damit Leute wie Winfried Wolf oder Ulla Jelpke Bundestagsmandate erhalten, oder dass einige kluge Köpfe in der Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Arbeitsplätze behalten und akzeptable Bildungsprogramme gestalten. Da ist aber kein großes Aufheben darum zu machen. Man sollte das keineswegs ideologisieren, oder sich deswegen für die kapitalkonforme Linkspartei mobilisieren lassen. Eine Perspektive lässt sich daran nicht knüpfen.

Wähler als Zähler

Praktische Politik vertritt nicht die Ansichten und Bekenntnisse der Leute, sondern verwaltet deren Verhalten, *sie moderiert die Verhältnisse*. Dieser „Widerspruch“ ist konstitutiv. Noch einmal: Politik handelt nicht nach dem Willen der Menschen, sehr wohl aber nach dem Handeln derselben. Sie redet nach den Reden und sie handelt entsprechend der Handlungen. Dass sich Politik abseits der Beteuerungen abspielt, hat man in den Parteien erkannt, nur muss stets das Gegenteil oder besser noch: es müssen viele Gegenteile behauptet werden. Ein gelungener Wahlkampf ist jener, wo geschickt platzierte Sirenen auf bestimmte Segmente der Bevölkerung wirken und gleichzeitig von anderen überhört werden. Einfach ge-

sagt: Je mehr es gelingt, Dummheit zu be-dienen, zu befördern und zu beflügeln, desto mehr Sektkorken werden knallen.

Politik wird zynisch. Für Eindeutigkeiten ist da kein Platz, auch wenn diese im Wa-rensortiment der Parteien kaltschnäuzig an-geboten werden. Die Qualität hält nicht, was die Verpackung verspricht. Es ist die hohe Kunst der Imagination, die eingefor-dert wird. Dieser nicht zu entsprechen, wirkt lächerlich, dieser zu widersprechen, erscheint geradezu grotesk.

Es mag einige Unverdrossene erschre-cken, wenn etwa Politiker Botschaften aussenden, die sich einander völlig wider-sprechen. Gerade darum geht es im Wahl-kampf: man will signalisieren, dass man wie in einem Supermarkt mit allem dienen kann. Dass das bloß Fiktion ist, ist völlig egal. Politik ist ein mediales Kasperltheater. Von den eigentlichen Entwicklungen lenkt sie mehr ab als dass sie diese erklärt oder gar, was sich noch immer viele einbilden, leitet.

Wähler sind nicht als Wähler interessant, sondern als *Zähler*. Es geht wie in der Öko-nomie ums Quantum, d.h. um eine Akku-mulation gleicher Einheiten. Wählen meint heute nicht, sich qualitativ zu äußern, son-dern sich quantitativ zuzuordnen. Stimmen werden nicht erhoben, sondern abgegeben. Wie der Arbeitskraftverkäufer auf be-stimmte Zeit seine Arbeitskraft verkauft, so weisen Wähler für festgeschriebene Fristen ihre Zustimmung zu. Das vermag auch kein noch so ausgeklügeltes System der Partizi-pation, etwa das der berichtigten direkten Demokratie, aufzuheben. Im Gegenteil, letztere ist für Populismus und Demagogie sogar um vieles anfälliger als das Repräsen-tationssystem.

Politik und somit auch Wahlen sind dazu da, dass sich das, was sich blind hinter dem Rücken der Menschen durch ihre Hand-lungen herstellt, nachträglich oder vorsorg-lich als freie Entscheidung erscheint. Der Zyniker Luhmann sprach daher von einer „*retrospektiven Sinngebung*“: „Was schon ent-schieden ist, muss ständig neuen Beschrei-bungen ausgesetzt werden, um es anzupas-sen an das, was gegenwärtig als mögliche Zukunft erscheint.“ (Niklas Luhmann, *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt am Main 2002, S. 154.)

Freier Wille und freie Wahl sind Instan-zen des Vollzugs bürgerlicher Gesellschaft-lichkeit. Die Vergesellschaftung über den Wert ist keine direkte (Was wollen wir? Was tun wir?), sondern eine indirekte, eine *feti-schistische*, wo sich die Menschen über Markt, Vertrag, Geschäft, Recht, Politik ver-mitteln. In der Politik geht es um Interes-sen gesellschaftlicher Rollen, nicht um die

Bedürfnisse von Menschen. Das heißt, dass diese lediglich als verwandelte auftreten können, nicht als unmittelbare, sondern ge-brochen durch jene. Die Pflicht der Rol-len-träger besteht im Dienst an den Formen des Werts.

Die Grundvoraussetzung von allem Denken und Handeln ist die Verwertbarkeit der „eigenen“ Charaktermaske am Markt. An der Funktion des Käufers und Verkäu-fers, an der Ontologie des ewigen Tauschs wird nicht einmal gekratzt, geschweige denn gerüttelt. Indes, die *freie Entscheidung* beginnt ausgerechnet dort, wo das automa-tische Subjekt erkennt, dass es keine freie Entscheidung hat, als Mensch aber eine haben will. In diesem Moment keimt das Individuum. Diesen Widerspruch zu kon-statieren gleicht einer emanzipatorischen Inauguration des Selbst. Das Sich will zum Ich.

Altkluge Politikgläubigkeit

Das infantile Gedränge am schnellen Markt der Stimmungen ersetzt jedenfalls konzep-tionelles und programmatisches Denken. *Politik wird inferior.* Stimmt die Stimmung, stimmen die Stimmen. Die Politikverdros-senen machen dieses Schauspiel nicht mit, sie sind nicht mehr in Stimmung und sie wollen sich partout nicht in eine solche ver-setzen.

„Wenn man in Österreich für eine Wahl-beteiligung werben muss, ist etwas falsch gelaufen“, schreibt etwa die österreichische Politikwissenschaftlerin Sonja Punt-scher-Riekmann im *Kurier* vom 12. Juni 1999. Aber weshalb denn? Ist das reaktive Verhal-ten der Abgestumpften nicht vielmehr die adäquate Antwort auf das politische Spek-takel? Wäre es nicht viel ärger, sie wählten einfach weiter? Ließen sich alles bieten, was geboten wird? Ließen sich gefallen, was missfällt? Ist es so falsch, wenn die Leute meinen, sie bewegen da sowieso nichts? Gibt es noch positive Erlebnisse oder Er-gebnisse in der Politik, die einerseits mehr sind als ordentliche Verwaltung, andererseits sich aber diesseits des populistischen Schau-spiels ansiedeln?

Die Situation lässt sich so beschreiben: Politik verspricht mehr als sie halten kann. Doch würde sie nichts versprechen, was würde man dann von ihr noch halten. Die Verdrossenen spüren das, aber die Unver-drossenen wollen es ihnen absolut nicht zu-gestehen. Erstere fühlen, was Demokratie ist, letztere möchten es nicht und nicht wahrhaben. Wenn jemand *zu* ist, dann die Politikbesoffenen. „Eine weitere Frage ist, wie Politik überhaupt in der Lage sein

kann, in Situationen, die sind, wie sie sind, Alternativen zu sehen.“ (Luhmann, S. 160) Sie sollte gestellt werden, unentwegt. Man muss deswegen Luhmanns blanke Affirma-tion nicht teilen.

Mehr als die Verdrossenen stören die Un-verdrossenen, d.h. jene Spezies Mensch, die scheinbar nichts erschüttern kann, die immer wieder auf billige Demagogie und plumpe Anmache hineinfallen. Jene Leute, die von Schröder zu Stoiber wechseln, die einen Karl-Heinz Grasser schick finden oder auf einen Arnold Schwarzenegger hineinfallen wie sie gestern auf Jörg Haider abgefahren sind. Jene, die den „democratic circus“ (David Byrne/Talking Heads, *Naked*, 1988) um nichts in der Welt durch-schauen wollen, sondern lieber als Hooli-gans ihrer Stars, als flanierender und flan-kerender Fanclub, wenn schon nicht durch die Gegend, so zumindest zur Urne laufen und vor dem Fernseher schimpfen.

Schlimmer als die Politikverdrossenheit ist solch *altkluge Politikgläubigkeit*, die aus einer autistischen Betriebsblindheit der Demokraten herrührt. Diese Grundhaltung der parlamentarischen Andacht ist zutiefst antiemanzipatorisch, weil sie Demokratie nicht als kapitalistisches Formprinzip, son-dern als ehernes Projekt der Menschheit für alle Zukunft auffasst. Was Punt-scher-Riekmann einfordert, das ist ein frenetisches Glaubensbekenntnis zur Demokratie. Sie gilt als Sakrament der Moderne. Sie disku-tiert Verdrossenheit als moralisches Manko des Publikums und/oder der politischen Akteure, nicht als Selbstverwerfung des po-litischen Systems. Denn dieses ist ideolo-gisch sakrosankt.

Politikverdrossenheit ist selbst in ihrer deformierten Form um vieles besser als die selbstgefällige Demokratieversessenheit, der religiöse Sermon, den der Konsens der De-mokraten stets zu erzwingen versucht, um jedwede prinzipielle Kritik im Vorfeld ab-zuwürgen und die Kritiker ins totalitäre Eck zu rücken. Das Problem jener ist nur, dass sie in der passiven Renitenz einer un-bewussten Negation verharret, der antipo-litische Impuls derselben sozusagen nicht zum Durchbruch kommt, sondern im Un-politischen verbleibt. Im Gegensatz zur Po-litikgläubigkeit ist jene aber ein Ansatz-punkt aktiver Resistance, ein Widerstand, der, wenn auch dunkel, nicht bloß gegen Missstände protestiert, sondern die Zu-stände selbst zum Gegenstand der Verwei-gerung macht.

Die Politikverdrossenen sagen noch nicht „Nein!“, aber sie sagen und zwar ein-zeln und unabgesprochen: „Ich mag nicht.“ Die Leute sind renitent, aber sie sind nicht

kritisch. Sie wechseln von den angepassten Bekenntnissen in eine apathische Bekenntnislosigkeit. Sie erkennen keine Perspektiven, aber mitspielen – so als wäre nichts geschehen – wollen sie auch nicht mehr. Aufgabe wäre es nun, die Apathie in eine Antipathie zu transformieren.

Mit der Desillusionierung von etwas darf nicht die Hoffnung auf etwas gleich miterledigt oder durchgestrichen werden. Denn wenn es nicht gelingen sollte, Ziele jenseits der Politik anzugeben, dann ist auch nicht auszuschließen, dass sich die Verdrossenheit Luft macht in schwer pathologischen Entladungen. Eine Form davon ist der *Amoklauf*, wo Menschen das, was sie nicht mehr aushalten zerstören, oft in dem sie dessen Exponenten liquidieren. Da stürmt dann ein ehemals Strengpolitikgläubiger in ein Schweizer Kantonsparlament und mäht mit seiner Pumpgun die verhassten Volksvertreter nieder.

Neben dem Auszucken ist aber auch das Einklinken nicht zu unterschätzen. Noch funktioniert es ganz gut. Die Potenz eines Jörg Haider etwa bestand darin, diese bewusstlose Stimmung der Verdrossenheit – wenn auch segmentiert – in die Politik zurückzuführen, die Verkommenheit des Systems dann einigen bestimmten Systemsubjekten (Parteien, Politikern, Bürokraten, Spekulanten, Schmarotzern, Ausländern...) anzuhängen und (im wahrsten Sinne des Wortes) abzuräumen. Die traditionelle radikale Linke hingegen nimmt jene Gegebenheiten als Möglichkeiten nicht einmal in Ansätzen wahr, sondern hängt in aufklärerischer Manie dem absurden Wunsch nach, Politik zu repolitisieren, anstatt sie als kapitalistische Funktion zu demaskieren.

Repolitisierung oder Antipolitik?

Die Wende in Österreich brachte jedenfalls keine „Rückkehr des Politischen“, wie manch Intellektueller prophezeite, sondern bloß eine neue Konstellation der Inszenierung. Die Spektakel der Opposition oder der Donnerstag-Demonstranten („Widerstand!“, „Widerstand!“) dürfen nicht überschätzt werden, beide haben zu keiner wie immer gearteten Politisierung beigetragen, sie sind selbst nur Bestandteil der großen Maskerade. Aber auch die Wende ist – zumindest auf der polit-ökonomischen Ebene – nicht als solche wahrzunehmen. Rot-Schwarz oder auch Rot-Grün hätten grundsätzlich nichts anders gemacht, das demonstriert etwa Deutschland! Merke: Wer heute keinen Sozialabbau betreibt, kann unmöglich ein Politiker im Regierungsamt sein.

Von Kalifornien bis Rumänien, die Wahlbeteiligungen sinken. Kann man an der Westküste der USA mit 11 Prozent der wahlberechtigten Stimmen Gouverneur werden, so fürchtet man in den Karpaten, dass zu wenige Menschen zur Urne schreiten, um in vorausweisendem Gehorsam einem Land eine EU-konforme Verfassung zu verpassen. „Wir haben nichts zu entscheiden, warum sollen wir so tun als hätten wir“, werden sich viele Rumänen fragen. Wiederum zurecht. Und nicht nur sie.

Politikverdrossenheit muss man fördern und fordern, nicht beargwöhnen und beklagen. Jeder Kampf dagegen ist nichts anderes als eine neuerliche Fütterung der großen kulturindustriellen Illusionsmaschinen. Wir sind Vertreter einer *offensiven Entpolitisierung*, für eine, die nicht ins Unpolitische führt, sondern Antipolitik als ihr Ziel begreift. Antipolitik steht vor der Aufgabe, sich gesellschaftlich einzubringen, dabei aber nicht den bürgerlichen Gesetzmäßigkeiten der Politik aufzusitzen. Nicht mitspielen, sondern das Spiel der hartnäckigen Einbildungen konsequent aufzudecken und zu durchkreuzen. Die arbeitsschaftlichen Bezugspunkte dürfen nicht mehr den Horizont abstecken. Kurzum, es hat eine *Praxis jenseits der Politik* zu geben.

Es geht also nirgendwo um die Repolitisierung der Politikverdrossenen, sondern um die Verinhaltung der Verdrossenheit. Sie soll gestützt, ja erhöht werden, indem man sie von der Renitenz zur Kritik führt. Wenn Rasonieren „die Freiheit von dem Inhalt und die Eitelkeit über ihn“ (G.W.F. Hegel, *Phänomenologie des Geistes*, Werke 3, FfM 1986, S. 56) ist, dann gilt es umso entschiedener diese unbestimmte Reaktion zur *bestimmten Aktion* zu überführen. Es ist den Leuten zu vermitteln, *was sie weshalb spüren*, nicht ihnen das Gespür abzusprechen. Deren Desinteresse ist nicht so dumm wie es behandelt wird.

Es wäre falsch, dieses Nichtwollen auf Resignation zu reduzieren. Diese mag eine Rolle spielen, aber Politikverdrossenheit geht nicht in ihr auf. Man kann diese Desillusionierung am politischen Betrieb umgekehrt sogar als sehr befreiend empfinden, dann, wenn man aufhört, das Märchen des mündigen und informierten Staatsbürgers nachzubeten. Ja, es muss sogar das Ziel sein, diese Ernüchterung der Hörigen, die nur auf den ersten Blick als Bewusstseinsschock erscheint, vehement voranzutreiben.

Verdrossen zu sein meint auf die Inszenierung nicht mehr hereinfallen zu wollen, lieber eine Land- oder Kartenpartie zu machen als wählen zu gehen. Das ist keineswegs ein Mangel an Reife, eher schon ein

Ausdruck von *Überreife*. Das Problem der Überreife ist bloß, dass sie möglicherweise den richtigen Moment versäumt hat, und selbst regressiv zu werden droht, indem ihr emanzipatorisches Potenzial mangels an Evaluierung und Eventualisierung einfach verfault.

Politik heute, das ist eine Verdummungsgesellschaft. Wer sich zuviel damit abgibt, wird deppert. Was als emanzipatorische, doch stets bürgerlich-immanente Kraft in der Aufklärung begann, ist zu einem regressiven Faktor des gesellschaftlichen Daseins geworden. *Politik idiotifiziert*. Nötig wäre eine breite *antipolitische* Kampagne zur Senkung der Wahlbeteiligung. *Wo es nichts zu wählen gibt, gibt es nichts zu wählen*. Dass endlich aktiv wird, was passiv ist. Dass Leideform in Leidenschaft umschlägt. Noch sind wir dazu nicht imstande, aber eines Tages wird dieser Fall eintreten.

PFEIFER-DOSSIER Versuch einer Bezeichnung

Diesen September gab es einen von Karl Pfeifer angestrebten, wirklich sehr angestrebten Versuch, Franz Schandl anhand eines journalistischen Beitrags über Arnold Schwarzenegger (*Terminator for Governor*, *Volksstimme* Nr. 35, vom 28.

August 2003; bzw. *Freitag* Nr. 36, vom 29. August 2003) eines „antisemitischen Furzes“ zu bezichtigen. Menschen, die das Internet nutzen bzw. am Container der Streifzüge teilhaben, dürfte der Fall bekannt sein; aber nicht alle hängen am Netz.

Wer also eine Kopie der aufschlussreichen Dokumentation haben will, dem oder der schicken wir sie gerne zu. Alle anderen verweisen wir auf unsere Homepage.

Stalin kommt im Zug zurück

von Anselm Jappe

Es gibt kleine Tatsachen des Alltagslebens, die wie ein Brennspiegel sind. Wenn man ihren Mikrokosmos eingehend betrachtet, kann man von da aus wesentliche Züge des gesellschaftlichen Ganzen erkennen. So ist es mit dem Transportwesen in verschiedenen Ländern im Zeitalter der Privatisierung und der Konkurrenz. In Deutschland sind Verkehrsmittel allgemein besonders teuer. In Frankreich sind die Fernverkehrsmittel es auch, und man hat außerdem geringe Chancen, zur gewünschten Zeit am gewünschten Ort zu sein. Jedenfalls wenn man so altmodisch ist, zum Bahnhof zu gehen, einfach ein Ticket nach X zu lösen und auf den üblichen Sieben-Uhr-Zug zu warten. Wer nicht Preise bezahlen will, die ein Taxi konkurrenzfähig machen, muss sich, bevor er den Zug, und in Deutschland auch die Straßenbahn nimmt, durch ein Labyrinth jeder Sorte von Angeboten kämpfen, die sich außerdem ständig ändern. Angebote für verheiratete und unverheiratete Paare, Familien und Kaninchenzüchtervereine, für morgens um sieben und nachts um zwei, für die, die nur einen halben Tag, und die, die drei Monate am Zielort bleiben. Die Fahrkartenautomaten für den Autobus sind in Deutschland regelrechte Computer; es sind dafür schon eigene Beratungsstellen eingerichtet worden. Auf Reisebüros ist wenig Verlass, da die Angestellten mit den ständig neuen Angeboten nicht mitkommen. Was den Fahrplan angeht, ist jeder Art von Information erst recht nicht zu trauen, seit es keine gedruckten Fahrpläne mehr gibt. Hilflös den Computern ausgeliefert betauern die Angestellten, zwischen 10 und 15 Uhr führen nur Züge mit dreimal Umsteigen zum gewünschten Ort, denn der Direktzug um 9 Uhr 57 wird vom Computer nicht erwähnt, wenn man Abfahrt ab 10 Uhr eingegeben hat. Platz im „Doppelschlafwagen“ gibt es keinen mehr, und weder Angestellte noch Computer wissen, dass es noch viele Plätze im damit praktisch identischen „Zweierschlafwagen“ gibt. Denn der Computer kennt nur seine Eingaben, der gesunde Menschenverstand fehlt ihm ebenso wie seinen Bedienern.

Aber das Schlimmste sind die französischen Fahrpläne, die sicher bald überall Schule machen werden. Kein Tag ist wie der andere! Dieser Zug fährt nur am Dienstag, außer im August, da fährt er die ganze

Woche, der andere fährt ab Ende September an jedem Wochenende, außer am letzten Oktoberwochenende, der dritte fährt ab dem 5. November nur noch bis zur Mitte seiner vorherigen Strecke. Tägliche Züge sind eine absolute Seltenheit, erst recht, dass sie sich jahrelang gleichbleiben.

Aber es gibt ja auch keine gedruckten Tabellen am Bahnhof mehr, die einem den Bahnsteig anzeigen. Deswegen stehen jetzt Herden von Menschen in den kalten Hallen, die auf elektronische Tabellen emporstieren, die ihnen wenige Minuten vor der Abfahrt ankündigen, wohin sie jetzt alle gemeinsam zu stürzen haben.

Jeder wird diese Erfahrung gemacht haben. Aber warum das Ganze? Schuld ist die schwachsinnige Vorstellung, man könne ein Transportunternehmen in ein Privatunternehmen verwandeln, das möglichst schnell möglichst viel Profit zu erwirtschaften hat. Man weiß, dass die Eisenbahnunternehmen der verschiedenen Länder nur daran interessiert sind, auf einigen wenigen großen Linien den Flugzeugen Konkurrenz zu machen, und vielleicht noch etwas zu verdienen mit viehwagenähnlichen Pendlertransporten im Einzugsgebiet der Großstädte. Aber Verbindungen von einem Provinzort zum anderen funktionieren heute schlechter als vor zwanzig oder zehn Jahren oder sind ganz eingestellt worden. Allerorten wächst Gras gerade über den schönsten Eisenbahnlinien. Da sieht man schon, dass man von „Fortschritt“ nur in Bezug auf einige Spitzenprodukte sprechen kann. In kleinen Orten geht hingegen eine regelrechte „Entzivilisierung“ vor sich, was Transporte, Banken, Büros, Geschäfte angeht. Die offizielle Ideologie ist es, dass sich die Transportunternehmen „flexibel“ auf die Wünsche der Kunden einstellen, Züge nur dort einsetzen, wo sie wirklich benutzt werden, deshalb die Kosten niedrig halten, und außerdem jedem die Möglichkeit bieten, einen für ihn passenden Billigtarif zu finden. Aber die „Flexibilität“ wird in Wirklichkeit einseitig vom Kunden verlangt, will er überhaupt noch reisen. Wendet er Zeit und Nerven auf, einen Billigtarif zu finden, richtet er dann noch seine Ankunfts- und Abfahrtszeit danach, kauft er schon Monate vorher sein Ticket, am besten ohne Rücktrittsrecht, dann gelingt es ihm gerade, so viel zu bezahlen, wie er einst, in Reallohn gerechnet, für ein ganz normales, jederzeit

gültiges Billet bezahlte. Ein Single, der einmal im Jahr kurzfristig eine Reise antreten will, bezahlt dafür unvergleichlich mehr als früher – und das trotz des massiven Personalabbaus der Bahnen. Soviel eben, wie eine Bahn kostet, die an der Börse quotiert werden will. Nur reiche Leute können es sich heute leisten, ohne langes Abwägen einfach in den Zug zu steigen. Eine schöne Gelegenheit für die Snobs der Art, die es lieben zu verkünden, sie hätten keine Ahnung, was ein U-Bahnticket kostet.

Was hat er davon, dass die Bahnen, wenn immer sie befürchten, ihre Züge nicht voll zu kriegen, sie lieber erst gar nicht auf den Fahrplan setzen? Ganz im Gegensatz zur angeblichen „Individualisierung“ unserer Zeit und der „Differenzierung der Lebensstile“ sind Fahrpläne und Preise, wenn überhaupt, nur für den reinen Durchschnittsmenschen passend, der von einer Großstadt zur anderen und über dieselbe Strecke wieder zurückreist und schon Wochen vorher auf die Minute genau Abfahrt, Ankunft und Rückfahrt festlegen kann, da er als Lohnempfänger sowieso nie spontan über seine Zeit verfügen kann. Wer in dieses Schema nicht reinpasst, der bleibt am besten zu Hause: in vielen Zügen darf man ohne Platzreservierung nicht einmal mehr im Stehen mitfahren, und sie sind oft schon Tage vorher ausgebucht. Das Leben bestraft diejenigen, die nicht ihr ganzes Leben im Voraus verplanen. Und warum diese ständige, den Reisenden zugemutete Flexibilität? Um des Profits willen. Und warum der Profit? Wegen der Privatisierung. Und warum die Privatisierung? Wegen des Neoliberalismus. Und warum der Neoliberalismus? Wegen der Krise des globalen Kapitalismus. Wer vom Fahrplan ausgehend konsequent fragt, der kommt zur Absurdität des Kapitalismus als solchem. Denn wie die postmodernen Menschenverwalter selber sagen: es gibt keine Alternative. Wem der Fahrplan nicht passt, der muss nein zum Kapital sagen. Und nein muss er auch zum warengesellschaftlichen Totalitarismus sagen. Denn wenn jede Straßenbahn- oder Zugfahrt zum Martyrium wird, das mit stundenlangen Internet- oder Agenturkonsultationen beginnt, und wenn man stets einen Winkel seines Gehirns für das Kaleidoskop der Preise und Fahrpläne freihalten muss, dann bestätigt das Hanna Arendts Behauptung, dass totalitäre Systeme ihre Untertanen in ständiger Bewegung halten, so dass sie nie innehalten und nachdenken können. Nur dass Arendt damit Nazismus und Stalinismus meinte, und nicht deren vermeintliches Gegenteil, die westliche Demokratie. Aber vielleicht ist Stalin ja in den Zug gefahren.

Die Tücken des Finanzkapitals

1. TEIL: INNERE GRENZEN DER AKKUMULATION, VERKÜRZTE KAPITALISMUSKRITIK UND ANTISEMITISCHES SYNDROM

von Robert Kurz

Als der sozialdemokratische Theoretiker Rudolf Hilferding 1910 sein Hauptwerk „Das Finanzkapital“ veröffentlichte, war er sich der Tücken dieses Begriffs nicht bewusst. Ihm ging es nicht um Ideologiekritik, sondern allein um eine Analyse des kapitalistischen Reproduktionsprozesses unter den (damals) neuen Bedingungen. Dabei stand die Rolle des so genannten zinstragenden Kapitals oder des „Kreditüberbaus“ (Marx) im Mittelpunkt der Untersuchung.

Bekanntlich gibt es neben dem industriellen und kommerziellen Kapital das Kreditkapital (von Marx vor allem im 3. Band des *Kapital* dargestellt).

Alles Kapital ist zunächst Geldkapital, also Geld, das nicht für Konsum verausgabt, sondern kapitalistisch „angelegt“ wird. Die Form dieser Anlage ist jedoch verschieden. Das industrielle und kommerzielle Kapital (auch das von Dienstleistungsunternehmen) wird in Arbeitskraft, Gebäude, Maschinen usw. investiert, um es durch die Produktion oder Distribution von Gütern zu „verwerten“. Die Anwendung von Arbeitskraft setzt dem ursprünglichen Geldkapital Mehrwert zu, und dieser wird durch Verkauf der Produkte auf dem Markt „realisiert“. Das Kreditkapital dagegen ist ein Geldkapital, das sich nicht durch die Produktion von Gütern verwertet, sondern das verloren wird gegen den „Preis“ des Zinses.

Tatsächlich handelt es sich nur um eine abgeleitete Form des Mehrwerts, denn der Zins (und natürlich die Rückzahlung) des ausgeliehenen Geldkapitals kann nur abfallen, wenn die entleihende Instanz, in der Regel ein industrielles oder kommerzielles Kapital, dieses Geld in reale kapitalistische Warenproduktion steckt und diese auf dem Markt realisiert worden ist. Das heißt nichts anderes, als dass das Produktionskapital die „Beute“, den Mehrwert, mit dem Kreditkapital oder zinstragenden Kapital teilen muss. Der Mehrwert spaltet sich auf in Unternehmensprofit und Zins, wobei der

Zins letztlich nichts anderes als der abgetretene Teil des Unternehmensprofits ist.

Der Begriff des Finanzkapitals

Ein Resultat der Untersuchung Hilferdings war nun, dass die Rolle des Kreditkapitals im Lauf der kapitalistischen Entwicklung immer mehr zunimmt. Das lässt sich dadurch erklären, dass mit fortschreitender Verwissenschaftlichung und Technisierung der Produktion die notwendigen Voraussetzungen in Form von Forschung und Entwicklung, Maschinerie usw. immer höher werden, oder, mit anderen Worten, ein für das Kapital rentabler Arbeitsplatz immer teurer wird. Das führt zu dem, dass das individuelle Kapital mehr und mehr durch Aktiengesellschaften abgelöst wird; im 19. Jahrhundert paradigmatisch beim Eisenbahnbau. Viele Aktionäre legen ihr Geld zusammen, damit die Voraussetzungen bezahlt werden können; aber sie sind dann nur noch Anteilseigner, während das reale Geschäft des Unternehmens von einem angestellten Management geleitet wird. Zum andern können diese großen Gesellschaften aufgrund ihrer Solvenz auch wesentlich größere Mengen an Kredit aufnehmen als individuelle Kapitalien und damit die Produktionskraft entsprechend steigern.

Das Kreditkapital aber, das aus brachliegendem, von seinen Eigentümern nicht kapitalproduktiv verwendbarem Geldkapital sowie aus den Ersparnissen der ganzen Gesellschaft besteht, konzentriert sich im Bankensystem. Logischerweise steigt deshalb mit zunehmender Bedeutung des Kredits auch die Bedeutung der Banken. In demselben Maße, wie das produktive (das heißt real Mehrwert auspressende) Kapital durch Aktien „vergesellschaftet“ und gleichzeitig immer abhängiger vom Kredit wird, verlieren die Banken ihre eher passive Rolle als Geldgeber und steigen selber teils als Eigentümer von Aktienkapital, teils als Kontrolleure qua Großkredit aktiv in die Lenkung des Produktionskapitals ein.

Das von den Banken verwaltete Geldkapital erhält so einen Doppelcharakter: Den Eigentümern der Bankeinlagen, Guthaben

etc. gegenüber „behält es stets Geldform, ist von ihnen in Form von Geldkapital, zinstragendem Kapital, angelegt“ (Hilferding, *Das Finanzkapital*, EVA-Ausgabe 1974, S. 309). Da die Einlagen aber von den Banken nicht mehr passiv verwaltet werden, sondern in der Sphäre des Produktionskapitals real unter Kontrolle der Banken fungieren, ist in Wirklichkeit „der größte Teil des ... bei den Banken angelegten Kapitals in industrielles, produktives Kapital ... verwandelt und im Produktionsprozess fixiert“ (Hilferding, a.a.O.). Es ist „Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen“ (a.a.O.). Dieses Bankkapital mit dem Doppelcharakter von zinstragendem Geldkapital (für die Anleger) und Produktionskapital (unter Kontrolle der Banken) nennt Hilferding eben das Finanzkapital.

Volksvorurteile, kleinbürgerliche Mystifikationen und Antisemitismus

Mit der wachsenden Bedeutung des Kredits und der Banken entstand eine spezifisch kleinbürgerliche verkürzte „Kapitalismuskritik“, die sich allein auf das zinstragende Geldkapital fixierte und einen älteren, in den meisten großen Religionen (in der christlichen ebenso wie in der jüdischen und im Islam) verankerten Abscheu gegen das „Zinsnehmen“ aufgreifen konnte. Marx bemerkte, dass im „Volksvorurteil“ das zinstragende Kapital als das eigentliche Kapital gilt, weil ihm die scheinbar mystische Qualität innewohnt, unmittelbar aus Geld mehr Geld zu „hecken“ (in der VWL wird überhaupt jedes regelmäßige Einkommen als „Zins“ eines Geldkapitals betrachtet, also im Prinzip nicht zwischen verschiedenen Einkommensarten und Kapitalformen unterscheiden). In der vermeintlich „kritischen“ Wendung erscheint der Kapitalismus so als eine bloße Veranstaltung von geldverleihenden Wucherern, die den produzierenden Teil der Menschheit ausbeuten.

Wäre das zinstragende Kapital nicht mehr, so dachte etwa Proudhon, dann gäbe es auch keinen Kapitalismus mehr. Er wollte

deshalb ein nicht verleih- und verzinsbares „Arbeitsgeld“ einführen. Auch die spätere, bis heute immer wieder neu propagierte Geldutopie von Silvio Gesell liegt auf derselben Linie: Gesell wollte ein „Schwundgeld“ einführen, das stetig an Wert verliert, wenn es nicht innerhalb einer bestimmten Frist für Produktionsmittel oder Konsum ausgegeben wird. Damit soll verhindert werden, dass Geld gehortet wird und sich in zinstragendes Kapital verwandeln kann.

Diese Ideologie stellt die wirklichen Verhältnisse auf den Kopf. Das zinstragende Kapital ist nicht das eigentliche Kapital, sondern nur eine sekundäre, abgeleitete Teilfunktion des Kapitals. Geldverleih und Schuldenkrisen gab es schon gelegentlich in der Antike, aber nur am Rand einer überhaupt nicht wesentlich auf Geld beruhenden agrarischen Reproduktion. Die moderne kapitalistische Produktionsweise ist nicht aus dem zinstragenden Kapital entstanden, sondern aus dem Geldhunger der frühmodernen Militärmaschine („politische Ökonomie der Feuerwaffen“), die zwecks Finanzierung von Kanonenproduktion, stehenden Heeren etc. die feudalen Abgaben monetarisierte und durch den Zwang der inneren und äußeren Kolonisierung (Sklavenplantagen, Zucht- und Arbeitshäuser, staatliche Manufakturen usw.) die Bevölkerung in das „Material“ von „abstrakter Arbeit“ (Marx) zwecks Geldverwertung verwandelte. Die Logik dieser „produktiven“ Geldmaschine emanzipierte sich schließlich vom ursprünglichen Zweck, wurde „privatisiert“ und mutierte zum Systemzusammenhang, wie wir ihn heute kennen und verinnerlicht haben.

Das System der Geldverwertung enthält den Imperativ unaufhörlichen Wachstums. Der verselbständigte ursprüngliche Zweck (immer mehr Geld für die unersättliche Maschine der frühmodernen „militärischen Revolution“) hat sich in den abstrakten systemischen Selbstzweck verwandelt, durch betriebswirtschaftliche Verwertungsprozesse aus Geld mehr Geld zu machen. Die physische und kulturelle Reproduktion der Gesellschaft ist nur noch Anhängsel dieses Selbstzweck-Prozesses. Die Gütermenge (egal welchen Inhalts, der zunehmend destruktiv wird und ja in der ursprünglichen Kanonenproduktion auch einen destruktiven Ausgangspunkt hatte) muss immer weiterwachsen; nicht um der Bedürfnisse willen, sondern allein nach der Maßgabe, dass sie den Selbstzweck der Geldverwertung „repräsentiert“.

Da deshalb jede einmal erreichte Stufe der kapitalistischen Produktion nur das Ausgangsniveau für weiteres Wachstum bil-

det, muss die kapitalistische Reproduktion auf stetig erweiterter Stufenleiter eine immer größere Gesamtmasse bewegen. Genügt z.B. auf einem noch relativ niedrigen Niveau die Produktion von sagen wir tausend Kühlschränken (oder beliebigen anderen Gütern), um ein Prozent Wachstum zu erreichen, so ist bei höherem Ausgangsniveau die Produktion von zehntausend, hunderttausend, einer Million usw. Kühlschränken nötig, um prozentual dasselbe Wachstum zu erreichen.

Was gesamtgesellschaftlich gilt, erscheint auch auf betriebswirtschaftlicher Ebene als jenes Faktum der steigenden Vorauskosten, die immer weniger aus den zurückfließenden Profiten allein gedeckt werden können, sondern in wachsendem Ausmaß den Rückgriff auf die Spargelder der Gesellschaft erfordern. Es ist also nicht so, dass das zinstragende Kapital rein äußerlich wie ein Vampir die produktive Basis aussaugt, sondern genau umgekehrt würde die kapitalistische Wachstumsproduktion ohne das Kreditsystem zum Stehen kommen. Es ist die innere Schranke der kapitalistischen Produktion selbst, die dem zinstragenden Kapital wachsende Bedeutung verleiht und die finanzkapitalistische Struktur hervortreibt.

Auf den Kopf gestellt erscheint dieser Zusammenhang aus der Perspektive einer kleinbürgerlichen Nischenproduktion, die sich auf dem totalen Markt (der nichts als die Realisationsphäre des Kapitals darstellt, in der sich der Mehrwert in die Geldform zurückverwandeln muss) zu behaupten sucht. Im 19. Jahrhundert war das noch ein klassisches Kleinbürgertum handwerklicher Provenienz, das allmählich von größeren kapitalistischen Betrieben verdrängt wurde; stets haben sich aber Formen von sekundärer kleiner Nischenproduktion erhalten oder neu herausgebildet (Dienstleistungen aller Art, Gastronomie bis hin zur Würstchenbude, Software-Klitschen usw.).

Die Klitschen haben oft so wenig Eigenkapital, dass sie sich, um überhaupt produzieren zu können, in hohem Ausmaß verschulden müssen. Nach Abgabe des Zinses und der Tilgungsraten bleibt praktisch kaum noch ein Eigenprofit übrig. In diesem Milieu kann sich leicht die Empfindung einstellen, dass man ja „nur noch für die Banken arbeitet“. Vergessen wird dabei, dass man ohne Bankkredit gar nicht erst hätte anfangen können oder am Markt noch viel schneller gescheitert wäre. Die Vorstellung, dass es ohne das „vampirische“ zinstragende Kapital eine flotte Prosperität der ehrlichen „produktiven Arbeit“ geben

könne, ist reine Ideologie auf Basis der Klitschenmentalität. Nicht umsonst haben die kleinbürgerlichen Geldutopien à la Proudhon oder Gesell nur Handwerks- und Familienbetriebe, sekundäre kleine Dienstleistungen etc. im Auge, während die kapitalistisch vergesellschaftete Großproduktion und deren infrastrukturelle Aggregationen außerhalb des Horizonts dieses Ressentiment gesättigten verkürzten „Antikapitalismus“ bleiben.

Diese allein gegen das zinstragende Kapital statt gegen die kapitalistische Produktionsweise gerichtete Ideologie war von Anfang an vom modernen Antisemitismus durchdrungen. Der religiös motivierte Antijudaismus des christlichen so genannten Mittelalters hatte sich mit dem Aufkommen der Monetarisierung gesellschaftlicher Reproduktion in der frühmodernen „politischen Ökonomie der Feuerwaffen“ und der Entstehung des modernen warenproduzierenden Systems transformiert. Obwohl das Zinsverbot auch in der jüdischen Religion galt, waren Juden im Mittelalter durch den brandmarkenden Ausschluss von den produzierenden Gewerben zu Tätigkeiten in der (marginalen) Zirkulationssphäre und in einigen Fällen auch als Geldverleiher gezwungen. Sie wurden dabei doppelt diskriminiert, indem man sie für diesen aufgenötigten Lebensunterhalt auch noch als dunkle Geschäftemacher und Wucherer verteufelte.

In der ungeheuren ersten Repressionswelle der historischen Monetarisierung (d.h. der Installierung des Verwertungsprinzips) konnte diese Zuschreibung für die ideologische Konstitution instrumentalisiert werden. Luther war nicht nur ein Propagandist der Bauernschlächtere, sondern er kreierte auch prototypisch mit ausdrücklichem Bezug auf das zinstragende Kapital den modernen Antisemitismus. Wie die Aufklärungsphilosophie überhaupt den Protestantismus beerbte, so war auch der antisemitische Affekt in ihre Grundlagen gewissermaßen eingebaut. Mit Anleihen bei den pseudo-naturwissenschaftlichen Theorien des Rassismus entstand daraus eine in der Intelligentsia des 19. Jahrhunderts weitverbreitete irrationale „Kapitalismustheorie“; schon die meisten utopischen Sozialisten des frühen 19. Jahrhunderts und später Leute wie Proudhon (übrigens auch Bakunin) waren offene Antisemiten. Und soziale Wurzeln schlug dieses stets mit der falschen Reduktion des Kapitalbegriffs auf das zinstragende Kapital verbundene antisemitische Syndrom eben zunächst bei den damaligen kleinbürgerlichen Schichten. In diesem

Kontext wurden die bis heute wirkenden antisemitischen Klischees ausgebrütet und verdichtet: Anonymität des Weltmarkts als „jüdische Weltverschwörung“, geheime Beherrschung der Gesellschaft, der Medien etc. durch „jüdische Finanzmoguln“ („Rothschild“), Untergrabung des Nationalgefühls durch „wurzellose jüdische Intellektualität“ usw.

Finanzkapital und traditioneller Marxismus

Marx kritisierte die auf das zinstragende Kapital verkürzte „Kapitalismustheorie“ vernichtend und machte Proudhon lächerlich. Die marxistische Arbeiterbewegung grenzte sich klar von der kleinbürgerlichen Ideologie und deren Verkehrung des Kapitalbegriffs ab. Gegenstand der Kritik war das gesellschaftlich hochkonzentrierte Produktionskapital selbst und damit die kapitalistische Produktionsweise als solche. Dem entsprach der Erfahrungshintergrund der Fabrikarbeiter, die sehr wohl begriffen, dass die kapitalistische Logik, der sie ihr Leben unterwerfen mussten, die des produktiven Verwertungsprozesses selbst war und nicht die einer äußerlichen vampirischen Macht des zinstragenden Kapitals.

Allerdings blieb auch die Kapitalismuskritik des Arbeiterbewegungsmarxismus eine verkürzte, wenn auch in anderer Weise als die kleinbürgerliche. Im Gegensatz zum Kern der Marxschen Theorie wurden die gesellschaftlichen Formen des Verwertungsprinzips (abstrakte Arbeit, Wertform, „Betriebswirtschaft“, Geldform als allgemeine Reproduktionsform, Marktvermittlung, staatliche Regulation usw.) nicht als etwas zu Überwindendes, sondern als überhistorische ontologische Grundlagen von Gesellschaftlichkeit überhaupt verstanden. Die Kritik richtete sich eigentlich nicht gegen die in ihren Formen bereits verinnerlichte Selbstzweck-Logik des Systems, sondern nur – insofern durchaus ähnlich wie die kleinbürgerliche – gegen die soziologisch bestimmte Gruppe („Klasse“) der Nutznießer und Repräsentanten. Nicht das Kapital als „versachlichte“ Reproduktionsform, sondern die Kapitalisten als subjektiv verstandene soziale Willensträger der Ausbeutung schienen das Übel zu sein. Aber im Gegensatz zur kleinbürgerlichen Ideologie wurden die Fabrikherren des produktiven Kapitals selbst darunter verstanden, und die Besitzer des zinstragenden Kapitals nur als eine periphere Fraktion der „Kapitalistenklasse“.

Was die Arbeiterbewegung Sozialismus nannte, war eigentlich nichts als die Vor-

stellung eines „organisierten Kapitalismus“ ohne Kapitalisten, verstanden als juristische Eigentümer des Produktionskapitals. Die Fabrikarbeiter strebten einerseits nach juristischer Anerkennung als vollwertige und eigenständige Subjekte des Verwertungsprozesses (Wahlrecht, Koalitionsrecht, Arbeitsrecht, Betriebsverfassung usw.); andererseits sollte der „vorenthaltene Mehrwert“ entweder gerecht unter die Arbeiter verteilt (so Lassalle) oder von den zur Staatsmacht gelangten Vertretern der „Arbeiterklasse“ gerecht verwaltet (so die Arbeiterbewegungsmarxisten) werden. Es war komplett das, was Marx immer wieder als die „juristische Illusion“ bezeichnet hatte, nämlich die ideologische Vorstellung, die als solche unangetastete, ontologisierte Logik der Kapitalverwertung, ihres Formzusammenhangs und ihres destruktiven Selbstzweckcharakters könne durch eine bloße Veränderung der juristischen Eigentumsverhältnisse und der politischen Machtverhältnisse zugunsten der Lohnarbeiter in eine andere, menschenfreundliche Gesellschaft gewissermaßen umdefiniert werden.

Zur falschen Ontologie des Arbeiterbewegungsmarxismus gehörte auch die der vermeintlich natürlichen Abstraktion „Arbeit“, d.h. der „abstrakten Arbeit“, laut Marx die Substanz des Kapitals. Aber die daraus folgende „protestantische“ Arbeitsethik des traditionellen Marxismus unterschied sich wiederum von der paternalistischen der Kleinbürger, der Familienbetriebe, Gastwirte, Handwerker, Klitschenbesitzer usw. Es war die eher „versachlichte“ und abstrakte Arbeitsethik im Kontext der weitaus höher aggregierten kapitalistischen Großstrukturen und verwissenschaftlichten Funktionsprozesse. Im Resultat kam zwar wiederum ähnlich wie bei den Kleinbürgern bloß der Affekt gegen das „arbeitslose Einkommen“ heraus („die Müßiggänger schiebt beiseite“); aber eben gegen die juristischen Eigentümer der sachlich vergesellschafteten Produktionsmittel gerichtet statt bloß gegen die „Geldhaie“ des zinstragenden Kapitals, und in diesem Kontext mit einem völlig anderen Bezug auf die wachsende Rolle des Kredits.

Zwar wetterte auch Engels im Antidürring mit falschem Zungenschlag gegen die „Kupon-Schneider“ des Aktienkapitals, und in der agitatorischen Phrase kam der Arbeiterbewegungsmarxismus oft der kleinbürgerlichen Suada gegen die Banken, Finanzmagnaten etc. bedenklich nahe; aber dahinter stand letztlich ein ganz anderer Bezug auf die Rolle

Robert Kurz

DIE ANTIDEUTSCHE IDEOLOGIE

Vom Antifaschismus zum Krisenimperialismus: Kritik des neuesten linksdeutschen Sektenwesens in seinen theoretischen Propheten

ISBN: 3-89771-426-4,
316 S., 16 €



Gerhard Hanloser
Krise und Antisemitismus
Eine Geschichte in drei Stationen von der Gründerzeit über die Weltwirtschaftskrise bis heute

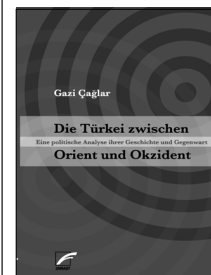
ISBN: 3-89771-423-X
136 S., 13 €

Luz Kerkeling

La Lucha sigue!

Der Kampf geht weiter
Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands

ISBN 3-89771-017-X
304 S., 16 €

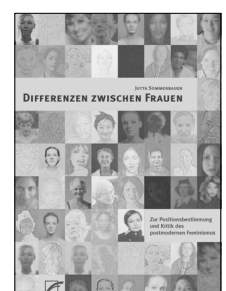


Gazi Caglar
Die Türkei zwischen Orient und Okzident
Eine politische Analyse ihrer Geschichte und Gegenwart.

ISBN 3-89771-016-1
244 S., 16 €

Jutta Sommerbauer
Differenzen zwischen Frauen
Zur Positionsbestimmung und Kritik des postmodernen Feminismus

ISBN 3-89771-300-4
136 S., 13 €



... und was war noch?

Abhilfe mit dem antifakalender 2004

der 14. Versuch

256 S., Fadenheftung,
Hosentaschenformat
ISBN 3-89771-704-2
6,50 EUR

UNRAST Verlag

Postfach 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
www.unrast-verlag.de



des „Kreditüberbaus“. Angegriffen wurde dabei wiederum die vermeintlich subjektive Rolle der juristischen Eigentümer; die Expansion des Kreditystems selbst hingegen erschien im Gegensatz zur kleinbürgerlichen „Kapitalismustheorie“ nicht etwa als Ursache allen Übels, sondern im Gegenteil als fortschrittliche, vergesellschaftende Funktion. Unter Berufung auf Marx und anhand seiner Analyse der Entwicklung zur „Herrschaft des Finanzkapitals“ glaubte Hilferding feststellen zu können: „Das Finanzkapital bedeutet seiner Tendenz nach die Herstellung der gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktion. Es ist aber Vergesellschaftung in antagonistischer Form; die Herrschaft über die gesellschaftliche Produktion bleibt in den Händen einer Oligarchie. Der Kampf um die Depossedierung dieser Oligarchie bildet die letzte Phase des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die vergesellschaftende Funktion des Finanzkapitals erleichtert die Überwindung des Kapitalismus außerordentlich. Sobald das Finanzkapital die wichtigsten Produktionszweige unter seine Kontrolle gebracht hat, genügt es, wenn die Gesellschaft durch ihr bewusstes Vollzugsorgan, den vom Proletarier eroberten Staat, sich des Finanzkapitals bemächtigt, um sofort die Verfügung über die wichtigsten Produktionszweige zu erhalten“ (Hilferding, a.a.O., S. 503).

Hilferding spricht hier für den Arbeiterbewegungsmarxismus insgesamt (auch wenn es hinsichtlich der proletarischen Machtübernahme und des Staatsbegriffs Differenzen gab). Die formelle Konsequenz hinsichtlich des Finanzkapitals ist jedenfalls diametral verschieden von der kleinbürgerlichen; wie das produktive und nicht bloß das zinstragende Kapital Gegenstand der Kritik ist, so geht es darum, die vergesellschaftende Wirkung des Finanzkapitals weiterzutreiben und der „proletarischen Kontrolle“ zu unterstellen statt sich eine von der „Zinsknechtschaft“ befreite Klitschengesellschaft zu imaginieren. Aber dieses arbeitbewegungsmarxistische Programm blieb eben noch in der juristischen Illusion und damit in der kapitalistischen Ontologie des warenproduzierenden Systems befangen. Immerhin konnte so trotz gewisser einschlägiger Randerscheinungen (etwa der zeitweilige Einfluss des Antisemitismus in der klassischen Arbeiterbewegung nicht Fuß fassen. Er erschien als typisch kleinbürgerliche Verirrung, die allerdings völlig unterschätzt wurde. Man glaubte, diese Marotte würde sich mit zunehmender großkapitalistischer Vergesellschaftung und

„Proletarisierung“ der kleinbürgerlichen Schichten verflüchtigen.

Arbeit, Kredit und Krise

Diese optimistische Rechnung wurde allerdings ohne den Wirt gemacht. Hilferding betrachtete, darin ganz der juristischen Illusion des Arbeiterbewegungsmarxismus folgend, das Problem des Finanzkapitals allein in Kategorien der Verfügungsgewalt und politisch-ökonomischen Einflussnahme von sozialen Gruppen („Klassen“, Kapitalfraktionen): „Die Abhängigkeit der Industrie von den Banken ist ... die Folge der Eigentumsverhältnisse“ (a.a.O., S. 309). Das Problem der Krise erscheint nur in untergeordneter Bedeutung. Hilferding beschreibt im Rückgriff auf Marx zwar den Mechanismus der „Überakkumulation“, allerdings nur auf der Ebene der konjunkturellen Zyklen: In der Prosperität wird überinvestiert, es entstehen Überkapazitäten, vorangetrieben auch durch Finanzblasen der Aktienspekulation und daraus entstehendes „fiktives Kapital“ (von Hilferding am Beispiel der Gründerzeitkrise als „Gründergewinn“ bezeichnet), bis in der Depression die Kontraktion stattfindet, die Finanzblase platzt, die Überkapazitäten entwertet werden und dann ein neuer Zyklus auf erweiterter Grundlage beginnen kann.

Dabei wollte Hilferding allerdings die Tendenz einer Abschwächung der Krisen sehen, und zwar ausgerechnet durch die wachsende Bedeutung des Finanzkapitals. Er behauptete, dass das Finanzkapital als „Entwicklung der Bankenherrschaft über die Industrie“ in Richtung „der Erschwerung einer Entstehung von Banken Krisen“ (a.a.O., S. 397) wirke. Gleichzeitig sei es so, „dass die wachsende Konzentration die industriellen Unternehmungen gegen die äußere Wirkung der Krise, den völligen Bankrott, widerstandsfähiger macht. Diese Widerstandsfähigkeit wird erhöht durch die Organisationsform der Aktiengesellschaft, die zugleich ... den Einfluss der Banken auf die Industrie außerordentlich steigert“ (a.a.O., S. 397). Auch die Gefahr von Finanzblasen werde dadurch immer geringer: „Immer mehr werden die Spekulationsbewegungen mit der wachsenden Macht der Banken von diesen beherrscht. ... Mit der Bedeutung der Börse im allgemeinen geht noch rascher ihre Rolle als krisenverschärfende Ursache zurück. ... Jene Massenpsychosen, wie sie die Spekulation zu Beginn der kapitalistischen Ära erzeugt, jene seligen Zeiten, wo sich jeder Spekulant als Gott fühlte, der aus nichts

eine Welt schafft, scheinen unwiederbringlich dahin“ (a.a.O., S. 398 f.).

Das war allerdings eine kapitale Fehleinschätzung. Hilferdings blauäugige Theorie von der Milderung der Krisen durch die finanzkapitalistische Mega-Vergesellschaftung von Industrie- und Banken-Agglomerationen beruhte natürlich auf dem politisch-juristischen Reduktionismus der arbeitbewegungsmarxistischen Vorstellungswelt. Zumal wenn die „sozialistische Transformation“ höchst ordentlich auf dem Boden von abstrakter Arbeit, allgemeiner Geldform, „geplanter Warenproduktion“ etc. durch die politische Kontrolle der „Arbeiterpartei“ über die vergesellschaftende Macht des fortgeschrittenen Finanzkapitals bewerkstelligt werden sollte, konnte man natürlich alles andere eher brauchen als eine Theorie, in der das Finanzkapital als Symptom einer verschärften statt gemilderten Krise erschienen wäre. Hilferding machte lieber den Wunsch zum Vater des Gedankens.

In der Krisentheorie war der Arbeiterbewegungsmarxismus allerdings nie gut. Das lässt sich leicht erklären, wenn man Begriff und Funktion des Finanzkapitals in Beziehung setzt zur Entwicklung der abstrakten Arbeit, also der Kapitalsubstanz, und die Krisentheorie aus dieser Beziehung ableitet. Der ökonomische Wert der Produkte, der den Mehrwert als Selbstzweck des Kapitals enthält, ist ja nach Marx nichts anderes als ein fetischisiertes Quantum abstrakter Arbeit. Die vom Zwang der Konkurrenz vermittelte Produktivkraftentwicklung vermindert jedoch das Arbeitsquantum pro Produkt stetig. Das bedeutet, dass jedes Produkt immer weniger Wert und damit (trotz möglicher Binnenverschiebungen im Verhältnis von Wert der Produktionskosten und Mehrwert) auch immer weniger Mehrwert repräsentiert.

Es verhält sich also nicht allein so, dass der Verwertungsprozess aufgrund des bereits aufgehäuften Mehrwerts immer größere Massen von Produkten erzeugen und auf dem Markt realisieren muss, sondern dieses Problem potenziert sich dadurch, dass außerdem eine gegebene Produktmasse immer weniger Wert bzw. Mehrwert, worauf es im kapitalistischen Sinne allein ankommt, darstellen kann. Schon allein ein permanentes Wachstum auf unveränderter Wertgrundlage historisch hochzurechnen, lässt die logische Unmöglichkeit erkennen, wie oft gezeigt worden ist. Aber ein ebensolches Wachstum bei stetig vermindertem Wert der Produkte bis zur bloß noch homöopathischen Dosis zu postulieren, ist geradezu irrsinnig. In der letz-

ten absurden Konsequenz müsste sozusagen das ganze Weltall mit Waren zugeschüttet werden, allein um des Mehrwerts willen, obwohl diese Waren rein ökonomisch immer „wertloser“ werden.

Über alle konjunkturellen Zyklen hinweg findet also durch die kapitalistische Produktivkraftentwicklung ein *säkularer Entwertungsprozess* statt. Darin besteht die tiefere Dimension der Krise gegenüber den bloß zyklischen Schwankungen. Hinter der zyklischen Überakkumulation lauert die strukturelle Überakkumulation, von der die objektive innere Schranke der Produktionsweise markiert wird. Die wachsende strukturelle Bedeutung des Finanz- und Kreditüberbaus ist die endemische Reaktionsbildung des Systems auf den schleichenden realen Entwertungsprozess. Der Kredit im großen Maßstab bedeutet nichts anderes als den Vorgriff auf noch gar nicht produzierten Wert bzw. Mehrwert, der immer weiter in die Zukunft vorge-schoben wird. Es ist die Kapitalisierung von „Erwartungen“. Übergipfelt wird dieser Prozess durch immer neu hervorgetriebene Finanzblasen, zentral durch die spekulative Steigerung der Aktienwerte (d.h. der Preise der bloßen Eigentumstitel) und die damit verbundene Bildung von „fiktivem Kapital“ (Marx). Die Kehrseite des säkularen Entwertungsprozesses ist der Mangel an gesellschaftlicher Kaufkraft, um den (fiktiven, bloß als Zukunftserwartung generierten) Wert bzw. Mehrwert zu realisieren. Deshalb begann im Lauf des 20. Jahrhunderts die „Kapitalisierung der Zukunft“ in Gestalt des privaten Warenkredits auch den Konsum zu ergreifen.

In wachsendem Ausmaß werden also Investitionen und Konsum nicht mehr aus realen vergangenen, sondern aus fiktiven zukünftigen Produktionsprozessen des Kapitals finanziert. Dieser Prozess kann gestreckt werden, solange ausreichend reelle Wertproduktion nachfließt, damit wenigstens der Schein aufrechterhalten wird. Zeitweilig mag dies im obigen Sinne Hilferdings als Dämpfung der Krise erscheinen, weil der reale Zyklus finanzkapitalistisch zunächst abgefedert wird. In der tieferen Dimension aber reift gerade dadurch eine ungeheure Verschärfung der Krise heran. Denn wehe, die fragile finanzkapitalistische Kette zwischen Vergangenheit und Zukunft reißt. Hilferding konnte und wollte wie der gesamte Arbeiterbewegungsmarxismus diesen Zusammenhang nicht sehen, weil dessen Erkenntnis eine ideologische Identitätskrise ausgelöst hätte. Denn der säkulare Entwertungsprozess der Waren ist ja identisch mit einer entspre-

chenden Entwertung der Arbeitskraft und einem obsolet Werden der abstrakten Arbeit. Die geheiligte Ontologie der Arbeit wird auf diese Weise zusammen mit den basalen Formen des warenproduzierenden Systems grundsätzlich in Frage gestellt; und das durfte einfach nicht sein.

Hilferdings blauäugige Vorstellung von der finanzkapitalistischen Milderung der Krisen wurde kaum zwei Jahrzehnte nach dem Erscheinen seines Werkes aufs grausamste blamiert. In krassstem Gegensatz zu seinen Voraussagen bildete sich Ende der 20er Jahre die bis dahin größte Finanzblase aller Zeiten, deren Platzen beispiellose Bankenzusammenbrüche, Großbankrotte und die verheerende Weltwirtschaftskrise zur Folge hatte. Aber auch in anderer Hinsicht erfüllten sich die traditionsmarxistischen Erwartungen nicht. Weit davon entfernt, allmählich einzuschlafen, überschwemmte der Antisemitismus in dieser Krisenepoche die ganze Welt und wurde in Deutschland mit den bekannten Konsequenzen zur massenmörderischen Staatsdoktrin. Wie war das möglich?

Kapitalfunktionen, Staatskredit und sekundäres Kleinbürgertum

Der säkulare Entwertungsprozess, der vorläufig in der Weltwirtschaftskrise gipfelte, hatte auch in soziologischer Hinsicht zu gesellschaftlichen Umschichtungen geführt. In demselben Maße, wie die Produktivkraftentwicklung die Wertschubstanz der Produkte aushöhlte, mussten zwangsläufig auch die soziale Stellung des „allein wertschaffenden Proletariats“ und dessen Begriff untergraben werden. Nicht etwa, weil sich andere Momente der Wertschöpfung aufgetan hätten (wie es bis hinauf zu Habermas in der wert-affirmativen Theorie immer wieder behauptet worden ist), sondern weil die Fetischform des Werts zusammen mit ihrer Arbeitssubstanz obsolet zu werden, also sich die „Wertschöpfung“ selber als sinnloses Selbstzweck-Unternehmen zu enthüllen begann. Absolut nahmen zwar im Weltmaßstab das mehrwert-schaffende Industrieproletariat und damit die Wertschubstanz immer noch zu, aber eben nicht mehr im Ausmaß des erforderlichen Wachstums, das sich bereits zu einem erheblichen Teil qua Kredit und „fiktivem Kapital“ aus dem Vorgriff auf zukünftige Wertschubstanz nähren musste. In diesem Kontext expandierten nun schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis dahin marginale Sozialkategorien des Kapitals, die sich nicht mehr im bisherigen „Klassenschema“ unterbringen ließen.

Im 19. Jahrhundert war die Welt der Klassen und Klassenkämpfe (in der unreflektierten Hülle des warenproduzierenden Systems und der abstrakten Arbeit) gewissermaßen noch in Ordnung: Die Kapitaleigentümer und ihre Funktionäre standen der wert- bzw. mehrwert-schaffenden Arbeiterklasse gegenüber, als dritte Kategorie trieb sich noch das klassische Kleinbürgertum mit eigenen Produktionsmitteln herum, das aber auf dem absteigenden Ast zu sein schien. Und der Staat war der „Klassenstaat der Bourgeoisie“, in dem diese ihre überschüssigen Sprösslinge unterbrachte – eine soziologisch verkürzte Auffassung, die natürlich weit hinter die unausgearbeiteten Ansätze der Marxschen Staatstheorie zurückfiel, in denen der Staat als „abstrakte Allgemeinheit“ bestimmt wurde: somit als die gemeinsame politische Form aller Subjekte von abstrakter Arbeit und Wert wie auf der anderen Seite das Geld als die gemeinsame ökonomische Form.

Die einfach gestrickte Gesellschaftstheorie des Arbeiterbewegungsmarxismus musste im 20. Jahrhundert Irritationen erleiden. Produktivkraftentwicklung, säkulare Entwertung, Aufstieg des Finanzkapitals und die damit verbundenen Vergesellschaftungsprozesse trieben massenhaft Kategorien von lohnabhängiger Tätigkeit hervor, die nicht oder nur in geringem Maße mehrwert-schöpfend, sondern selber finanzkapitalistisch alimentiert sind.

Zum einen wurden im Kontext der großen Aktiengesellschaften zunehmend *Kapitalfunktionen* vergesellschaftet; nicht nur das angestellte Management fiel darunter, sondern eine Vielzahl von Funktionen, die ursprünglich das „Kapitalisten-subjekt“ selbst ausgeübt hatte. Schon Marx sprach von den „Offizieren und Unteroffizieren des Kapitals“, aber das waren noch weitgehend Funktionen der Anleitung und Kontrolle ohne Massencharakter. Jetzt aber bildeten sich, um im Bild zu bleiben, auch im großen Maßstab „einfache Soldaten“ der Kapitalfunktionen aus, etwa in den Verwaltungsapparaten der großen Aktiengesellschaften: der Form nach lohnabhängig wie die klassischen „produktiven Arbeiter“, jedoch nicht oder kaum „mehrwertschaffend“, sondern Geschäftskosten oder „faux frais“ (Marx) der hoch vergesellschafteten Produktion und daher im Prinzip selber aus dem Mehrwert zu finanzieren, also auf den Profit eher drückend als ihn erzeugend. Ein Grund mehr für die Expansion des Finanzkapitals und die Bildung von „fiktivem Kapital“, um diese Kosten möglichst auf die Zukunft zu verlagern.

Zum andern erforderte der stetig höhere Grad kapitalistischer Aggregation analog zur Vergesellschaftung der Kapitalfunktionen auch eine Expansion der Staatsfunktionen. Die zunehmende Menschenverwaltung in jeder Hinsicht (etwa die Entstehung einer ausgedehnten staatlichen Arbeits- und Sozialverwaltung), die Notwendigkeit flächendeckender Infrastrukturen in der Form öffentlicher Dienste, die Industrialisierung des Militärapparats usw. ließen nicht nur die Staatsquote am wertmäßigen Sozialprodukt immer weiter anschwellen, sondern brachten auch parallel zu den lohnabhängigen Heerscharen von Kapitalfunktionären ebensolche Heerscharen von ebenso wenig „mehrwertschaffenden“ lohnabhängigen Staatsfunktionären hervor. Wie die Ersteren dem Prinzip nach aus dem Mehrwert, so sind die Letzteren dem Prinzip nach aus dem staatlichen Steueraufkommen (also der Abschöpfung von Profiten und Löhnen) zu finanzieren. Tatsächlich aber sah sich der Staat schon bald gezwungen, seine expandierenden Apparate qua Verschuldung ebenfalls mittel des Finanzkapitals zu finanzieren, also durch ständig erweiterten Vorgriff auf zukünftige Steuereinnahmen. Laut Marx handelt es sich dabei per se um „fiktives Kapital“, da der vom Staat aufgenommene Kredit von vornherein nicht in kapitalproduktive Unternehmen fließt, sondern eben in kapitalistisch unproduktiven Staatskonsum.

Die Umwälzung der sozialen Kategorien im Kontext der zunehmenden kapitalistischen Vergesellschaftung wurde vom Arbeiterbewegungsmarxismus durchaus gesehen, etwa in der bekannten Bernstein-Kontroverse um die Jahrhundertwende, also wenige Jahre vor dem Erscheinen von Hilferdings Werk über das Finanzkapital. Aber getreu der verkürzten Kapitalismustheorie erschien das Problem nur als klassen- oder organisationssoziologisches und politisches: Es ging einzig um den Grad der Zugehörigkeit der so genannten „neuen Mittelschichten“ zur Arbeiterklasse qua Form der Lohnabhängigkeit und man diskutierte in diesem Zusammenhang diverse politisch-soziologische „Bündnis“-Konzeptionen; die Folge war das ganze 20. Jahrhundert hindurch ein Bandwurm von entsetzlich langweiliger traditionsmarxistischer Literatur zu diesem Thema.

Völlig unreflektiert dagegen blieben der entscheidende krisentheoretische Aspekt und die Konsequenzen für eine sozialistische Umwälzung. Wie schon der säkulare Entwertungsprozess ausgeblendet wurde, so „durfte“ auch das in der Herausbildung der „neuen Mittelschichten“ sich ankündi-

gende Ausbrennen des „Wertschöpfungs“-Pathos nicht zur Sprache kommen. Unter den neuen und sich stetig in diese Richtung weiterentwickelnden Bedingungen konnte von einer „gerechten“ sozialistischen Verteilung oder Verwaltung des „Mehrwerts“ nicht mehr die Rede sein, sondern es kündigte sich die innere Schranke der „auf dem Wert beruhenden Produktionsweise“ (Marx) überhaupt an. Wie die „produktiven Arbeiter“ des klassischen, mehrwertschöpfenden Proletariats auf der stofflichen Ebene immer mehr Destruktionsprodukte statt nützliche Bedürfnisgüter herstellen mussten, so bezog sich der Inhalt der Arbeit jener neuen, kapitalistisch weitgehend unproduktiven lohnabhängigen Mittelschichten zu einem erheblichen Teil einzig und allein auf den Erhalt des Systems und seiner Funktionen, wäre also vom Standpunkt einer postkapitalistischen Gesellschaft einfach überflüssig. Eigentlich war damit der positivistische Arbeits- und Mehrwertmarxismus historisch erledigt; aber die Arbeiterbewegungsmarxisten hätten sich eher die Zunge abgebissen, als sich auf diesen Zusammenhang einzulassen.

Ebenso unterbelichtet blieb damit allerdings auch die ideologische Dimension der Veränderungen in der kapitalistischen Sozialstruktur. Jene „neuen Mittelschichten“ könnten auch als eine Art *sekundäres Kleinbürgertum* bezeichnet werden; „kleinbürgerlich“ nicht mehr im Sinne von kleinen Produktionsmittelbesitzern, sondern „kleinbürgerlich“ eher im Sinne des klassischen Beamtentums, jetzt aber in einer der Form nach lohnabhängigen Vermassung von Kapital- und Staatsfunktionen durch den kapitalistischen negativen Vergesellschaftungsprozess. Weil der Arbeiterbewegungsmarxismus in allen seinen Fraktionen keine zureichende Erklärung bieten und kein entsprechendes Programm der emanzipatorischen Umwälzung formulieren konnte, sondern auf seinem obsolet gewordenen Interpretationsmuster des 19. Jahrhunderts sitzen blieb, wurden die mit der Entwicklung des Finanzkapitals verbundenen sozialen Umschichtungen zu einem Treibsatz für die modifizierte Kleinbürger-Ideologie des 19. Jahrhunderts.

In den aufkommenden Konsumkrediten und damit verbundenen individuellen Schuldenkrisen konnte das Motiv der alten kleinbürgerlichen Affekte gegen das zinstragende Kapital bis in die kapitalproduktive Arbeiterklasse hinein ausgreifen; allerdings war das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch eine marginale Erscheinung. Dasselbe Motiv entfaltete sich jedoch in den Schichten des sekundären Kleinbürgertums

mit großer Durchschlagskraft. Zwar ging es dabei nicht mehr um die Verschuldung von familiären Klitschen, aber die strukturelle Abhängigkeit der eigenen Existenz vom gesellschaftlichen Kreditüberbau des Finanzkapitals wurde dumpf als Bedrohung empfunden. Dabei vollzog die einschlägige Ideologie dieselbe Verkehrung von Ursache und Wirkung wie die klassische Kleinbürgerideologie des 19. Jahrhunderts: Das zinstragende Kapital, ohne dessen Expansion die innere Schranke der kapitalistischen Vergesellschaftung und die Obsoleszenz der meisten Kapital- und Staatsfunktionen schon längst manifest in Erscheinung getreten wäre, wurde zum Grund der Leiden und Krisen in der Kapitalform erklärt und die eigene kapitalistisch unproduktive Funktionstätigkeit mit demselben Ethos der abstrakten Arbeit belegt wie die kapitalproduktive des Industrieproletariats.

Es konnte nicht ausbleiben, dass der stets eng mit dem reduktionistischen Affekt gegen das zinstragende Kapital verbandelte Antisemitismus eine ungeahnte Blüte erlebte, statt allmählich einzuschlafen. Neben dem Arbeiterbewegungsmarxismus, der auf den kapitalistischen Entwicklungsprozess schon damals hilflos und regressiv reagierte, machten sich „national-sozialistische“, antisemitisch durchtränkte Massenbewegungen breit. Diese Ideologie überschwemmte in der Weltwirtschaftskrise die Gesellschaft und ergriff auch große Teile der aus dem mehrwertschaffenden Produktionsprozess entwurzelten Masse von arbeitslosen Industriearbeitern. Dass der Nationalsozialismus in Deutschland die Macht übernehmen konnte und die antisemitische Ideologie bis zum Holocaust trieb, war einer spezifisch deutschen Geschichte geschuldet; dass aber die modifizierte, nunmehr der höheren gesellschaftlichen Aggregation entsprechende Reduktion der „Kapitalismustheorie“ auf das Finanzkapital und deren antisemitische Ausprägung größere gesellschaftliche Wirksamkeit erlangten, war eine allgemeine kapitalistische Erscheinung.

Der 2. Teil erscheint in der nächsten Ausgabe der Streifzüge und umfasst folgende Kapitel:

- *Die Katastrophe des Nationalsozialismus und die Lernfähigkeit des traditionellen Marxismus*
- *Die Krise der 3. industriellen Revolution und das neue Finanzkapital*
- *Allgemeines Wertsujet und virtuelle Verkleinbürgerung*
- *Struktureller Antisemitismus*
- *Die ideologische Verwahrlosung der radikalen Linken*

Von vermeintlichen Linken und ihren Vorbildern

von Bernhard Schmid

„Antideutsche“ von gestern, heute und morgen

Es war vor nunmehr 16 Jahren, und viele Linke hatten damals noch zahllose Illusionen in die grün-alternative „Bewegung“ (die Rede ist an dieser Stelle von deren westdeutscher Ausgabe). Damals erhob sich ein Herr in mittlerem Alter mit (selbst)kritischem Weitblick und erklärte diesen jungen Leuten, dass sie in Wirklichkeit ganz reaktionären Ideen aufgesessen waren, ohne es zu wissen. Ablehnung der NATO? Ganz gefährlich, belehrte der Kritiker sein Publikum, und überhaupt eine völlig rechtslastige Idee. Dahinter stehe nämlich die Idee von einem deutschen „Sonderweg“ und eine Tradition, von der „nicht umsonst zwei Weltkriege ausgegangen sind“ – so die hier nur unwesentlich verkürzt wiedergegebene Kernargumentation.

Aus (gewissermaßen) lupenrein antifaschistischen Gründen also stehe „Akzeptanz der Westbindung“ auf der Tagesordnung. Und das beinhalte, die bis dahin – jedenfalls von vielen in ihren Reihen – aufgestellte Forderung nach NATO-Austritt definitiv aus dem Ideenarsenal der grünen Partei zu streichen. So sollte es denn auch einige Jahre später faktisch auch geschehen.

War es also der Hass auf deutsche Machtansprüche und ein wieder erwachsendes Großmachtstreben, das den Idealismus des Herrn beflügelte? Genauso klang es: Die „Akzeptanz der Westbindung“, und faktisch jene, der unter dieser Bezeichnung verhandelten Militärorganisationen, schien faktisch dem Bestreben zu entspringen, dem Handlungsspielraum der Herrschaftseliten deutscher Nationalität Fesseln zu verpassen. Nicht ihrer Stärkung, sondern ihrer Schwächung sollte der Verbleib der deutschen Bundesrepublik im nordatlantischen Militärbündnis demnach dienen.

Nun ist es vielleicht an der Zeit, den Vorhang zu lüften und den Namen des nachdenklichen Herrn jener Tage zu nennen. Es war ein gewisser Joschka Fischer, heute auch bekannt unter dem Vornamen Joseph, der im Hochsommer 1987 eine regelrechte Pressekampagne mittels der *taz* – des Hof-

blatts des u.a. von ihm angeführten „realpolitischen“ Flügels der grünen Partei – lancierte. Das verdankte er auch seinen Fans in deren Redaktion, die täglich entsprechende Kommentare zu seinen Vorstößen lieferten. Wie es weiterging mit dem Hass des Joschka Fischer auf deutsche Machtpolitik und ihre Instrumente, ist hinlänglich bekannt: Der Hass auf sie war so groß, dass der Mann 1999 als erster deutscher Außenminister seit dem Zweiten Weltkrieg einen militärischen Kampfeinsatz der Bundeswehr politisch verantworten würde.

Dass überhaupt deutsche ehemalige Linke solche Umwege auf dem Weg über eine vermeintlich besonders scharfe Kritik an der Macht – die sie am Ende in genau deren Arme führt – nötig haben, während etwa französische Karrieristen sich da mühelos und einfach auf die Staatsräson (die man unter einem sozialistischen Präsidenten wie Mitterrand doch akzeptieren könne) berufen, erklärt sich vor dem historischen Hintergrund. Das Wissen, dass die Absage an emanzipatorisches Gedankgut in Deutschland im Extremfall zum Allerschlimmsten führen kann, sorgt für einen Rest von schlechtem Gewissen. Doch mit dem wird man problemlos fertig, wenn man einfach eine Abspaltung vornimmt: Das Übel liegt in einem „Sonderweg“ begründet, dessen Gefahren man dann bewältigt, wenn man sich mit dem „Normalzustand“ gegen die gefährliche Abweichung verbündet.

Das begründete Misstrauen sitzt daher tief, wenn in den letzten Monaten und Jahren erneut von Seiten besonders radikal sein wollender Linker (mit oder ohne Anführungsstriche) zu hören ist, es handele sich doch nur um eine spezifische Form von Herrschaftskritik, wenn man aktiv für „westliche“ Militäreinsätze und für größtmögliche Nähe zu den USA eintritt bzw., wenn diese Operationen (meist ohne eigenes Zutun) stattfinden, diesen zujubelt. Gehe es doch nur darum, das deutsche Wesen in der Welt, das anscheinend eine wundersame Wandlung durchlaufen und sich dabei ziemlich weit – vor allem auf den arabischen Raum – ausgedehnt hat, zu-

rückzukämpfen. Wenn man diese Form von reaktionärem „Sonderweg“ erst niedergelegungen habe (nicht in Deutschland, denn ein militärisches Eingreifen dort stand meines Wissens in jüngerer Zeit selten ernsthaft zur Debatte, wohl aber in Teilen der so genannten Dritten Welt), dann werde man auch die Kritik am westlich-kapitalistischen „Normalzustand“ unbedingt weitertreiben. Einstweilen aber gelte, dass man diese „westliche Normalität“ gegen ihre ärgsten Herausforderungen, alias Manifestationen des deutschen Wesens, zu verteidigen habe. Also nur noch während der kommenden 900 Jahre.

Nun seien zwei Anmerkungen dazu erlaubt. Die Erste: Joschka Fischer hatte 1987 ohne Zweifel einige Ahnung von dem Ziel, das er anstrebte; es dürfte ziemlich genau dem ähneln, was er (mit einigem Glück) dann auch erreicht hat. Seine „antideutsche“ formulierten Einwände gegen die NATO-Kritik bildeten lediglich das – bewusst eingesetzte – Eintrittsticket ins Reich der bundesdeutschen Realpolitik, denn einer „außenpolitisch nicht zuverlässigen“ bzw. „unberechenbaren“ Partei hätte man sicherlich keine Regierungsbeteiligung angetragen. Diese Aussage muss nicht auf all diejenigen zutreffen, die heute ihrerseits für „westliche“ Kriege eintreten (während Deutschland in den wichtigsten Militärbündnissen „des Westens“ Mitglied ist) und dies zugleich als „antideutsche“ Position ausgeben.

Denn ihnen dürften in der Regel beileibe nicht dieselben Karriereaussichten offen stehen; man kann auch aus ideologischer Verblendung, Dummheit und ähnlichen Gründen Positionen ergreifen, die unter anderen Umständen karrierefördernd wirken könnten. Anderes gilt freilich für jene Teile des betreffenden Spektrums, die zur gleichen Zeit konkrete Aktivitäten und materielle Interessen als NGO-Politiker aufweisen; und namentlich für Kriegskarrieristen (in dem Sinne, dass erst ihre publizistische Offensive parallel zum US-Krieg im Irak sie wirklich bekannt gemacht hat) und NGO-Betreiber, die sich im Februar 2003 (parallel zum Formulieren ihrer „antideutschen“ Sprechblasen, für den US-Krieg im Irak) in einem Memorandum an das deutsche Außenministerium gewandt haben, um der deutschen Politik nahezu legen, ihre Erfahrungen in der Abwicklung der DDR auch im Irak nach der Baath-Diktatur einzusetzen. Es handelt sich namentlich um die berüchtigten Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer, die ihre heiße Sympathie für die US-Neokonservativen – von denen viele ehemalige Linke

sind wie sie selbst – sowie ihnen nahe stehende Kräfte im Pentagon unverhohlen bekundet haben.¹

Tatsächlich könnte sich in wenigen Jahren herausstellen, dass ihre gutgläubigen, da vorwiegend ideologisch agierenden und nicht auf dieselben Karriereaussichten blickenden, „antideutschen“ Bündnispartner dem Diplomatensohn von der Osten-Sacken lediglich als Steigbügelhalter seiner künftigen Karriere gedient haben. Auffällig ist ferner, dass sie sich in jüngeren Texten über die deutsche Außenpolitik unter Gerhard Schröder (neben dem Vorwurf, diese sei reaktionärer als die US-Politik Bushs und Rumsfelds, da sie auf den Erhalt des Baath-Regimes gesetzt habe) immer auch darüber mokieren, dass diese chronisch erfolglos sei. So etwa in folgendem Zitat: „Weit weniger radikal, doch in ihrer Logik derjenigen der Attentäter (Anm. B.S.: vom 11. September 2001) verwandt, erscheint die Politik der Bundesregierung. Beide sind von einer ‚Selbstlosigkeit‘, die den eigenen Schaden als Preis für ein höheres Gut zu zahlen bereit ist. Die in der Losung ‚Nichts tun, was den Krieg nachträglich legitimieren könnte‘ zum Ausdruck gebrachte Hartnäckigkeit, mit der die Deutschen an ihrer ursprünglichen Entscheidung auch dann noch festhielten, als der Krieg gegen den Irak längst eine Tatsache war, ist nicht Teil einer Verhandlungsführung, die den Preis in die Höhe zu treiben sucht, sondern Ausdruck des unbedingten Willens, auch gegen die eigenen Interessen konsequent zu bleiben.“²

Wie viel rationaler und Gewinn bringender wäre es da doch gewesen, meinen die beiden Autoren, wenn die deutsche Bundesregierungen angeboten hätten, ihre Erfahrung bei der „Abwicklung Ost“ auch im US-kontrollierten Irak einzusetzen (und dabei vielleicht auch ein kleiner Auftrag für ihre NGO Wadi e.V. abgefallen wäre?). Doch, ach, die deutsche Ideologie stand im Wege. In Wirklichkeit handelte es sich auf beiden Seiten um Interessenkalküle, die internationale mit innenpolitischen Vorteilen kombinierten: Die US-Führung setzte auf ihren dauerhaften Erfolg im Irak, da ja auch Deutschland und Japan nach 1945 (die aber keineswegs halbkoloniale Länder waren, an deren Filetstücken US-Konzerne sich gütlich tun sollten, sondern hochindustrialisierte Metropolen) stabilisiert worden seien. Ein Teil des, in dieser Frage zerstrittenen, EU-Blocks hingegen prognosti-

zierte ein Scheitern dieser Politik und setzte stärker auf die Option, sich Sympathien in Afrika und Asien zu sichern, indem man sich demonstrativ von Washington absetzte – um den eigenen Einfluss zu erweitern. Welches Kalkül dabei rationaler war, wird sich erst noch herausstellen müssen.

Zum Zweiten: Aus dem Dargelegten darf nicht geschlossen werden, dass es keine reaktionären Aspekte an der NATO-Kritik mancher Fraktionen auch bei den Grünen der 80er Jahre gegeben hätte. Insbesondere jene Strömungen, die die Forderung nach NATO-Austritt mit einer Perspektive der Blockfreiheit „beider deutscher Staaten“ und, längerfristig, deren Wiedervereinigung (sowie der Schaffung eines „blockfreien Mitteleuropa“) verbanden, waren auf dem Weg zu einem „alternativen“ Deutschnationalismus. Diese Position gab es in Teilen des grünen Spektrums. Auch das Gefasel mancher Teile der Friedensbewegung, die Bewohner der BRD seien die Opfer eines drohenden „atomaren Holocaust“, trug in den frühen Achtzigern wohl zur Renationalisierung von sozialen Bewegungen und ehemaligen Linken bei.

Der definitive Abschied vom Internationalismus, oder: Ethnisierung politischer Konflikte von „links“

Einige nach rechts, ja mitunter nach rechts-außen gewanderte oder noch wandernde Linke deutscher Nationalität lassen es nicht dabei bewenden, generelle „pro-westliche“ Positionen zu beziehen und manche (nicht alle) militärische Aktionen und Besetzungen in der so genannten Dritten Welt zu befürworten. Sie gehen weiter und betreiben selbst aktiv eine Ethnisierung im Hinblick auf politische oder militärische Konflikte. (Das trifft allerdings nicht in gleichem Maße auf „pro-westliche“ Aktivisten wie Thomas von der Osten-Sacken zu, der zwar den US-Krieg befürwortete, aber an diesem Treiben nicht beteiligt ist – freilich waren die Protagonisten dieser „ethnisierenden“ Tendenz seine erklärten Verbündeten bei dem Bemühen, eine Pro-Kriegs-Bewegung in den Trümmern der Linken zu begründen.)

Diese Denkform steht, auch wenn sie von so genannten „Antideutschen“ ausgeht, in schlechtester deutscher Tradition, selbst wenn dabei oft die Vorzeichen ausgetauscht wurden – und vermeintlich ho-

mogene „Völker“, die im traditionellen deutschen Nationaldiskurs negativ erscheinen, in diesem Fall als positive „Wesen“ auftauchen.

Das bedeutet lediglich einen Vorzeichenwechsel, der als solcher beliebig erscheinen muss. In den Reihen der französischen extremen Rechten etwa gibt es sowohl Sympathisanten „der Kroaten“, vor allem im ultra-katholischen Teil des Front National, als auch ebenso glühende Freunde „der Serben“ etwa auf dem nationalrevolutionären Flügel (eine Position, die jener mancher unserer „Antideutschen“, die ebenfalls kaum zwischen politischen und sozialen Kräften in der angehimelten Nation unterscheiden, mitunter ziemlich nahe kommt). Beim Front National ist eine solche Koexistenz problemlos möglich, da es den Rechtsextremen nicht so sehr auf theoretische Kohärenz ankommt, sondern vor allem darauf, alle möglichen Ressentimentpotenziale zusammenfassen – auch wenn das dabei entstehende Konglomerat keine Gesamtlogik aufweist. Von Linken hingegen könnte man im Prinzip anderes erwarten, und vor allem, dass sie nicht in Kategorien von „Völkern“ als geschlossenen Größen denken, sondern in gesellschaftlichen Kategorien.

Durch die Hintertür eingeführt hat diese essenzialisierende und ethnisierende Sichtweise als Erste die einschlägig bekannte Zeitschrift *Bahamas*, wengleich zunächst im Deckmantel der Kritik an (Teilen) der deutschen Bevölkerung. Anzeichen dafür fanden sich bereits zu einem frühen Zeitpunkt, als noch einige heute anderweitig orientierte Linke mit der Redaktion dieser Zeitschrift kooperierten oder gar Mitglied in ihr waren, kurz, als die betreffende Gruppierung noch irgendwie Bestandteil eines fortschrittlichen Lagers zu sein schien. Erinnerung wir uns an den Sommer 1997: Nach starken Regenfällen in Ostdeutschland kam es zum ersten spektakulären Bundeswehr-Einsatz im Landesinneren, der entsprechend als „nationales Gemeinschaftserlebnis“ im Fernsehen in Szene gesetzt wurde, als es um das Befördern von Sandsäcken ging. Viel hätte es in diesem Kontext zu sagen gegeben über die ideologische Inszenierung, die da ablief, und man hätte sicherlich zu einer Unterscheidung gelangen können zwischen dem, was objektiv zur Bewältigung der Folgen einer Naturkatastrophe dazu gehört, und dem, was die nationale Mobilisierung in den Köpfen befördern sollte. Doch der (inzwischen unbestrittene) Sektenhüptling Justus Wertmüller gefiel sich in einem anderen Herangehen.

Neue Homepage-Adresse

www.streifzuege.org

Er hatte entdeckt, dass die Vor-Vorfahren der heute im Odertal („Oderbruch“ sagt man in jenen Landstrichen) lebenden Bewohner vor nunmehr 300 Jahren durch den preußischen König dort angesiedelt worden waren, um nämlich den Oderbruch landschaftlich nutzbar und strategisch beherrschbar zu machen. Damit war für das „Genie“ der nach rechts driftenden Lumpenintelligenzija alles klar: Diese Leuten hatten, ob ihrer Herkunft, das Ersaufen allemal verdient. Um das darzustellen, widmete er nicht weniger als sechs Seiten seines Sektenblättchens einem Artikel, dessen Überschrift bereits den wesentlichen Inhalt vermittelt und einem das Weiterlesen eigentlich erspart: „Sandschippendes Bruchbauerngesindel“ habe er in jenem Sommer beobachten können, verkündete der Text, der die Nummer 24 des Blättchens (vom Herbst 1997) eröffnete. Sollen sie doch verreken, so lautet der Unterton, was haben sie auch solche Urahnern zu haben, die sich mit preußischen Monarchen eingelassen haben.

Mit einer solchen Grundposition könnte, ja müsste man eigentlich in Deutschland täglich in der U-Bahn oder in der Warteschlange Amok laufen, und das mit einiger moralischer Berechtigung. Ließe sich doch die gesamte Gesellschaft, in deren Geschichte die kritischen Kräfte auf wenig Siege zurückblicken können, mit dieser Methode unschwer als einzige Verbrecherbagage entlarven. Das tun auch die Häuptlinge der Sekte natürlich nicht. Aber die ursprünglich wohl als besonders radikale Kritik an einer herrschaftskonformen Gesellschaft verstandene Herangehensweise, die darin besteht, Menschen nach dem, was sie (von Geburt und Herkunft her) „sind“, zu bewerten und nicht nach dem, was sie „tun“, haben sie nicht nur beibehalten, sondern radikalisiert. Ein kleiner Trick hat ihnen die Verschärfung des Diskurses erlaubt, während sie sich doch gleichzeitig im Alltagsleben deutscher Städte zumindest individuell relativ gemächlich eingerichtet haben: Das Übel wird einfach weiter weg projiziert. Die Bevölkerung ist der Mob, der im Zweifel den Tod verdient hat, aber dieser Mob – zumindest seine gefährlichste Ausgabe – ist nicht um die Ecke zu finden, sondern dort, wo das „deutsche Wesen“ etwa seine arabische Ausprägung gefunden hat.

So kann man sich regelrecht die Gewaltfantasien ausmalen, die den Autor umgetrieben haben, dessen in Bälde erscheinendes Buch im ach so hochintellektuellen *ça ira*-Verlag unter anderem mit folgenden Worten angekündigt wird: „Vom Massaker in Sabra und Shatila will er nichts hören,

den Kosovo-Albanern dagegen würde er gerne mal Arkan den Tiger zeigen.“³ Arkan war der Chef serbischer paramilitärischer Gruppen bzw. Banden, die – außerhalb der Kontrolle von Regierung und regulärer Armee – u.a. im Kosovo plünderten, raubten und mordeten (eine Feststellung, die nicht über die Praktiken der ebenfalls unappetlichen UÇK hinwegtäuschen soll). An der Schnittstelle zwischen politischer Gewalt und organisiertem Verbrechen stehend wurde er im Jahr 2000 durch unzufriedene Konkurrenten ausgeschaltet. Die zitierte Aussage kann und muss man also als den Wunsch auffassen, eine Welle von Gewalt gegen eine – als solche definierte – Bevölkerungsgruppe zu entfesseln. Der Verfasser des so angekündigten Büchleins (und *Bahamas*-Autor) ist aber – wenigstens ein Trost – natürlich kein Tiger, sondern eine arme Sau, die ihre Gewaltfantasien in die Tastatur des Computers hineinhackt, ungefähr so wie andere Zeitgenossen sich beim Konsultieren pornographischer Websites „aufgeilen“. Was das aber mit linker Theorie zu tun haben mag, für die sein Verlag angeblich steht, vermag sich dem Betrachter nicht so recht zu erschließen.

Auch den Häuptlingen der *Bahamas* ist eine solche Denke nicht fremd, wenngleich sie sich nicht immer ganz so weit aus dem Fenster legen wie Karl das Schwein, das sich zu Arkan dem Tiger träumt. Nur noch halb verwunderlich ist es daher, wenn mittlerweile die – lange Zeit respektierte – Tabulinie überschritten wurde, die solche Autoren noch vom Lob für offene Rassisten und Rechtsextremisten trennte. Brüchig wurde sie bereits im Sommer 2002 mit dem Lob für Oriana Fallaci Buch „Die Wut und der Stolz“ (in dem u.a. zu lesen ist, muslimische Menschen „vermehrten sich wie die Ratten“), dem das Sektenblättchen immerhin sechs Seiten geschlossener Rechtfertigung – nebst einigen rhetorischen Mäkeleien – widmete. Es gab genau zwei Medien in Deutschland, die Oriana Fallaci als positive Referenz in ihr Program nahmen: Die *Bahamas* sowie die rechtsextreme Wochenzeitung *Junge Freiheit*, welche Fallaci Skandalwerk in ihren Büchervertrieb aufnahm. Selbst der bayerische Innenminister Günther Beckstein hatte die (freilich wohlfeile) Erklärung in *Die Welt* abgegeben, der von Fallaci vorgeschlagene Umgang mit Flüchtlingen sei „blanker Rassismus“.

Doch Aufmerksamkeit lässt sich nur noch gewinnen, wenn die Provokation stets weitergetrieben und die Tabugrenze steht auf's Neue verletzt wird. Und damit ist Wertmüllers Justus nunmehr, in der neuesten Ausgabe (Nr. 42), bei einem neuen

Adressaten seiner Komplimente angekommen, einem gewissen Jean-Marie Le Pen. Zwar wird an dessen „widerlichem Niveau“ herumgemäkelt – es kann nicht jeder das Talent eines Wertmüllers haben –, wenn er (prinzipiell richtige) „Kritik an einer irreführend gewordenen Gesellschaft“ übe. Auch sei der Vorwurf des Rassismus nicht völlig von der Hand zu weisen. Doch formuliere Le Pen daneben auch „vernünftige Einwände gegen die ungebremste Islamisierung“ französischer Unterschichtsviertel. Solche Ausführungen noch der Kritik zu würdigen, hieße, ihnen einen Wert zu verleihen, der ihnen nicht zukommt.

Anmerkungen

- 1 Um nur ein flagrantes Beispiel zu nehmen: In einem Artikel in *Context XXI*“ (vom September 2003) präsentieren Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer ein Zitat des US-Militärs Jay Garner, der sich in extrem „realistischen“ Prognosen ergeht, denen zufolge der Irak in fünf Jahren von blühenden demokratischen Landschaften geprägt sein und wie ein Magnet auf alle umliegenden Länder wirken wird. Zu diesem reichlich ideologiegetränkten Legitimationsdiskurs eines, wie sie selbst schreiben, „Vertreter(s) der amerikanischen Besatzungsmacht“ im Irak ergehen sie sich geradezu in politischen Liebeserklärungen. „Wie human“, attestieren sie ihm unter anderem, und welch ein „Talent, das neokonservative Programm in wenigen einleuchtenden Sätzen präsentiert zu haben“.
- 2 Zitiert aus dem Vorwort des in Bälde erscheinenden Buches „Amerika, der ‚War on Terror‘ und der Aufstand der Alten Welt“, als dessen Herausgeber die beiden kriegskarrieristischen „Thomasse“ sowie die Hamburger „Antideutsche“ Andrea Woeldike firmieren. Vorwort und Inhaltsverzeichnis sind derzeit auf der Homepage des *ça ira*-Verlags Freiburg einsehbar, nachdem der Konkret Literatur Verlag im Frühjahr diesen Titel aus seinem Programm geworfen hat, weil ihm die Sympathien für die US-Neokonservativen viel zu dick aufgetragen waren.
- 3 Verlagsvorankündigung für den Titel „Ein Gläschen Yarden-Wein auf den israelischen Golan“, der im April 2003 bei *ça ira* in Freiburg erscheint. Verfasser ist ein gewisser Karl Selent (alias Carl Zeland) aus Düsseldorf, der in jüngerer Vergangenheit u.a. als Autor im Sektenzirkular *Bahamas* sowie in *Konkret*, wo er aber nicht mehr schreibt, in Erscheinung trat.

Demokratiegespenster*

von Ernst Lohoff & Norbert Trenkle

Aus zwei Gründen können Texte mit Gesellschaftskritischem Anspruch Aufmerksamkeit verdienen: Ihrer analytischen Qualität wegen oder als Symptom für den Zustand der Gesellschaftskritik. Das im Vorfeld des Frankfurter Kommunismuskongresses in *Jungle World* Nr. 43 veröffentlichte dreiteilige Dossier fällt in die zweite Kategorie. Ob die dort vertretene These von der Identität von „Kommunismus und radikaler Demokratie“ trägt oder nicht, darauf braucht man nicht allzu viele Gedanken zu verschwenden. Warum Linke im Jahre 2003 diese Identität für „sinnenklar“ halten, bedarf dagegen schon der Erklärung.

Zur Erinnerung: Der Versuch Sozialismus bzw. Kommunismus und Demokratie aufeinander zu reimem, ist nicht so ganz neu. Die Parteien der 2. Internationale führten entsprechende Diskussionen bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Und es fiel leicht, ganze Bücherwände mit einschlägiger Literatur zum Thema aus den 1960er und 1970er Jahren vollzustellen. Sowohl die Kritik an den autoritären Strukturen der unter dem Label „Realsozialismus“ firmierenden staatskapitalistischen Länder als auch an den Repressions- und Ausbeutungsmechanismen der marktwirtschaftlich organisierten Länder berief sich auf die demokratischen Prinzipien. Von links las sich das so: Erst die Verbindung von Demokratie und Sozialismus bzw. Kommunismus stelle die volle Verwirklichung dieser Prinzipien dar.

Der realhistorische Kern dieser Kritik bestand darin, dass in der Tat die Demokratie sowohl im Osten als im Westen nur unvollständig durchgesetzt war. Doch hat ihre Totalisierung nichts mit den luftigen Illusionen linker Demokratiebeter zu tun. Ihrem Begriff nach ist die Demokratie nun einmal *Herrschaft*: die Herrschaft des Volkes über sich selbst. Und das bedeutet nichts anderes als die eigenverantwortliche Selbsterwerfung unter die stets stumm vorausgesetzten Imperative der Warengesellschaft. Weit davon entfernt miteinander in Widerspruch zu stehen, sind totaler Markt und totale Demokratie mit-

einander logisch identisch. Daher markiert der Durchmarsch des Neoliberalismus auch nicht etwa die Zurückdrängung der Demokratie, sondern deren Verwirklichung.

Historisch mag es erklärlich sein, dass dies aus Sicht der 60er und 70er Jahre nicht so klar zu erkennen war und deshalb mit den damals weltweit stattfindenden Umbruchprozessen noch demokratische Illusionen verbunden wurden. Die so genannten realsozialistischen Länder sahen sich nach dem Abschluss der nachholenden Basisindustrialisierung gezwungen, die autoritären staatsdirigistischen Lenkungsverfahren partiell durch die Einführung dezentraler Marktelemente aufzuweichen. Dieser Prozess erweckte (vor allem im Zusammenhang mit dem „Prager Frühling“ und dem jugoslawischen „Selbstverwaltungssozialismus“) die Hoffnung, durch vermehrte demokratische Partizipation könnte gleichzeitig der Weg in eine befreite Gesellschaft geöffnet werden. Zeitgleich machte der Westen mit der sozialdemokratischen Reformära ebenfalls einen Modernisierungsschub durch, der im Gefolge der 68er-Bewegung ähnliche Phantasien nährte. So etwa, dass die Ausdehnung demokratischer Verfahrensweisen über den parlamentarischen Raum hinaus (vor allem die Mitbestimmung in den Betrieben) die

Profitlogik zurückdrängen, ja vielleicht eines Tages sogar ausschalten könnte.

Die Entwicklung der letzten 30 Jahre hat diese Hoffnungen demontiert. Mehr noch: sie hat sie geradezu verhöhnt. Statt die Emanzipation voranzutreiben, verpflichtete die demokratische Teilhabe die Erben der Protestbewegungen auf die fraglose Akzeptanz der kapitalistischen Zwänge, die den demokratischen Prozeduren immer schon vorausgesetzt sind. Man denke nur an die Geschichte der Grünen und ihrer Klientel. Die Früchte des Angriffs auf autoritäre Strukturen erntete der Neoliberalismus in Gestalt des Selbstmanagements und „flacher Hierarchien“. Das ist alles andere als ein historischer Unfall, sondern demonstriert nur, was „radikale Demokratie“ bedeutet: Das genaue Gegenteil einer bewussten Regelung der gesellschaftlichen Angelegenheiten durch weltweit frei assoziierte Individuen ohne die „Sachzwänge“ einer vorausgesetzten Fetischform.

Zweifellos, die Linke stand nach dem Epochenbruch von 1989 vor der Aufgabe, die Idee der Emanzipation vor der Auslöschung zu bewahren. Doch sie tat dies, indem sie sich an die spezifische historische Gestalt klammerte, die diese Idee im 19. und 20. Jahrhundert angenommen hat. Dies aber ist die Gestalt der kapitalistischen Modernisierungsbewegung, an der die Arbei-

beiträge zur Kritik
der Warengesellschaft

KRISIS 27

Ernst Lohoff:

Karl-Heinz Wedel:

Robert Kurz:

Franz Schandl:

Franz Schandl:

sowie:

10,-€

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung!

Oder über den Verlag:

Horlemann Verlag, Postfach 1307,

D-53583 Bad Honnef, Fax. (0 22 24) 54 29

e-mail: info@horlemann-verlag.de

www.horlemann-verlag.de

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

Gewaltordnung und Vernichtungslogik

Rechtsform und "nacktes Leben". Anmerkungen zu Giorgio Agambens „Homo Sacer“

Tabula Rasa – Wie weit muss oder darf die Kritik der Aufklärung gehen?

Staat und Schlepper – Zum Konsens in puncto ordentlicher Einwanderungspolitik

Kontinuität und Singularität – Auschwitz als Produkt der westlichen Zivilisation (Rezension Traverso)

Bemerkungen zum Manifest gegen die Arbeit

[JETZT NEU]

KRISIS 27

Zur Kritik der
Aufklärung

u. a.

[www.krisis.org]]

* *Erstmals erschienen in: Jungle World Nr. 45, 29. Oktober 2003.*

terbewegung und die Linke einen ganz erheblichen Anteil hatte. Sie verdient weder die Rettung, noch ist sie zu retten. Erneuern lässt sich die Idee der Emanzipation nur im Bruch mit dieser verflochtenen Gestalt. Das aber setzt nicht nur den Abschied von einer ideologischen Verklärung der Demokratie voraus, die zumindest implizit immer schon die herrschende Logik affirmiert und legitimiert. Über Bord zu werfen sind auch die untrennbar damit verbundenen Kategorien der Arbeit und des Subjekts, die nicht zufällig ebenfalls zu den heiligen Kühen der bürgerlichen Gesellschaft im Allgemeinen und der Linken im Besonderen gehören. Emanzipation fällt nicht mit dem Triumph des angebetenen Prinzips der Arbeit zusammen, sondern mit dessen Abschaffung. Und sie nicht als das Zu-sich-Kommen irgendeines historischen Subjekts zu denken, hat im Gegenteil sowohl auf der individuellen wie auf der kollektiven Ebene gerade den Bruch mit dem Identitäts- und Subjektzwang zum Inhalt.

Genau vor diesen Konsequenzen ist die Linke jedoch in ihrer allgrößten Mehrheit zurückgeschreckt. Ihre Geschichte nach 1989 ist wesentlich eine Geschichte der Reminiszenz. Das vergangene Sein bestimmt das Bewusstsein in hohem Grad. Als Strafe dafür musste die Linke den postmodernen Ansätzen das Feld überlassen, denen sie nur wenig entgegensetzen hatte. Denn diese unternahmen wenigstens den Schritt, die Kategorien Identität und Subjekt in Frage zu stellen. Freilich blieb diese Kritik schillernd, weil sie ihrerseits jede Reflexion auf die kapitalistische Formbestimmtheit verweigerten. In ihr Visier gerieten zwar immerhin die metaphysischen Durchsetzungssubjekte der Moderne wie Nation und Arbeiterklasse, doch die Realmetaphysik der vollendeten Warengesellschaft blieb stets außen vor. Blind für das Problem der Formidentität verwechselte die postmoderne Identitätskritik außerdem das Endstadium der warengesellschaftlichen Subjektivität, das dezentrierte, postmoderne Individuum, mit deren Auflösung. Das jedoch darf kein Grund sein, die Subjektkritik als solche zu verwerfen. Gesellschaftskritisches Denken ist vielmehr aufgefördert, sie über diese Beschränkungen hinaus fortzutreiben.

Im Laufe der 90er Jahre haben viele Vor-denker von Poststrukturalismus und Dekonstruktivismus jedoch reihenweise den genau umgekehrten Weg eingeschlagen. Genau dafür steht die Demokratiebegeisterung wie sie etwa Derrida schon seit Jahren an den Tag legt. Die metaphysischen Konstruktionen, Volk (Demos), Gemein-

wille usw., in den 80er Jahren noch offiziell auf den Müllhaufen der Geschichte befördert, tauchen allenthalben wieder als positive Bezugsgrößen auf. Konsequenterweise mündet denn auch die postmoderne Kritik an der Subjektkategorie bei den Stars der einschlägigen Szene im Abfeiern des einst bevorzugten Kritikgegenstands. „Nicht schuldig! für das cartesianische Subjekt“, so das Plädoyer etwa von Slavoj Žižek bereits in „Die Tücke des Subjekts“ (2001).

So erklärt es sich, dass Postmoderne und Linke letztlich doch wieder zusammenfinden. Nicht aber etwa in der gemeinsamen Radikalisierung der Gesellschaftskritik, sondern als Wiedervereinigung auf dem Boden des immer schon Vorausgesetzten: Warengesellschaft und Demokratie. Und statt die Idee gesellschaftlicher Emanzipation neu zu denken, werden auf diesem Boden nun zu allem Überdruß die alten Auseinandersetzungen zwischen radikalen Demokraten und vermeintlich radikaleren Klassenkämpfern (die selbst nie von der demokratischen Illusion Abschied genommen haben) als Farce in dritter Potenz noch einmal aufgeführt. Oliver Marchart demonstriert in seinem Beitrag recht eindrucksvoll, wie diese groteske Inszenierung funk-

tioniert. Zunächst erklärt er – völlig zu recht natürlich – „Ökonomismus, Klassismus, Revolutionismus usw.“ für desavouiert; aber nicht um den abgenagten Knochen des verflochtenen Emanzipationsdenkens wegzuzwerfen, sondern um dessen unansehnliches anderes Ende als neuesten Schrei zu präsentieren.

Wenn einem allein nicht davon schon der Appetit vergeht, dann sorgt dafür der realgesellschaftliche Kontext. In freundlich-feindlicher Kooperation mit der Opposition fährt die Berliner Regierung in diesen Tagen die größte vorstellbare Abrissbirne gegen den Sozialstaat auf. Sie demonstriert eindrucksvoll, dass Demokratie nicht nur repressive Integration in die kapitalistische Ordnung bedeutet, sondern auch ideal Ausschluss und Verelendung organisiert und legitimiert. Zeitgleich soll zu Frankfurt auf einem „Kommunismuskongress“ über „Kommunismus und radikale Demokratie“ diskutiert werden; aber nicht etwa darüber, was Kommunisten den Radikaldemokraten vom Schlage Schröder entgegenhalten könnten, sondern über der radikalen Demokratie angedichtete emanzipatorische Potentiale. Was soll man dazu sagen? Weltfremd? Frivol? Gespenstisch ist es auf alle Fälle.

Abonnement der Streifzüge

Umfasste der Jahrgang 1999 78 Seiten, so 2000 bereits 100, 2001 116, 2002 112 und 2003 sind es gar 124 Seiten geworden. Was aber auch Folgen hat.

Leider sehen wir uns nach drei Jahren Preisstabilität gezwungen, ab 1. Jänner 2004 die Aborichtpreise geringfügig zu erhöhen. Ab dann gilt:

Inland: 1 Jahr: 12 Euro,
2 Jahre 22 Euro, 3 Jahre 30 Euro

Ausland: 1 Jahr 13 Euro,
2 Jahre: 24 Euro, 3 Jahre 33 Euro.

Wer bis 31. 12. 2003 neu bestellt bzw. das Abo erneuert, zahlt noch den alten Tarif:

Inland: 1 Jahr: 11 Euro, 2 Jahre 20 Euro, 3 Jahre 28 Euro.
Ausland: 1 Jahr 12 Euro, 2 Jahre 22 Euro, 3 Jahre 30 Euro.

Wolpertinger im Jurassic Park

DIE UNAUFHALTSAME REGRESSION DER DEUTSCHEN LINKSRADIKALEN SZENE

von Robert Kurz

Die gesellschaftliche Krise, die es angeblich gar nicht gibt, ist nun auch bis in die kleine ideologische Welt des deutschen Linksradikalismus und seiner diversen verfeindeten Szenen vorgedrungen. Einschneidende antisoziale Gegenreformen, Agenda 2010, Massendemonstrationen dagegen in Berlin und anderswo versetzen die Restlinke in Gärungen und Wallungen. Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang ist nun auch die antideutsche ideologische Blase geplatzt. Mit überraschender Geschwindigkeit zerlegt sich die einschlägige Szene seit dem Spätsommer 2003. Die intellektuellen Blamagen der Hardcore-Antideutschen um *Bahamas* und *ISF Freiburg* waren offenbar nicht mehr länger auszusitzen. Aber das Resultat dieser Auflösungsprozesse ist ein für den Anspruch kritischer Theorie erst recht desaströses. Es ist, als hätte man beschlossen, die Debatten der 90er Jahre unaufgearbeitet liegen zu lassen, um einer kollektiven Amnesie zu verfallen. Die gesamte Szene scheint ihre Unfähigkeit zur theoretischen Auseinandersetzung geradezu zelebrieren zu wollen.

Die Wertkritik ist an allem schuld

Es gibt zarte Hinweise, in welche Richtung die linksradikale Szene sich vor ihren unaufgearbeiteten Widersprüchen davonstellen möchte. So will ein Volker Radke, der in intellektuell anspruchlosen Internet-Texten bislang zur Orchestrierung der antideutschen Ideologie beigetragen hat, sich von deren vermeintlichen Essentials ausgerechnet dadurch verabschieden, dass er die Kritik von Wertabstraktion und Ware-Geld-Beziehung als angeblich willkürliches Herausgreifen von „Stücken aus Marxens Lebenswerk“ denunziert und die beruhigende Gewissheit verbreitet, dass Wertkritik „keine Erklärung für alles“ sein könne, was bei *x-berg* als Hauptkritikpunkt an *Bahamas/ISF* referiert wird („das Beharren auf marxistischer Wertkritik als alleinigem Erklärungsmuster“). Die ohnehin nie gründlich verarbeitete Erkenntnis, dass der Arbeiterbewegungsmarxismus genau die wertkritische Dimension der Marxschen

Theorie ausgeblendet hatte, soll wieder entsorgt oder jedenfalls entschärft und mit dem alten Arbeits-, Mehrwert- und Klassenkampf-Paradigma rekompatibel gemacht werden. Radke beweist damit nur, dass er von der Sache keine Ahnung hat, mit der er sich auch gar nicht auseinander setzen will.

Damit dürfte er allerdings einem Großteil der Szene aus der Seele sprechen, die sich in den vergangenen beiden Jahren sowieso nur entlang von oberflächlichen Adaptionen der antideutschen Ideologie herausgebildet hatte, während der Bezug auf den wertkritischen Anspruch gar keine Rolle spielte. Umso leichter fällt es jetzt, auf billigste Weise ausgerechnet die Wertkritik für das antideutsche Desaster verantwortlich zu machen. Das tut nicht weh, weil man sich darauf sowieso nie ernsthaft eingelassen hatte. Im Gegenteil, es wirkt entlastend, wenn man durch das begründungslose Anschwärzen des Labels „Wertkritik“ *Bahamas/ISF* und *Krisis* bequemerweise in einen Topf stecken, sich damit jedes theoretische Argument sparen und trotzdem den Anschein erwecken kann, dass die Absetzbewegung von den eigenen ehemaligen Vordenkern irgendeiner kritischen Reflexion entspränge, die noch dazu „über“ dem harten theoretischen Gegensatz von *Krisis* und *Bahamotismus* stehe.

Dieses argumentations- und vermittlungslöse Raisonement geht völlig an der Sache vorbei. Konsequente Wertkritik bedeutet keineswegs, „alles“ aus dem Wert erklären zu wollen. Vielmehr ist das Wertverhältnis vermittelt mit einem geschlechtlich konnotierten „Abspaltungsverhältnis“ (Roswitha Scholz), und die Individuen gehen in beidem nicht auf; sonst wäre gar keine Kritik möglich. Wenn die Szene, die weder den Begriff des Wert- noch den des Abspaltungsverhältnisses reflektiert hat, weil sie sich von *ISF/Bahamas* abrichten ließ, nun zusammen mit ihren falschen Vordenkern auch gleich den nicht so locker einzulösenden Anspruch der Wertkritik vom Hals haben will, kann sie sich nur noch in den Traditionsmarxismus zurückflüchten.

Es entbehrt nicht der Pikanterie, dass der Teil der traditionsmarxistisch verbockten

Szene, der sich nie auf den antideutschen Trip verirrt hatte, nun dieselben regressiven Denkmuster bemüht wie die ernüchterte softcore-antideutsche Szene. Ausgerechnet Werner Pirker, der Lieblings-Antizionist der Antideutschen, schlägt in deren Lieblings-Hassblatt *Junge Welt* hinsichtlich der Wertkritik in exakt dieselbe Kerbe wie der Möchtegern-Antideutschen-Retter Volker Radke. Nachdem die *Krisis*-Voraussage eingetroffen ist, dass die Antideutschen als ideologische *Trendscouts* der kapitalistischen Krisenverwaltung fungieren und nun in der *Zeit* ebenso wie im *Merkur* die antideutschen Denunziationsmuster entdeckt werden, um jegliche Kapitalismuskritik als „Antisemitismus“ zu identifizieren, gelangt Pirker aus entgegengesetzten Motiven genau wie Radke zu der eifertigen Schlussfolgerung, dass ausgerechnet die Wertkritik an allem schuld sei: „Zwar ist es in der Tat so, dass das Kapital ein objektives Verhältnis ist, das nach Marx in den Kapitalisten seine ‚Fanatiker‘ findet. Doch ist dem Kapitalverhältnis der soziale Antagonismus immanent. Und dieser Antagonismus hat seine Träger – Besitzende und Nichtbesitzende, Ausbeuter und Ausgebeutete. Nicht Juden und Nichtjuden. Es waren vorgeblich ‚radikale Linke‘, die dem Mainstream-Diskurs den Anstoß gegeben haben. Leute, deren Kapitalismuskritik sich im ewigen Gelaber über die ‚Warenförmigkeit der kapitalistischen Produktion‘ erschöpft und die konkreten Klassenverhältnisse längst nicht mehr zur Kenntnis nimmt“ (Werner Pirker, ATTAC in „Zeit“lupe, in: *Junge Welt*, 25.10.2003).

Es ist wirklich ein Witz: Gerade Pirker, der durch seinen kruden Antizionismus und völkischen Antiimperialismus den Antideutschen eine Steilvorlage nach der anderen geliefert und sein Scherflein zur Querfront-Strategie der Neonazis beigetragen hatte, bildet sich nun ein, mit ein paar billigen „klassenkämpferischen“ Bemerkungen aus dem Schneider zu sein. Es ist genau wie bei Radke: Man hat keine Lust, die eigenen Widersprüche aufzuarbeiten. Da wird gemauert nach dem Motto: Bloß nichts zugeben! Stattdessen macht man sich eifertig gegen die ebenso ungeliebte wie

unverstandene Wertkritik mausig, um zahllos obsolete alte Gewissheiten wiederzukäuen und die auf der historischen Tagesordnung stehende kategoriale Kritik der „auf dem Wert beruhenden Produktionsweise“ (Marx) als „Gelaber über Warenförmigkeit“ meint abschütteln zu können.

Die Rückkehr der Dinos

Das szenenübergreifende Phänomen ist eindeutig: Wir haben es mit der allgemeinen linksradikalen Tendenz einer Regression zum unaufgearbeiteten positivistischen Arbeiterbewegungs- und Vulgärmarxismus zu tun. Da glaubt man zu wissen, was man hat, auch wenn die daraus folgende Interpretation der Welt lächerlich kontrafaktisch ist. Es ist ein Arbeiterbewegungsmarxismus ohne Arbeiterbewegung, und da wird mit Sicherheit auch keine mehr kommen. Fast eineinhalb Dezennien nach dem Epochenbruch trampeln die intellektuellen Dinosaurier wieder durch die Gegend, als wäre nichts gewesen. Dieselben Leute, die 14 Jahre lang nicht fähig waren, auch nur eine einzige Zeile an kritischer Reflexion zum unwiderrufflichen Ende der traditionellen Arbeiterbewegung und zum Zusammenbruch von Staatssozialismus und nationalen Befreiungsbewegungen zustande zu bringen, möchten plötzlich wieder Morgenluft wittern, obwohl dafür nicht der geringste Anlass besteht und es nur die Luft der eigenen Gruft ist, die man wittert.

Die hartgesottensten Ignoranten des nostalgischen Dino-Revivals sind allen Ernstes dabei, sogar der Mumie des Leninismus taufrisches Leben zu bescheinigen. Dazu gehört auch die unbegründete Verachtung für die Themen der neuen sozialen Bewegungen seit den 80er Jahren. Die gesamte Reflexionsebene von Geschlechterverhältnis und Zerstörung der Lebensgrundlagen durch abstrakte Arbeit soll wieder durchgestrichen bzw. auf August-Bebel-Niveau heruntergefahren werden. Zurück zur theoretischen Dino-Version der Kapitalismuskritik: Das heißt auch anachronistischer Proletkult und Hurra-Produktivismus samt vollbärtiger positivistischer „Wissenschaftlichkeit“, Lederjacken-Machos und patriarchalem Gewerkschaftsmief wie einst im Mai der männerbündischen Sozialdemokratie; vermutlich inklusive Clara-Zetkin-Mutterschaftsideologie in der fürs Gemütliche zuständigen Frauenorganisation.

Wer nicht im 21. Jahrhundert angekommen ist, muss intellektuell ins 19. Jahrhundert zurückfallen und die Lenin-Kautsky-Kontroverse für Zukunftsmusik halten. Das

war doch noch was: richtige Zeiten für „richtige Männer“ mit Schirmmützen und „richtige Frauen“ mit Gretlfrisuren, „richtige Fabriken“ mit echten Dampfmaschinen und „richtige Proleten“ mit schwieligen Fäusten, und natürlich die „richtigen Klassenkämpfer“ mit Parteiabzeichen am Revers des guten Sonntagsanzugs nicht zu vergessen. Die Schloten dieser glorreichen Zeiten sollen wieder rauchen. In der zyklischen Zeit von ewigen Arbeiter- und Bauernrevolutionen warten die Helden von Klassenkampf, rotem Oktober und „sozialistischer Nation“ auf ihre mythische Wiederkehr; oder gibt es da eine kleine Verwechslung mit der Kaisersage von Friedrich Barbarossa und seiner Gespensterarmee?

Es ist eine „proletarische“ begriffliche Hemdsärmeligkeit ohne Fleisch und Blut, aus der die Knochenhand winkt. Und dieser theoretische Fossilismus geht gut zusammen mit der Ostalgie in den Provinzen des ehemaligen Stechschritt-Sozialismus, wo die ewig Gestrigen immer noch soziale Emanzipation mit preußischen Tugenden plus Elektrifizierung des seelischen Haushalts verwechseln. Die theoretische Mumie des Leninismus wird aber auch von desorientierten Wessi-Linken nicht in Ruhe gelassen, die derart verwirrt sind, dass sie im Alten Testament des Arbeiterbewegungsmarxismus nach Offenbarungen suchen. Autonome und Antifa-Gruppen, die nicht zur Fernbomber-Schule der kritischen Killer-Adorniten übergelaufen sind, so ist zu hören, halten nun Bibelstunde mit Lenins Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Damit sind sie von der linksradikalen Kinderkrankheit unmittelbar in das höchste Stadium der dogmatischen Senilität eingetreten. Genaugut könnten sie heute die Schriften von Walter Rathenau studieren oder das „grüne Buch“ von Ghaddafi schulen. Von der Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts wären sie dadurch nicht weiter entfernt.

Was da herumspukt, sind keine Originale, sondern Zwergdinos als Überbleibsel einer glorreichen Vergangenheit, die dem Gegenstand ihrer Ikonographie nicht das Wasser reichen können. Denn Lenin und die tatsächlichen Koryphäen der Vergangenheit waren zu ihrer Zeit alles andere als Nachplapperer verflossener Bewegungs- und Revolutionsherrlichkeiten, sondern Umstürzler der Theorie. Und heute ist der wertkritische Umsturz angesagt, nicht die theoretische Nostalgie.

Glauben die diversen Wiedergänger des Arbeiterbewegungsmarxismus wirklich, sie könnten einer sozialen Agglomeration von

Dauerarbeitslosen, alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerinnen, Ich-AGs, Scheinselbständigen, Elendsunternehmern, Leiharbeitern, Arbeiteraristokraten in der Rüstungsindustrie, Sozialbürokraten der Krisenverwaltung usw. noch einmal ein „zuzurechnetes proletarisches Klassenbewusstsein“ verpassen? Glauben sie wirklich, sie könnten den sozialen Widerstand noch einmal unter dem Label des „Klassenkampfes“ abrufen? Glauben sie wirklich, sie könnten einen betriebswirtschaftlich globalisierten Kapitalismus noch einmal in die Begrifflichkeit nationaler Imperialismen einbanen? Glauben sie wirklich, sie könnten in einer Welt von struktureller Überakkumulation, Schuldenkrisen und globalisiertem fiktiven Kapital noch einmal den „vorenthaltenen Mehrwert“ für die „alle Werte schaffende Klasse“ einklagen, was als Option sowieso immer schon eher Lassalle als Marx war? Glauben sie wirklich, sie könnten nach dem Zusammenbruch der „nachholenden Modernisierung“ noch einmal als sozialistisches Ziel eine „geplante Warenproduktion“ qua „Arbeiterstaat“ formulieren? Wenn die zur wertkritischen Erneuerung von Kapitalismuskritik unfähige Restlinke begriffslos „Klassenkampf“ kräht, trägt sie nichts zur Weiterentwicklung der Ansätze sozialer Bewegung bei.

Die laufende Regression der in Wahrheit längst nicht mehr radikalen Linken kann nicht einmal mehr nach der oft bemühten Marxschen Sentenz als Farce nach der Tragödie bezeichnet werden. Denn die Farce hatten wir ja schon. Als die Neue Linke anlässlich der Septemberstreiks in der Automobilindustrie 1969 die „Wiederentdeckung der Arbeiterklasse“ feierte, war das bereits ein grobes historisches Missverständnis. Heute gibt es keinerlei reale gesellschaftliche Erscheinung, die zu einem Revival arbeiterbewegungsmarxistischer Statements einladen würde. Es handelt sich um das rein ideologische Bedürfnis einer in der Vergangenheit stecken gebliebenen Restlinken, um nichts als das Zersetzungsprodukt eines sich auflösenden historischen Ideengebäudes.

Im engen Kreis des eigentlichen ideologischen Linksradikalismus lässt sich die regressive Konjunktur teilweise auch als Reflex auf das Desaster der Antideutschen erklären. In einer größeren gesellschaftlichen Dimension lösen sich durch die völlige ideologische Aushöhlung der Sozialdemokratie und die Krise der Gewerkschaften deren linke Ränder ab, während Bewegungs-Organisationen wie *Attac* ihrem verkürzten Antikapitalismus mit vulgärmarxistischen Bruchstücken Nahrung

geben. Wolkig gruppiert sich ein diffuses ideologisches Feld aus keynesianischer Nostalgie, Lafontaine-Sozialdemokratie, Traditionsmarxismus und organisatorischer Frustration im Gefolge von Hartz und Agenda 2010. Auf die neue Situation soll mit alten Rezepten im Rahmen von Wertform und Arbeitsontologie geantwortet werden. Aber das Einsammeln von traurigen Resten ergibt keine Zukunftsperspektive. Auch die Summe von Endmoränen macht kein neues Gebirge.

Die arbeiterbewegungsmarxistische Nostalgie ist wie die antideutsche Ideologie innerhalb der Linken eine affirmative Reaktion des Wertsubjekts auf seine historische Krise. Dass es zwischen diesen beiden ideologischen Erscheinungen schon länger eine gewisse untergründige Konvergenz gibt, zeigte etwa der Münchner SPOG-Kongress im Frühjahr 2003 oder das Programm der Roten Ruhr Uni. Je heftiger die soziale Krise das eigene Leben praktisch erfasst, desto wütender muss die innere historische Schranke des warenproduzierenden Systems und seiner Sozialkategorien geleugnet werden. Sogar eine Propagandasekte wie die ehemalige *MG (Gegenstandspunkt)*, der Struktur nach übrigens der *bahamotischen* antideutschen Sekte nicht unähnlich, die den positivistischen arbeitsontologischen Marxismus bis auf das Skelett einer klassensoziologisch verkürzten Kritik der politischen Ökonomie reduziert hat, erhält anscheinend wieder Zulauf.

Um keinen Deut besser ist der Versuch einer postmodernen Aufpeppung desselben unüberwundenen Arbeiterbewegungsmarxismus, wie sie mit dem hohlen Scheinbegriff der „Multitude“ von Hardt/Negri kreiert wurde. Es sind dieselben theoretisch reaktionären Sehnsüchte, die regressiven Stimmungen und Bedürfnisse einer heimatlos gewordenen Restlinken, die sich in der postmodernen Version eher verklausuliert äußern und dadurch höchstens unfreiwillig komisch werden; etwa wenn die Berliner Gruppe Kritik und Praxis (KP) „den Einstieg in den Klassenkampf“ folgendermaßen propagiert: „Klassenkampf ohne eine Klasse, die ihren Antikapitalismus machtvoll vertritt – geht das? ... Wie lässt sich ein Verständnis von Klassenkampf denken, das nicht auf die historische Mission der Arbeiterklasse setzt, sondern allgemeine linke Politik-Optionen (!) formuliert?“ (Veranstaltungsaufruf, Oktober 2003, dokumentiert bei *x-berg*). Gottesdienst ohne Gott, Schweinebraten ohne Schwein, Denken ohne Gedanken – geht das? Eine veränderte gesellschaftliche Wirklichkeit lässt sich nicht mit Bauernschläue umdefinieren.

Die postmoderne Begriffsverschiebung ist nur lächerlich.

Aufbruch zur demokratischen Seichtigkeit des Scheins

Ob so oder so: Die meisten linken Regressionskünstler haben ihr Herz für „Class war“, „Proletariat“, „Multitude“, „soziale Frage“ usw. nicht deshalb entdeckt, weil da reale soziale Bewegungen und theoretische Reflexion zusammenkommen würden. Vor allem den antideutschen Bankrotteuren liegt sowieso nicht ernsthaft etwas an sozialem Widerstand, den sie bis gestern rundweg denunziert haben und teilweise sogar im Prozess der Regression immer noch weiter denunzieren. Ganz ähnlich wie die postmodernen Verdrängungskünstler sind sie mit ideologischer Rückendeckung durch ihre bisherigen Vordenker eigentlich prototypische Ich-AGs. Vielmehr ist ihnen bloß der Boden ihrer unaufgearbeiteten Ideologie unter den Füßen zu heiß geworden, weil sie sich zunehmend isoliert sehen.

Symptomatisch für den unausgewiesenen Schwenk ist die thematische Entwicklung der softcore-antideutschen Wochenzeitung *Jungle World* alias *Kinder-Welt*, die noch vor kaum einem halben Jahr redaktionell voll auf Kriegskurs lag und mit Vertretern proamerikanischer völkischer Kurdenparteien durch die BRD tingelte, um jetzt ganz unschuldsvoll eine ähnliche Tingeltour mit Veranstaltungen „zum Abbau des Sozialstaats“ zu veranstalten unter dem Motto: „work hard, die young“. Aber diese Wende ist völlig unglaubwürdig, weil von keinerlei kritischem Diskurs über die eigene Ausrichtung seit dem 11. September begleitet, die völlig inkompatibel mit ernsthafter Sozialkritik ist. Deren Praktiker wurden ja bisher in der *Kinder-Welt* nach anti-deutschem Muster auch reichlich denunziatorisch abgekanzelt.

War da mal ein kleinerer imperialer Weltordnungskrieg? Hat man dabei mit miesem Hurra-Journalismus propagandistisch sekundiert? Aber wer wird denn sein Gedächtnis länger als sechs Monate belasten... „Hart gearbeitet“ hatte man daran, der Linken den Krieg als „Befreiung“ zu verkaufen; „jung zu sterben“ droht das Blatt, weil ihm nicht zuletzt deswegen die Abonnenten davongelaufen sind. Die angeblich wiederentdeckte „soziale Frage“ ist vor allem die des eigenen Überlebens als *Kinder-Welt*, und entsprechend lustlos wird das Thema als gesellschaftliches inhaltlich bearbeitet. Man möchte sich bloß in der Hoffnung auf Abos den sozialen Bewegungspraktikern ein wenig anbieten und schal-

tet deshalb die hurrawestliche Mordideologie des „Befreiungsimperialismus“ auf Sparflamme, obwohl kein Jota zurückgenommen wurde.

Es ist nur folgerichtig, dass die derart instrumentalisierte „soziale Frage“ nicht im Horizont von Krisentheorie, Kritik des warenproduzierenden Systems und Kampf gegen die abstrakte Arbeit wahrgenommen, sondern unter den Hut der verdorbenen, obsoleten Bürgerbegrifflichkeit gebracht wird, nämlich der „Demokratie“. Mit der ausgelutschtesten aller altlinken Phrasen, dem völlig sinnlos gewordenen Mantra der „Demokratisierung“, soll der Aufbruch zu neuen Ufern gewagt werden. Ausgeblendet wird die Form-Konstitution der Subjekte, die da „Demokratie wagen“ sollen; verdrängt die Tatsache, dass der sozialen „Willensbildung“ immer schon die Konkurrenz auf der Basis von Arbeitszwang, Marktvermittlung und Realabstraktion des Geldes vorausgesetzt ist und eben diese Voraussetzung zu durchbrechen und abzuschaffen wäre. Verleugnet wird die inzwischen jedem Kind geläufige Obsoleszenz des Politikbegriffs, der nichts als die andere Seite der „abstrakten Allgemeinheit“ (Marx) negativer wertförmiger Vergesellschaftung bezeichnet.

Das Programm der Abschaffung soll noch einmal durch das Programm der demokratischen politischen Moderation ersetzt werden, um die künftigen sozialen Bewegungen von vornherein in den Begriffshorizont des warenproduzierenden Systems einzubannen. Was aber für den Arbeiterbewegungsmarxismus noch im Sinne der immanenten „Anerkennung“ der Lohnarbeiter als Wertsubjekte historisch tragfähig war (wenn auch ganz und gar nicht im Sinne eines systemtranszendierenden „Kommunismus“), ist heute schlicht gegenstandslos geworden. Alle popmoderne Tünche ist vergeblich: Die ewige linke Selbstvergatterung auf die bürgerliche Welt blamiert sich an der Krise dieser Welt. Wer mit seiner Kritik die kategoriale Konstitution des Kapitalismus nicht erreicht, erreicht gar nichts mehr. Was soll denn da noch „demokratisiert“ werden? Der Arbeitsmarkt? Die Existenzweise als Humankapital? Die transnationalen Wertschöpfungsketten? Die Finanzmärkte? Der IWF? Das Pentagon? Die deutsche Außenpolitik? Das Zuchthaus? Der Schlachthof? Die zweite Natur? Die erste? Dann „demokratisiert“ mal schön...

In diesem Sinne gab es Anfang November 2003 nun wieder mal einen von der *Kinder-Welt* mitgetragenen Kongress von so genannten „Radikaldemokraten“, der unter dem Titel „Indeterminate!“ den völ-

lig irreführenden Namen eines „Kommunistenkongresses“ beanspruchte. War schon der SPOG-Kongress eine verlogene Angelegenheit, weil der „verkürzte Antikapitalismus“ der Antiglobalisierungsbewegung mit Statements eines selber ganz und gar verkürzten Traditionsmarxismus (und mit der bellizistischen antideutschen Ideologie als stillem Hintergrund) kritisiert werden sollte, so markiert nun dieser Kongress den Herbst der intellektuell auf den demokratischen Hund gekommenen Kritik überhaupt. Die *Kinder-Welt* möchte offenbar als Super-Illu der dummdemokratischen Phrase überleben, und dieses verdiente Schicksal sei ihr gegönnt. Nachdem die „Demokratisierung“ des Irak so wunderbar geklappt hat, schreitet man nun „radikalisiert“ fort zur „Demokratisierung der Demokratie“. Hat da jemand gelacht? Oder muss uns das Lachen im Hals stecken bleiben?

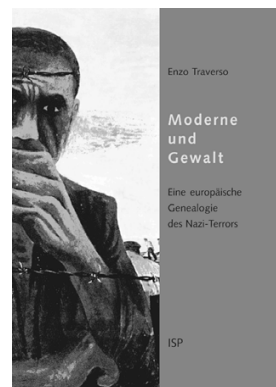
Dass das „kritische“ Denken in den kategorialen Rahmen der als unüberschreitbar halluzinierten bürgerlichen Welt hineingezwängt werden soll, sagen die von der *Kinder-Welt* dokumentierten Vorbereitungspapiere dieses jämmerlichsten aller „Kommunismus“-Kongresse mit wünschenswerter Deutlichkeit: „Außerhalb des demokratischen Horizonts ist eine emanzipatorische Alternative zum Status quo nicht mehr formulierbar ... der demokratische Horizont ist, wie jeder Horizont, unüberschreitbar (!) ... Die westlichen Demokratien füllen den demokratischen Horizont keineswegs aus. Sie sind nichts als ein partikulares Projekt (!), das ihn in ihrem Sinne eingefärbt und hegemonisiert hat... Es geht um die Hegemonisierung des demokratischen Horizonts, nicht um seine Überschreitung (!). Das impliziert eine Strategieänderung: Ziel ist nun die Ausdehnung des demokratischen Horizonts und die Einforderung und Radikalisierung der Prinzipien der demokratischen Revolution (!). Aus dieser Sicht könnte man sagen: es braucht keinen pathetischen Ruf nach ‚Revolution‘ des demokratischen Horizonts, denn die Revolution hat bereits stattgefunden (!). Der Horizont gründet (!) auf ihr, er ist die Revolution...“ (Oliver Marchart, *Der Tag*, an dem die Sonne scheint, in: *Jungle World* 43/2001).

Da haben wir explizit und unverklausuliert, was letztlich auch die antideutsche Ideologie ausmacht: statt Bruch mit dem Kapitalverhältnis die Idealisierung der bürgerlichen Verkehrsform. Es geht nicht über den Arbeiterbewegungsmarxismus hinaus, sondern hinter ihn zurück. Mit der bürgerlichen Revolution von 1789 wird wieder

einmal die Geschichte gesellschaftlicher Formationen für beendet erklärt; von da an gibt's nur noch „Ausgestaltung“ im immergleichen „Horizont“, die ja in den letzten 200 Jahren so überaus erbaulich war. Und in Deutschland wurde dieser „unüberschreitbare Horizont“ 1848 von den Paulskirchen-Spießbürgern erreicht, die schon von Marx verspottet wurden. Auf der Basis der „Erklärung der Menschenrechte“ von bürgerlichen Konkurrenzsubjekten soll „ein (umkämpftes) universelles Recht auf Politik (!)“ eine „unbegrenzte Sphäre der Politisierung“ (Marchart, a.a.O.) eröffnen. Geht's noch ein bisschen niedlicher? Und so etwas setzt die *Kinder-Welt* ihren restlichen Lesern als letzten Schrei der „Debatte“ vor. Hatte man die Globalisierungskritiker gestern noch pauschal als Antisemiten und Nazis denunziert, so schnüffelt man heute aus Gründen der Publikumsräson am ideologischen Schwanz der Bewegung. Aber vielleicht besteht darin die natürliche Entwicklung des antideutschen Syndroms.

Diese „radikaldemokratische“ Avantgarde der Regression, die den Boden kapitalistischer Ontologie noch einmal nach einem emanzipatorischen Überraschungsei absuchen möchte, ist so „indeterminiert“, dass sich mit mathematischer Präzision jeder Furz voraussagen ließ, den sie auf diesem Kongress von sich geben würde. „Freiheit und Gleichheit sind die fundamentalen Bezugspunkte innerhalb des normativen Koordinatensystem linker Politik... Es ist sinnklar (!), dass die gesellschaftliche Verwirklichung der Demokratie die Überwindung kapitalistischer Produktionsweisen impliziert... Es ist nur gerecht, dass Gerechtigkeit gilt...“ usw. Da schmunzelt sogar Habermas. Solche Sätze der Frankfurter *Basisgruppe DemoPunk* (in: *Jungle World* Nr. 43/2003) muss man nicht mehr kommentieren. Jede bessere Oma weiß inzwischen, dass Demokratie nichts anderes ist als die entwickeltste Form kapitalistischer Staatlichkeit, in der nach Kant und Bentham jeder sein eigener Sklaventreiber sein darf. Eine „neue große Geste“ zu „projektieren“ (wenn man schon derart geschwollen negristisch daherreden muss) wäre es, die radikale Kritik der demokratischen Verkehrsform und ihrer Ideologie auf die Tagesordnung zu setzen. Aber diese Leute, die davon schwafeln, dass sie „die Geschichte gefährden“ wollen, gefährden mit ihrem auf der demokratischen Seichtigkeit „gründenden Horizont“, der „die Revolution ist“, einzig und allein die deutsche Sprache; und das ist es nicht zuletzt, was in der *Kinder-Welt* vom antideutschen Impuls übrig bleibt.

Neu bei ISP



Enzo Traverso

Moderne und Gewalt

Eine europäische Genealogie des Nazi-Terrors
176 S., 16 S. Bildteil, 15,00 Euro
ISBN 3-89 900-106-0

Gilbert Achcar (Hg.)

Gerechtigkeit und Solidarität

Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus
287 S., 18,00 Euro, ISBN 3-929 008-44-0

Karl Grobe-Hagel

Irakistan

Der Krieg gegen den Irak und der »Kreuzzug«
der USA
238 S., 17,80 Euro, ISBN 3-89 900-109-5

Neuer ISP Verlag GmbH

Marienstraße 15, 76137 Karlsruhe

Tel. (0721) 3 11 83

e-mail: Neuer.ISP.Verlag@t-online.de

Besuchen Sie uns im Internet:

www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/literatur

Transformationsclub der Streifzüge

Eine Mitgliedschaft im Transformationsclub der Streifzüge kostet 100 Euro pro Jahr, zahlbar auf einmal oder per vierteljährlichem Dauerauftrag. Für den Beitritt wird man selbstverständlich belohnt: Es gibt ein auszuwählendes Schriftstück als Einstandsgeschenk und darüber hinaus alle aktuellen Buchpublikationen, wo eins von uns beteiligt ist, sei's als Autor oder Mitautor, gratis. Das Abo der Streifzüge ist selbstverständlich inbegriffen, ebenso die Zustellung mehrerer Exemplare der aktuellen Nummer bzw. aller noch erhältlichen Einzelhefte. Einen Kriterienkatalog senden wir gerne zu. Schreiben oder mailen Sie uns ganz einfach:

Kritischer Kreis, Margaretenstr. 71-73/23, A-1050 Wien oder: streifzuge@chello.at

Wir reagieren prompt.

Was sich da „inszeniert“ als „Vereinbarung souveräner, intentionaler und rationaler Freier und Gleicher“ (*Basisgruppe DemoPunk*, a.a.O.), ist die Faschingsausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung. War eine solche Kennzeichnung vor einem Jahr gegenüber der *Kinder-Welt* noch polemische Überspitzung, so ist sie inzwischen als Realsatire wahr geworden. Das „universelle Recht auf Politik“ ist nicht mehr überbietbar; auch wenn man bei der *Kinder-Welt* in dieser Hinsicht vorsichtig sein muss. Vielleicht ist das Blatt gerettet,

wenn nur jeder zehnte Sozialkundelehrer im demokratischen Horizont sein Aboformular ausfüllt; und wenn mir nur jeder hundertste Chinese einen Cent schickt, spendiere ich der gesamten *Kinder-Welt*-Redaktion die Umschulung zu einem anständigen Beruf, z.B. als Parkplatzwächter.

Obwohl man gar nichts mehr auf der Pfanne hat und längst zum Zentralorgan der organisierten linken Langeweile mutiert ist, wird so getan, als ginge es jetzt ernst richtig los: „Ohne Gurus, aber mit Theoretikern und Praktikern der sozialen Re-

volte“ (Editorial Nr. 43/2003). Wie die aussehen, davon legen die Beiträge zu jenem absurden „Kommunismuskongress“ ein illustres Zeugnis ab. Aber man hat noch mehr zu bieten. Anlässlich der glorreichen Ablösung von den „Gurus der 90er Jahre“ hat die *Kinder-Welt* im Sinne des theoretischen Generationswechsels ein völlig unbekanntes junges Talent namens Wolfgang Fritz Haug entdeckt, das mit einem einschlägigen Beitrag zur „Demokratisierungsdebatte“ debütieren durfte. Dieser Theoretiker der demokratischen Pantoffelrevolte ist so taufersch, dass er schon vor mehr als 30 Jahren seinen Schülern erklären konnte, warum es im hyperrealen Sozialismus weiterhin Wertform und abstrakte Arbeit geben muss, indem nämlich der gesellschaftliche Fetischismus so überaus hilfreich komplexitätsreduzierend ist. Wer von der DKP über den Eurokommunismus bis zur demokratischen Postmoderne an Bezugsfeldern alles durchgemacht hat, kann schon mal bei der *Kinder-Welt* als Endstation landen. Und die bei ihm. Was für eine gefährlich revoltistische Liaison in der demokratischen Horizontale. Da bleibt den herrschenden Mächten nur das Zittern: „Das Abonnieren der *Jungle World* kann zu einem langsamen und schmerzhaften Tod des Kapitalismus führen“ (Großanzeige in Nr. 43/2003). Wenn man „Hirn“ statt „Kapitalismus“ einsetzt, ergibt es einen Sinn.

Horizontale Andacht

3000 ANSCHLÄGE GEGEN DIE DUMMDREISTIGKEITEN
DES OLIVER MARCHAT

von Franz Schandl

Und wir Bösen dachten schon, wenn es an die Wahl zum blödesten Artikel des Jahres ginge, dass dieser Preis irgendeiner antideutschen Geistesgröße zufiele. Mitnichten. Es mag vielleicht keine Irreren geben als die Antideutschen, aber zweifellos gibt es Dümmerer. Zum Beispiel einen gewissen Oliver Marchat, seines Zeichens Podiumsreferent am sogenannten „Kommunismus-Kongress“ zu Frankfurt im November.

Marchat ist ein Meister der Horizontalisierung des Kommunismus, was meint, er erniedrigt ihn auf das demokratische Plateau. Die zentralen Sätze der horizontalen Andacht gehen so:

1. „Außerhalb des demokratischen Horizonts ist eine emanzipatorische Alternative zum Status quo nicht mehr formulierbar.“
2. „Der demokratische Horizont ist, wie jeder Horizont, unüberschreitbar.“
3. „Die westlichen Demokratien füllen den demokratischen Horizont keineswegs aus.“
4. „Es geht um die Hegemonisierung des demokratischen Horizonts, nicht um seine Überschreitung.“
5. „Es braucht keinen pathetischen Ruf nach ‚Revolution‘ des demokratischen Horizonts, denn die Revolution hat bereits stattgefunden. Der Horizont gründet auf ihr, er ist Revolution.“
6. „Wenn das Prädikat ‚kommunistisch‘ noch Sinn haben soll, dann im Rahmen des demokratischen Horizonts und nicht außerhalb.“
7. „Worum sich emanzipatorische Politik heute dreht, ist die Reaktivierung der unabgeholten Potenziale des

Gründungsereignisses der demokratischen Revolution, ist die Rifondazione des demokratischen Horizonts.“

Erschienen ist dieses Machwerk in der *Jungle World* vom 15. Oktober, was wohl nach der offensichtlichen antideutschen Pleite auch deren neue Stoßrichtung verdeutlicht. Alle Zitate sind original, keine Persiflagen. Warum nun ausgerechnet Horizont (Partizip Präsens von „horizein“ – also das Begrenzende) zu einem neuen Modewort werden soll, wo doch derselbige des Schreibers so begrenzt ist, ist aber kein Rätsel sondern eine Entschlüsselung. Kommunismus wird jedenfalls nicht mehr als notwendige Grenzüberschreitung, Abschaffung und Bruch verstanden, sondern als das Geschwätz der akademischen Freier im Sperrbezirk des Kapitals. Was soll dieser Frankfurter Kommunismus-Kongress eigentlich werden? – Ein Begräbnis für Zu-Spät-Gekommene?

Über demokratisches Stänkern kommt unser Autor nirgendwo hinaus. Es ist geradezu erschreckend wie der Rosenkranz der Aufklärung sich in diesen Gebeten offenbart. Ignoranz gepaart mit Penetranz zeitigt allerdings Regression pur. Nur weil Marchat seinen Horizont nicht überschreiten kann, ist nicht der induktive Schluss zulässig, dass dies überhaupt unmöglich sei. Dass da einer seine Affirmation als Reflexion, ja gar als Kommunismus missverstehen will, lässt einem nur noch die Verwünschung offen. Was soll man da noch sagen? Gar diskutieren? „Solch ein Meisterwerk kritisiert man nicht. Man verdürbe sich den Spaß an seiner Fratzenhaftigkeit.“ (Karl Marx/Friedrich Engels)

Die Wolpertinger kommen!

Das Gesamtprojekt der linken Regression, in dem die Szene der antideutschen Insolvenz nur eine Nebenrolle spielt, erscheint bei W.F. Haug schon seit längerem unter dem Label eines „pluralen Marxismus“. Das darf freilich nicht verwechselt werden mit einer offenen Debatte um Geschichte und Zukunft der Rezeption und Weiterentwicklung Marxscher Theorie. Der Haugsche „plurale Marxismus“ war nie plural genug, um den wertkritischen Ansatz ernsthaft reflektieren zu wollen. Das ist auch leicht erklärlich. Denn diese „Pluralität“ stellt nichts anderes dar als ein intellektuelles Reservat sämtlicher abgetakelter Marxismen der Vergangenheit im gemeinsamen Kontext des Arbeiterbewegungsmarxismus, in das auch die buntschillernde postmoderne Version Eingang gefunden hat. Wie Henry Ford sagte, dass sein Modell T in jeder Farbe geliefert werden könne, wenn sie nur schwarz sei, und wie die Ware vom radioaktiven Müll bis zur Gentomate jede Gestalt annehmen darf, wenn sie nur als Wertabstraktion einen Preis realisieren kann, so nimmt der „plurale Marxismus“

alle Theorien auf, wenn sie nur die falsche Ontologie des modernen warenproduzierenden Systems nicht verlassen. Die völlige Inkompatibilität mit der genau diese Ontologie transzendierenden konsequenten Wertkritik versteht sich von selbst.

Zu ihrer realen Zeit waren diese Marxismen keineswegs „plural“ versammelbar, sondern fochten erbitterte Kämpfe aus; nicht allein, weil sie vielleicht dogmatisch verhärtet gewesen wären, sondern weil es sich um reale Konfliktfragen im Kontext der noch aufsteigenden historischen Entwicklung der „auf dem Wert beruhenden“ Weltgesellschaft handelte. Heute sind sie allein deshalb kompatibel, weil sie gemeinsam gegenstandslos geworden sind. Das einst weltbewegende Schisma zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus (Bolschewismus) etwa ist längst regressiv befriedet. Aber auch ein Gegensatz geringerer Dimensionierung wie der zwischen anti-deutscher Ideologie und DDR- oder DKP-Marxismus scheint sich in einer Zeitschrift wie *Konkret* abzuschleifen. Was sich da aus den Küchenabfällen, Abwässern und Essensresten der ideologischen Vergangenheit zusammenbraut, ist die Virtualität einer Art „SPD-ML“ (Franz Schandl); ungefähr so zukunftsgrün wie der Inhalt einer von Maden wimmelnden Biomülltonne.

Gemeinsam huldigt man der Politikillusion, weil man nicht realisieren kann, dass die Fetischform des Werts keineswegs ein „wirtschaftlicher Faktor“ ist, dem das autonome und emanzipatorisch besetzbare „außerökonomische“ Feld der Politik gegenüberstehen würde (sodass Wertkritik als angeblicher „Ökonomismus“ abzuwehren wäre), sondern die übergreifende Subjektconstitution darstellt, die in sich gespaltene negative Identität von homo politicus und homo oeconomicus. Die Politikform ist nur die andere Seite der Wertform und enthält daher keinerlei systemtranszendierende Potenz. Deshalb muss unter den Bedingungen des Ausbrennens der Wertlogik soziale Emanzipation neu bestimmt werden, nicht mehr wie in der Vergangenheit als Kampf um „Anerkennung“ in der Subjektform des Verwertungsprozesses. Genau darum will sich der „plurale Marxismus“ herumogeln, um stattdessen auf dem Boden der nicht einmal begrifflich in Frage gestellten Wertvergesellschaftung immer wieder zur „Demokratisierungs“-Phrase und zu äußerlichen Reparaturkonzepten wie dem des „zivilgesellschaftlichen“ Diskurses zurückzutrotten, die allesamt längst jämmerlich gescheitert sind (etwa in Gestalt der NGO-„Politik“).

Die postmodernen Theoreme sind in diesem Zusammenhang nicht etwa deshalb zu kritisieren, weil sie überhaupt die Subjektform und ihre aufklärerische Legitimation kritisiert haben, sondern weil sie dies bei weitem nicht konsequent genug taten. Das Resultat ist eine völlige Regression auch bei großen Teilen der postmodernen Linken, wie sie in jenen peinlichen Kongresspapieren zum Ausdruck kommt und die Kompatibilität mit dem „pluralen Marxismus“ älterer Provenienz herstellt. Der soll auf diese Weise mit „Topics“ wie dem der „Geschlechterverhältnisse“ (Frankfurter *Basisgruppe DemoPunk*, Internet-Kongressaufruf) modernisiert werden, die jedoch wie schon seit den 80er Jahren im Haugischen *Argument* auf dieselbe bürgerliche Ontologie und ihre idealisierenden ideologischen Beschränkungen festgenagelt bleiben wie alle traditionellen „Topics“. Die „Politikkonzepte der 70er Jahre“ werden nur deshalb als „anachronistisch“ bezeichnet (*Basisgruppe DemoPunk*, a.a.O.), um den alten demokratischen Idealismus popmodern anzumalen und der neoliberalen „Post-Politik“ keine emanzipatorische Anti-Politik jenseits des demokratischen Formzwangs entgegenzusetzen, sondern „mit neuer Kreativität bei der Suche nach globalen Lösungen“ die Politikillusion zu erneuern.

Das alles ist inhaltlich nichts Neues, aber wir haben es mit einem neuen fraktions- und gruppenübergreifenden Regressionschub der Linken zu tun, deren scheinalternative Wareenseele sich angesichts verschärfter sozialer Repression und neuer Bewegungsansätze noch einmal zu inkarnieren sucht, um ihre antiquierten Begriffe und Programme den sozialen Praktikern als frische Geistesnahrung zu verkaufen. Die Pluralität der Gegenstandslosen bringt dabei eine Spezies zum Vorschein, die eine Modifikation unserer beliebten Tiermetapher erfordert. Die Zwergdinos werden im Jurassic Park zur Minderheit, im Kommen sind die Wolpertinger.

Der Wolpertinger ist ein nördlich der Donau wenig bekanntes Fabeltier, erfunden von dem bayerischen Heimatschriftsteller Ludwig Ganghofer; und auf Ganghofer-Niveau ist die radikale Linke ja mittlerweile angelangt. Es handelt sich um eine echte Chimäre, nach Aussagen ihres Schöpfers um eine „Hirschbockbirkfuchsauegams“, wie gemalt als Symbolfigur für zeitgenössisches Borderlinertum. Dass Walter Moers, der Erfinder des „kleinen Arschlochs“, neuerdings auf den Wolpertinger gekommen ist, macht dessen Zeitgeist-Signifikanz in allen gesellschaftlichen Bereichen deutlich,

also auch in den linken Szene-Biotopen. Während der Dino den unverfälschten fossilistischen Arbeiterbewegungsmarxismus repräsentiert, steht der Wolpertinger für die chimärische Einheit in der pluralen Vielfalt der vorwertkritischen, aufklärungsideologisch-demokratischen Marxismen. Die Kinder-*Welt* beispielsweise ist zum vollwertigen Wolpertinger gereift. Eine anti-deutsche Denunziations- und Bellizismus-Schnauze war als erstes da, es glänzte das Ganzkörperfell bürgerlicher Aufklärungsphilosophie, ein schillernder postmoderner Schweif ließ nicht auf sich warten, jetzt sind prachtvolle demokratische Eselsohren herausgewachsen, das edle Haupt ziert eine nostalgische proletarische Gretlfrisur, und aus Gründen der geschlechtlichen Ambivalenz kommt obendrauf noch ein klassenkämpferisches Schirmmützchen. Könnte das mal jemand zeichnen?

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Es hätte durchaus eine sinnvolle Debatte verschiedener Positionen gerade auch in der *Jungle World* organisiert werden können: zur Globalisierung, zum Antisemitismus usw., am Material und nicht ideologisch fixiert. Das Verhältnis von Wert-, Abspaltungs- und Arbeitskritik zur traditions-marxistischen Klassentheorie, die ja nicht mit einem Fingerschnippen zu erledigen ist, hätte thematisiert werden können ohne Ab- und Ausgrenzungswahn. Es wäre möglich gewesen, die postmodernen Ansätze zur Aufklärungs- und Subjektkritik auf den Prüfstand zu stellen; es hätte die Vermittlungsfähigkeit von Foucaultscher Begrifflichkeit mit einer weiterentwickelten marxistischen Ideologiekritik getestet werden können oder die Einbeziehung von Foucaults materialen Untersuchungen zur historischen Disziplinierung in eine erweiterte Kritik der kapitalistischen Kategorien.

Diese Chance zu einer produktiven Debatte mit literarischer Polemik, aber ohne denunziatorische Energie, wurde leichtfertig vertan; allen voran von der *Jungle World*, deren Problem nicht war, dass sie kein Richtungsorgan sein wollte, sondern im Gegenteil, dass sie spätestens nach dem 11. September redaktionell ein solches wurde, nämlich ein im weiteren Sinne antideutsch-bellizistisches. Das Spektrum der offenen thematischen Fragen in der radikalen Linken wurde zugeschüttet durch den identitär prowestlichen und denunziatorischen Duktus. Die demokratische Biedermeierei ist nur die Fortsetzung derselben Tendenz mit anderen Mitteln. Es wird noch manchen Wolpertinger-Kongress geben, bis die Szene endlich an ihrem eigenen Begriffsmüll erstickt ist.

Es soll oder: Der nächste Schritt

VOM INFORMATIONSBLETT ZUM MAGAZIN

von Franz Schandl

Die gute Nachricht: Der Kritische Kreis und die *Streifzüge* sind personell, organisatorisch und finanziell konsolidiert. Die noch bessere Nachricht: Es gilt sogleich den nächsten Schritt zu setzen, was meint, das Werkel umzubauen, also auszubauen. Vor allem was die Zeitschrift betrifft, haben wir einiges vor. Was als schmales Informationsblatt zum Abdruck von Referaten im Jahr 1996 begonnen hat, soll nun – ab 2004 bereits im 9. Jahrgang (!) – eine Art Magazin werden, nichts weniger als das Publikumsorgan der Wertkritik im deutschsprachigen Raum. Wir sind gerade dabei, ein neues Konzept zu erstellen, das ab der nächsten Nummer umgesetzt wird.

Der theoretische Gehalt wird dabei nicht verloren gehen, den hermetischen Charakter wollen wir aber weiter zurückdrängen. Es soll! Ansprechender und aufregender noch als bisher soll das Ganze werden. Nicht nur, was den Inhalt betrifft, sondern auch unterschiedliche Textformen sollen mehr Eingang finden, um Zugänge zu öffnen. Alles soll in Zukunft ein bissl weniger zufällig passieren, obwohl auch der Genosse Zufall manchmal Tolles auf Lager

hat. Da soll jedenfalls mehr als ein farbiger Umschlag bezaubern. Lassen wir uns überraschen.

Die beste Nachricht: Was wir unmittelbar brauchen, ist eine kräftige Anschubfinanzierung, um die Vorhaben ordentlich tätigen zu können, insbesondere auch die neuen *Streifzüge* zu bewerben. Mitglieder, Trafomitglieder, AbonnentInnen, Web-Side-UserInnen, sie alle haben sich von ihrer großzügigsten Seite zu zeigen. Kleinere Beträge werden gerne angenommen, größere nicht minder geachtet. Die *Streifzüge* sind ja unser gemeinsames Projekt. Und es will an Bedeutung gewinnen. Gönnen wir uns uns! Und unter uns: Wir wollen nicht unter uns bleiben. Eins glaubt es kaum, aber es gibt sogar unter den Gesellschaftskritikern noch immer Menschen, die uns nicht kennen.

Was wir ganz gut vertragen könnten, wären einige Mäzene, Leute, die aus irgendwelchen Gründen zu viel Geld, Grundstücke, Immobilien, Aktien oder Fabriken besitzen und sinnvolle Sachen unterstützen möchten. Aber auch weitere Mitglieder des Transformationsclubs der *Streifzüge*, d.h.

Menschen, die uns jährlich 100 Euro zur Verfügung stellen (ein monatlicher Dauerauftrag eignet sich dafür vorzüglich), sind herzlich willkommen. Diese Trafomitglieder erhalten dann nicht nur die *Streifzüge*, sondern auf Wunsch auch alle alten Nummern (soweit vorrätig) kostenlos, bis zu 5 Exemplare der aktuellen Ausgabe, dann die jeweilige neue *Krisis*, Sonderpublikationen wie die *Scharfen Schafe*, das *Feierabend-Buch* oder das *Manifest gegen die Arbeit*. Selbstverständlich auch Einstiegs geschenke. Wir bitten jene, die es für leistbar erachten, sich eine Mitgliedschaft zu überlegen. Den Kriterienkatalog schicken wir gerne zu. Wird man zahlungsunfähig oder -unwillig, dann verwandelt sich die Trafogeschichte in ein Dreijahresabo. Gemahnt und drangsaliert wird niemand.

Der Abostand beträgt mit 1. November 2003 223 Stück. Auch mehr AbonnentInnen sind somit gefragt. Die es schon sind, bitten wir um Hilfe, damit die, die es noch nicht sind, werden. Probeexemplare älterer Nummern stellen wir gerne gratis zu. Ein Jahresabo kostet ja bloß drei Krügerl Bier. Auch jene Leute aus dem Container, die kein Abo beziehen, sollten sich eines zulegen. Das Herunterladen der Texte kommt nicht billiger und es geht nichts über eine gedruckte Ausgabe. In diesem Sinne bitten wir um umfassende und kräftige Unterstützung.

Wir wünschen eine anregende Lektüre und erholsame Feiertage.

IMPRESSUM & OFFENLEGUNG

Medieninhaber und Herausgeber: Kritischer Kreis – Verein für gesellschaftliche Transformationskunde, Margaretenstraße 71-73/23, A-1050 Wien. E-Mail: streifzuege@chello.at <http://www.streifzuege.org> Der Medieninhaber ist zu 100% **Eigentümer** der Streifzüge und an keinem anderen Medienunternehmen beteiligt. **Grundlegende Richtung:** Kritik. **Redaktion (zugleich Mitglieder des Leitungsorgans des Medieninhabers):** Christoph Adam, Heinz Blaha, Andreas Exner, Lorenz Glatz, Franz Schandl, Gerold Wallner (Koordination) und Maria Wölflingseder. **Konten:** PSK, BLZ 60 000, Kontonummer 93 038 948; *Deutschland:* Franz Schandl, Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85, Kontonummer 405 952 854. Unsere *internationale Kontonummer* für Abos in der EU (außer Ö und D): Verein Kritischer Kreis, BIC: OPSKATWW, IBAN: AT87600000093038948. **Aborichtpreise Inland:** 1 Inland: 1 Jahr: 12 Euro, 2 Jahre 22 Euro, 3 Jahre 30 Euro. **Aborichtpreise Ausland:** 1 Jahr 13 Euro, 2 Jahre: 24 Euro, 3 Jahre 33 Euro. Erstbezieher bitten wir um schriftliche Bestellung, da seitens des grandiosen Bankservices den Kontoauszügen nicht immer die vollständige Adresse zu entnehmen ist. Nachbesteller bitten wir um die Anführung der Postleitzahl.

Postentgelt bar bezahlt

Achtung, wer im Adressenkästchen einen roten Punkt findet, erhält die letzte Nummer!

INHALTSVERZEICHNIS

Helmut Kraus: Von der Tradition zur Realität?

Brief an den Vorstand und die Mitglieder der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft S. 1

Andreas Exner: Von Schräubchen und von Mythen – Zu Christian Felber und der Pensionsdebatte S. 4

Ernst Schriefl & Andreas Exner: Nachhaltiger Kapitalismus? 1. Teil: Über den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit S. 7

Franz Schandl: Sustainability? Verwürfe zum ökologischen Dauerlutscher der Nachhaltigkeit S. 13

Franz Schandl: Lob der Politikverdrossenheit S. 14

Anselm Jappe: Stalin kommt im Zug zurück S. 18

Robert Kurz: Die Tücken des Finanzkapitals. 1. Teil . . . S. 19

Bernhard Schmid: Von vermeintlichen Linken und ihren Vorbildern S. 25

Ernst Lohoff & Norbert Trenkle: Demokratiegespenster S. 28

Robert Kurz: Wolpertinger im Jurassic Park – Die unaufhaltsame Regression der deutschen linksradikalen Szene S. 30

Franz Schandl: Horizontale Andacht – 3000 Anschläge gegen die Dummdreistigkeiten des Oliver Marchat . . . S. 34